

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Dreißigjähriger Krieg

Peter H. Wilson

GRÜNDE UND VERLAUF EINER
EUROPÄISCHEN TRAGÖDIE

Franke Adrians

„DAS SICH EINEM STEIN
SOLT ERBARMET HABEN“ –
DER DREIßIGJÄHRIGE
KRIEG IM ERLEBEN DER
ZIVILBEVÖLKERUNG

Georg Schmidt

DEUTUNGEN DES
DREIßIGJÄHRIGEN KRIEGES:
MYTHOS, LEGENDEN UND
EINSICHTEN

Herfried Münkler

EIN BÜRGERKRIEG,
DER ZUGLEICH EIN
HEGEMONIALKRIEG WAR

Heinz Duchhardt

EIN DOPPELTES
„WESTPHALIAN SYSTEM“?
DER WESTFÄLISCHE FRIEDE,
DAS REICH UND EUROPA

Elisabeth von Hammerstein

EIN WESTFÄLISCHER FRIEDEN
FÜR DEN NAHEN OSTEN?

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Dreißigjähriger Krieg

APuZ 30–31/2018

PETER H. WILSON

GRÜNDE UND VERLAUF
EINER EUROPÄISCHEN TRAGÖDIE

Die wahre Tragödie des Dreißigjährigen Krieges bestand nicht darin, dass er unausweichlich war, sondern dass ein Konflikt dieses Umfangs hätte vermieden werden können. Zunächst lokal beschränkt, weitete er sich rasch und verheerend aus – mit Folgen für ganz Europa.

Seite 04–10

FRAUKE ADRIANS

„DAS SICH EINEM STEIN
SOLT ERBARMET HABEN“ –
DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG
IM ERLEBEN DER ZIVILBEVÖLKERUNG

Seuchen, Hunger, Gewalt und Zerstörung: Für die Zivilbevölkerung bedeutete der Dreißigjährige Krieg millionenfaches Leid. Zwar waren nicht alle Regionen gleichermaßen betroffen, doch sank die Bevölkerungszahl im Heiligen Römischen Reich insgesamt um etwa ein Drittel.

Seite 11–16

GEORG SCHMIDT

DEUTUNGEN DES DREIßIGJÄHRIGEN KRIEGES:
MYTHOS, LEGENDEN UND EINSICHTEN

Der Dreißigjährige Krieg als Urkatastrophe ist die Erfindung einer Kampagne: Der deutsche Nationalstaat wurde nicht nur mit Blut und Eisen, sondern auch historiografisch erkämpft. Genauso ist der Vergleich mit heutigen Konflikten eine bemühte Konstruktion.

Seite 17–23

KARTEN

Seite 24–25

HERFRIED MÜNKLER

DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG:
EIN BÜRGERKRIEG, DER ZUGLEICH
EIN HEGEMONIALKRIEG WAR

Der Dreißigjährige Krieg war kein bloßer Religionskrieg; in ihm verbanden sich vielmehr konfessionelle mit geostrategischen und machtpolitischen Fragen. Es spricht manches dafür, dass Kriege vom Typus „Dreißigjähriger Krieg“ auch das 21. Jahrhundert kennzeichnen werden.

Seite 26–33

HEINZ DUCHHARDT

EIN DOPPELTES „WESTPHALIAN SYSTEM“?
DER WESTFÄLISCHE FRIEDE,
DAS REICH UND EUROPA

Woher rührt die kaum zu überbietende Hochschätzung des Friedensschlusses von 1648 bis in die heutige Zeit? Als staatenpolitische Wegmarke wird der Westfälische Frieden häufig überschätzt. Seine Bedeutung als „Reichsgrundgesetz“ hingegen ist unbestritten.

Seite 34–40

ELISABETH VON HAMMERSTEIN

EIN WESTFÄLISCHER FRIEDEN
FÜR DEN NAHEN OSTEN?

1648 ist zwar nicht mit 2018 gleichzusetzen, dennoch hält der Westfälische Frieden eine Vielzahl von kreativen Instrumenten, Prinzipien und Mechanismen bereit, die als Inspiration für die Lösung heutiger Konflikte im Nahen und Mittleren Osten Anwendung finden könnten.

Seite 41–45

ZEITAFEL

Seite 46

EDITORIAL

Als sich im Mai 1618 die protestantischen Stände in Böhmen gegen die Herrschaft der Habsburger erhoben und zwei kaiserliche Statthalter sowie einen Sekretär aus einem Fenster der Prager Burg warfen, war es weder absehbar noch zwangsläufig, dass diesem Ereignis ein jahrzehntelanger, verheerender Krieg folgen würde. Doch aus der Rebellion entwickelte sich rasch ein Kräftemessen mehrerer europäischer Mächte um die religiöse und weltliche Vorherrschaft auf dem von Reformation und Gegenreformation konfessionell zerrissenen Kontinent. Vor allem auf einer Achse zwischen Stralsund und Freiburg hinterließen die Kämpfe, die heute als Dreißigjähriger Krieg bekannt sind, eine Spur der Verwüstung und des Elends.

Der 1648 nach mehrjährigen Verhandlungen erreichte Westfälische Friede galt seinerzeit als Weltwunder. Er wurde schon bald ebenso mystifiziert wie der gesamte Dreißigjährige Krieg, der in der deutschen Historiografie des 19. Jahrhunderts zum nationalen Trauma stilisiert wurde, nicht zuletzt, um preußische Großmachtambitionen zu rechtfertigen. In dieser Lesart geriet der Friedensschluss zur nationalen Schmach, die es den europäischen Nachbarn, insbesondere Frankreich, erlaubt habe, Deutschland gespalten und ohnmächtig zu halten.

Inzwischen hat sich die geschichtspolitische Bedeutung des Dreißigjährigen Krieges weitgehend verflüchtigt. Angesichts aktueller Kriege und Krisen, die religiös und geopolitisch nicht weniger verworren und unlösbar erscheinen als die Situation in Europa vor 400 Jahren, wird heute jedoch wieder vermehrt auf die friedensstiftende Wirkung der Verträge von Münster und Osnabrück verwiesen – etwa mit Blick auf den Krieg in Syrien. Im Detail mag ein solcher Vergleich an vielen Stellen hinken, doch verbindet sich mit ihm schlicht die Hoffnung, dass sich auch im Nahen Osten ein für alle beteiligten Parteien erträglicher und tragfähiger Frieden finden ließe.

Johannes Piepenbrink

GRÜNDE UND VERLAUF EINER EUROPÄISCHEN TRAGÖDIE

Peter H. Wilson

Der Dreißigjährige Krieg war ein blutiges und langwieriges Ringen um die religiöse und staatliche Ordnung innerhalb des Heiligen Römischen Reiches. Dieses Reich war seinerzeit das größte und bevölkerungsreichste in Europa. Es umfasste nicht nur das heutige Deutschland und Österreich, sondern auch Tschechien, Norditalien, Süddänemark, Ostfrankreich und Westpolen. Weitere neun größere und kleinere europäische Staaten waren an dem Krieg entweder direkt beteiligt oder stellten einer oder mehreren Kriegsparteien finanzielle Mittel oder Soldaten zur Verfügung. Dass der Krieg ein historisches Ereignis von bleibender Bedeutung war, ist unter Wissenschaftlern unumstritten. Bei der Frage, was ihn verursachte, warum er sich so in die Länge zog und wie sein Vermächtnis für spätere Generationen zu deuten ist, gehen die Meinungen jedoch stark auseinander.

Zum Teil sind diese Meinungsverschiedenheiten bedingt durch lückenhafte wissenschaftliche Belege. Das Heilige Römische Reich hinterließ kein Nationalarchiv; man muss sich seine Geschichte aus verschiedenartigen und lückenhaften Quellen zusammenstückeln, die oft missverständlich oder widersprüchlich sind. Darüber hinaus war es äußerst unübersichtlich gegliedert, sogar für seine eigenen Einwohner. Anders als die Erbmonarchien von England, Frankreich oder Spanien wurde das Heilige Römische Reich als „gemischte Monarchie“ regiert. Dabei teilte sich der Kaiser, gewählt von einer elitären Gruppe aus sieben Kurfürsten, die Macht mit etwa 60 Prinzen, 140 Grafen und Äbten sowie rund 60 Reichsstädten. Als habsburgischer Kaiser behielt er nicht zuletzt deswegen die Oberhand, weil es keine ernsthafte Alternative zum Hause Habsburg gab, dessen Erbfürstentümer ein Drittel des Reiches sowie im Osten einen erheblichen Teil von Ungarn umfassten. Als einzige Herrscherfamilie, die imstande war, das Reich gegen die Osmanen zu verteidigen, war das Haus Habsburg seit 1438 immer

wieder zur Regentschaft bestimmt worden. Doch konnte es den Rest des Reiches nur im Verbund mit den Kurfürsten, Prinzen und Reichsstädten regieren, die gemeinsam die sogenannten Reichsstände bildeten. Die allgemeine Schlussfolgerung lautet, mutmaßliche staatsrechtliche Schwachstellen des Reiches seien für den Krieg verantwortlich und dieses sei nach dem Krieg kaum mehr als ein hohles Gebilde gewesen. Wie nachfolgend deutlich werden wird, stellt die moderne Forschung diese üblichen Schlussfolgerungen infrage.

Der zweite, wesentlichere Grund für die auseinandergehenden Interpretationen liegt im natürlichen Bedürfnis, die komplexen und verwickelten Zusammenhänge zu vereinfachen. Historiker heben für gewöhnlich strukturelle Faktoren hervor und stellen den Krieg als eine Folge größerer grundlegender Entwicklungen dar: entweder als eine „allgemeine Krise“ – hervorgerufen durch den Wandel von feudaler zu kapitalistischer Wirtschaft oder durch die klimatischen Veränderungen der Kleinen Eiszeit – oder als Veränderungen in der politischen Ordnung, die „staatenbildende Kriege“ auslösten.⁰¹ Andere, weniger strukturelle Interpretationen ordnen den Dreißigjährigen Krieg in einen länger währenden Kampf zwischen den französischen Königen und dem Haus Habsburg um die Vorherrschaft in Europa ein. Dieser Ansatz bagatellisiert indes die Bedeutung der Ereignisse im Heiligen Römischen Reich ebenso wie die Unterschiede zwischen dem dort von 1618 bis 1648 währenden Krieg und dem parallel verlaufenden Achtzigjährigen Krieg der Niederlande gegen die spanische Herrschaft (1568–1648) sowie den zwischenzeitlichen heißen und kalten Kriegen zwischen Frankreich und Spanien seit den 1580er Jahren, die 1630 zu einer größeren, bis 1659 währenden Auseinandersetzung eskalierten.⁰² Eine weitere geläufige Variante dieses Ansatzes besteht darin, zu argumentieren, der Dreißigjährige Krieg habe zwar mit dem Ständeaufstand in Böhmen 1618 begonnen, dann

aber hätten die ursprünglichen Kriegsteilnehmer rasch die Kontrolle über die Ereignisse verloren und ihre Streitigkeiten seien in einen allgemeinen europäischen Krieg übergegangen.⁰³

Die am weitesten verbreitete strukturelle Interpretation besagt, es habe sich um den letzten und größten Religionskrieg in einem ganzen Zeitalter von Religionskriegen gehandelt, das 1517 mit der Reformation begonnen habe. Konfessionell motivierter Hass habe demnach einen „Kommunikationsabbruch“ verursacht, der wichtige Verhandlungen verhindert und direkt zu Gewalt geführt habe.⁰⁴ Andere Wissenschaftler weisen auf ein allgemeineres Gefühl der Angst hin und auf einen chiliastischen Glauben an einen unmittelbar bevorstehenden apokalyptischen Kampf zwischen Gut und Böse und eine darauf folgende tausendjährige Epoche des Friedens und der christlichen Einheit.⁰⁵ Zweifellos wurde in diesem Zusammenhang das Erscheinen eines auffälligen Kometen 1618 als Zeichen nahenden göttlichen Zorns gedeutet.⁰⁶

VORGESCHICHTE: UNVERMEIDLICHE ESKALATION?

Um den Stellenwert von Religion in dem Krieg begreifen zu können, müssen wir zuerst unsere dem 21. Jahrhundert anhängenden Vorstellungen vom Stellenwert des Glaubens in der menschlichen Gesellschaft ablegen. Heute sind wir es gewohnt, zwischen „religiösen“ und „säkularen“ Einstellungen zu unterscheiden. Eine solche Unterscheidung war im 17. Jahrhundert undenkbar –

kein Mensch vermochte sich ein Universum ohne Gott vorzustellen. Stattdessen wurde unterschieden zwischen denen, die man heute als „gemäßigt“ und anderen, die man als „militant“ bezeichnen könnte. Beide Gruppierungen waren religiös und wollten ihre jeweils eigene Version vom Christentum geltend machen. Die Militanten jedoch fühlten sich persönlich von Gott zum Handeln berufen. Sie neigten zu dem Glauben, ihre Ziele seien in greifbarer Nähe und eventuelle Probleme oder Rückschläge sollten lediglich ihren Glauben auf die Probe stellen. Demgegenüber betrachteten die Gemäßigten religiöse Ziele – etwa die Wiedervereinigung aller Christen – als fernere Ziele und gingen pragmatischer bei der Wahl der Methoden vor, um diese zu erreichen. Militante befanden sich in der Minderheit, hielten in der Regel seltener Machtpositionen inne und übten daher selten direkten Einfluss auf die Geschehnisse aus. Allerdings waren viele von ihnen Geistliche und äußerten in ihren Stellungnahmen häufig heftige Kritik an politischen Akteuren. Dadurch prägten sie die den Historikern zugänglichen Quellen auf unverhältnismäßig starke Weise.⁰⁷

Ungeachtet dessen, ob sie ihre jeweiligen Schwerpunkte nun auf Wirtschaft, Klima, Politik oder Religion legen, betrachten die Vertreter der strukturellen Erklärungen den Krieg unisono als unvermeidlich.⁰⁸ Dies ist angesichts der zahllosen Probleme im Heiligen Römischen Reich während des späten 16. Jahrhunderts verständlich. Das schwerwiegendste Problem war der Streit innerhalb des Hauses Habsburg um die Erbfolge des zaudernden Kaisers Rudolf II., der keine „legitimen“ Kinder hatte. Dieser Streit eskalierte im Zuge des Langen Türkenkrieges (1593–1606), der das Herrscherhaus in den Ruin trieb und es mit einem größeren Aufstand in Ungarn konfrontierte. Durch ihre internen Probleme abgelenkt, waren die Habsburger nicht in der Lage, wirkungsvoll auf die Schwierigkeiten im Rest des Reiches einzugehen.

Zu diesen gehörte vor allem der Zugriff auf die „Reichskirche“ und auf die zahlreichen, meist kleinen geistlichen Fürstentümer, die katholisch geprägt waren, als das Reich 1555 beim Augsburg-

01 Vgl. Geoffrey Parker, *Global Crisis: War, Climate Change and Catastrophe in the Seventeenth Century*, New Haven 2013; Johannes Burkhardt, *Der Krieg der Kriege. Eine neue Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, Stuttgart 2018. Weitere Diskussion und Kritik in Peter H. Wilson, *The Causes of the Thirty Years War 1618–48*, in: *English Historical Review* 123/2008, S. 554–586.

02 Vgl. Geoffrey Parker (Hrsg.), *Der Dreißigjährige Krieg*, Berlin 1987.

03 Vgl. Christoph Kampmann, *Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen Konflikts*, Stuttgart 2008.

04 Vgl. Axel Gotthard, *Der deutsche Konfessionskrieg seit 1619*, in: *Historisches Jahrbuch* 122/2002, S. 141–171; ders., *Der Dreißigjährige Krieg. Eine Einführung*, Köln 2016.

05 Vgl. Heinz Duchhardt, *Der Weg in die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges. Die Krisendekade 1608–1618*, München 2017.

06 Vgl. Andreas Bähr, *Der grausame Komet. Himmelszeichen und Weltgeschehen im Dreißigjährigen Krieg*, Reinbek 2017.

07 Vgl. Peter H. Wilson, *Dynasty, Constitution and Confession: The Role of Religion in the Thirty Years War*, in: *International History Review* 30/2008, S. 473–514.

08 Vgl. Winfried Schulze (Hrsg.), *Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich?*, Sankt Katharinen 2002.

ger Religionsfrieden seine Verfassung geändert und Lutheranern die gleichen politischen Rechte zugebilligt hatte, um im Zuge der Reformation aufgekommene Spannungen abzubauen. Diese Fürstentümer umfassten insgesamt ein Siebtel des Reichsgebietes und waren lange Zeit als Domänen der herrschenden fürstlichen und aristokratischen Familien betrachtet worden, in denen sie ihre jüngeren Söhne und unverheirateten Töchter durch Karrieren in der Reichskirche unterbringen konnten. Diejenigen Familien, die nach 1517 zum Luthertum übergetreten waren, weigerten sich, diese Möglichkeiten und den mit ihnen einhergehenden politischen Einfluss aufzugeben. Durchaus berechtigt verwiesen sie darauf, dass sie der Klausel im Frieden von 1555, nach der diese Ländereien Katholiken vorbehalten blieben, nie zugestimmt hatten.

Es war die Verflechtung von familiären Geschehnissen mit diesen komplexen religiösen und konstitutionellen Fragen, die die Bewältigung der Probleme des Reiches so erschwerte. Dennoch hätten diese wohl kaum zum Krieg geführt, wären da nicht noch andere, zufälligere Faktoren im Spiel gewesen. Dazu gehören vor allem die Ambitionen der rivalisierenden Zweige der zweiten Familie des Reiches, der Wittelsbacher in Bayern und der Kurpfalz. Die ältere, kurpfälzische Linie bewegte fünf andere Fürsten dazu, 1608 ein Verteidigungsbündnis zu schmieden, die sogenannte Protestantische Union.⁰⁹ Diese umfasste jedoch selbst auf ihrem Höhepunkt 1610 lediglich die Hälfte der protestantischen Länder, da die restlichen, allen voran Sachsen, sich weigerten, sich ihr anzuschließen. Die Konvertierung der pfälzischen Wittelsbacher um 1560 zum Calvinismus hatte sich Anfang des 17. Jahrhunderts zu einem ernststen Problem ausgewachsen, da die meisten calvinistischen Konvertiten vom Luthertum übertraten. Als lutherische Vormacht befürchtete Sachsen, die Ausbreitung des Calvinismus könnte den 1555 erzielten Kompromiss gefährden, nicht zuletzt deshalb, weil viele Katholiken ihn als neue Religion betrachteten, die nicht unter die Schutzrechte fiel, die Lutheraner genossen.¹⁰

⁰⁹ Vgl. Albrecht Ernst/Anton Schindling (Hrsg.), *Union und Liga 1608/09. Konfessionelle Bündnisse im Reich – Weichenstellung zum Religionskrieg?*, Stuttgart 2010.

¹⁰ Vgl. Dominic Phelps, *The Triumph of Unity Over Dualism: Saxony and the Imperial Elections 1559–1619*, in: R. J. W. Evans/Michael Schaich/Peter H. Wilson (Hrsg.), *The Holy Roman Empire 1495–1806*, Oxford 2012, S. 183–202.

Überdies befürchtete Sachsen zurecht, die Union werde die Reichspolitik polarisieren und den Reichstag und die kaiserlichen Höfe spalten. Tatsächlich verließen die Mitglieder der Union 1608 auf dem Regensburger Reichstag die Versammlung und fochten Urteilsprüche des Reichskammergerichtes bei „religiösen Fällen“ an, bei denen es in Wirklichkeit um Streitigkeiten darüber ging, wer die mit den kirchlichen Ländereien verbundene rechtliche und politische Gerichtsbarkeit ausübte. Herzog Maximilian von Bayern nutzte die Gunst der Stunde und schmiedete mit dem Gros der katholischen Kirchenfürsten ein Gegenbündnis – die Katholische Liga. Genau genommen war die Liga nur deshalb rein katholisch, weil es Maximilian gelang, Bemühungen ihrer moderateren Mitglieder zu vereiteln, sie auch Sachsen und anderen politisch moderaten lutherischen Fürstentümern zu öffnen.

Die meisten Mitglieder beider Organisationen betrachteten ihr Engagement als eine Versicherung für den Fall, dass die bestehenden Spannungen wirklich zum Krieg führen würden. Weder Maximilian noch sein pfälzischer Gegenspieler nach 1610, Friedrich V., strebten einen massiven Konflikt an, mochten auch manche ihrer Berater die Meinung vertreten, ein solcher sei notwendig, um die Pattsituation zu beenden. Die wahre Tragödie des Dreißigjährigen Krieges bestand nicht darin, dass er unausweichlich war, sondern dass ein Konflikt dieses Umfangs und dieser Tragweite hätte vermieden werden können.

BEGINN UND ERSTE KRIEGSJAHRE

Innerhalb von fünf Jahren nach dem Ende ihres Bruderzwistes 1612 hatten die Habsburger Maximilian zur Auflösung der Katholischen Liga gezwungen, während die Protestantische Union bankrott war und stetig an Mitgliedern verlor.¹¹ Dennoch war die Autorität der Habsburger in ihren eigenen Ländern noch immer brüchig. In diesen hatten die meisten Adligen bis 1600 irgendeine Form des Protestantismus angenommen, während das Herrschergeschlecht selbst dem katholischen Glauben treu blieb. Die protestantischen Adligen nutzten ihre Mehrheiten in den Landtagen, um – als Gegenleistung für ihre Zu-

¹¹ Vgl. Peter H. Wilson, *Der Dreißigjährige Krieg. Eine europäische Tragödie*, Darmstadt 2017, S. 256–342.

stimmung zu bestimmten Steuern – größere politische Rechte zu erstreiten sowie die Freiheit, die Religion ihrer eigenen Untertanen zu bestimmen. Das berühmteste dieser Privilegien war der Majestätsbrief. Diesen hatten protestantische Stände in Böhmen Kaiser Rudolf II. 1609 abgepresst. Entschlossen, ihre Autorität durchzusetzen und ihren Glauben zu verteidigen, beschränkten die Habsburger gerichtliche und militärische Ernennungen nun immer stärker auf Katholiken. Dies wiederum veranlasste eine Reihe prominenter Adelige dazu, wieder zum Katholizismus zu konvertieren, um ihre Loyalität zu beteuern und ihre Karrieren voranzutreiben. Vereinbarungen wie der Majestätsbrief wurden derweil eng zugunsten der Vorrechte von Katholiken und Habsburgern ausgelegt.

Angesichts dieser Benachteiligungen und nach dem Verlust lukrativer Stellen bei Gericht stürmten wütende Vertreter protestantischer böhmischer Stände am 23. Mai 1618 die Regierungsräumlichkeiten in der Prager Burg. Dabei wurden zwei kaiserliche Statthalter samt Sekretär aus dem Fenster geworfen. Alle drei überlebten den Fenstersturz mit Verletzungen; dem Sekretär gelang die Flucht, und er alarmierte die zuständigen Behörden in Wien (später wurde er unter dem Namen von Hohenfall in den Adelsstand erhoben).¹²

Die meisten derer, die bei dem Ereignis zugegen waren, waren sich der mörderischen Absichten der Rädelsführer gar nicht bewusst. Mit der „Defenestration“ sollte die Mehrheit der Gemäßigten dazu gezwungen werden, sich den Forderungen der Radikalen – die Habsburger sollten ihre prokatholischen Maßnahmen zurücknehmen – anzuschließen. Zwar suchten die Fensterstürzer durchaus die Konfrontation, doch hatten sie es nicht auf einen Krieg angelegt. Da weder ihnen noch den Habsburgern die Mittel für eine kriegerische Auseinandersetzung zur Verfügung standen, forderten beide Seiten Unterstützung ein. Dadurch öffnete sich ihr Konflikt für externe Parteien, deren Intervention alles andere als altruistisch motiviert war.¹³ Da es keinem der Beteiligten gelang, eine Abfolge begrenzter Krisen zu lösen oder we-

nigstens einzudämmen, weitete sich der Krieg aus. Einmal begonnen, ließ er sich zunehmend schwerer beenden, denn beide Seiten mussten den vielfältigen, oft widerstreitenden Interessen ihrer Verbündeten Rechnung tragen.

Nach der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands II. 1619 deutete alles auf eine frühe Entscheidung hin. Als katholischer Hardliner verstand Ferdinand den Konflikt eher als Aufstand denn als Bürgerkrieg. In seinen Augen hatten seine Widersacher als Aufständische ihre Rechte verwirkt, und er fühlte sich berechtigt, sie zu enteignen, sobald er sie besiegt hatte.¹⁴ 1620 erhielt Ferdinand Hilfe von Bayern, dem er gestattete, die Liga neu zu gründen, sowie von Sachsen, das den Frieden im Reich wiederherstellen wollte. Derweil setzte die böhmische Führung die Habsburger formell ab und wählte Friedrich V., den Kurfürsten von der Pfalz, zu ihrem König – und zwar unter einer neuen Verfassung, nach der die Monarchie weitgehend entmachtet wurde. Dass Friedrich dieses vergiftete Geschenk im Oktober 1619 annahm, verknüpfte die Probleme der Habsburger mit denen im restlichen Reich. Die Union jedoch weigerte sich, Friedrich zu unterstützen, was es Maximilian ermöglichte, die Liga-Armee zu entsenden, um Ferdinand zu Hilfe zu kommen.

Gestärkt durch spanische und päpstliche Truppen und Mittel vernichteten Ferdinands Streitkräfte die böhmische Armee am 8. November 1620 bei Prag in der Schlacht am Weißen Berg, der entscheidendsten Schlacht des Krieges.¹⁵ Friedrich floh gemeinsam mit seiner Gattin Elisabeth, der Tochter des englischen Königs Jakob I., und wurde fortan aufgrund der Kürze seiner Herrschaft als „Winterkönig“ verspottet. Binnen weniger Monate beschlagnahmte Ferdinand „Rebellengüter“, fast die Hälfte allen Grundbesitzes in Böhmen, und verteilte diese an jene Adelige, die ihm gegenüber loyal geblieben waren, sowie an seine Armeeoffiziere, deren Sold er nicht länger bezahlen konnte.

Mit jedem weiteren kaiserlichen Sieg verbreitete sich diese Praxis fast im gesamten Reich. Maximilian bekam seine Belohnung 1623, als

¹² Vgl. Jan Kilián, Religiös-politische Unruhen in Böhmen und der dritte Prager Fenstersturz, in: Robert Rebitsch (Hrsg.), 1618. Der Beginn des Dreißigjährigen Krieges, Köln 2017, S. 149–167.

¹³ Vgl. Georg Schmidt, Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, München 2018, S. 153–167.

¹⁴ Vgl. Thomas Brockmann, Dynastie, Kaiseramt und Konfession. Politik und Ordnungsvorstellungen Ferdinands II. im Dreißigjährigen Krieg, Paderborn 2011.

¹⁵ Vgl. Olivier Chaline, La Bataille de Montagne Blanche (8 novembre 1620), Paris 2000.

Ferdinand ihm die Pfalz übertrug, nachdem Friedrich V. ins Exil getrieben worden war. Spanien rief seine Truppen zurück, und nun hätte der Krieg enden können, hätte Dänemark nicht 1625 interveniert, um seine Interessen in Norddeutschland zu schützen. Die Niederlage Dänemarks und seiner deutschen protestantischen Geldgeber im Juni 1629 ermöglichte es Ferdinand, seine Strategie der Beschlagnahme und Neuverteilung auszuweiten. Sie war nun sogar noch notwendiger, um die stark vergrößerte kaiserliche Armee unter Albrecht von Wallenstein zu finanzieren, der seinerseits mit dem erbeuteten Herzogtum von Mecklenburg entschädigt wurde.

AUSWEITUNG DES KRIEGES

Mit dem Erlass des Restitutionsediktes vom März 1629 übernahm sich Ferdinand jedoch in höchstem Maße. Dieses Edikt sollte die Auseinandersetzungen um den Augsburger Frieden beilegen und schrieb Protestanten vor, sämtliche kirchliche Ländereien, die sie sich seit 1552 angeeignet hatten, zurückzugeben. Ob der Kaiser die alleinige Befugnis zur Auslegung der Verfassung innehatte, wurde sogar in den Reihen der Katholiken angezweifelt, sowohl die Spanier als auch Wallenstein mahnten zur Vorsicht. Derweil wurden kaiserliche Truppen entsandt, um Spanien im Kampf gegen die Holländer beizustehen, um kaiserliche Rechte in einem verworrenen Erbfolgekrieg im Herzogtum Mantua zu wahren und um Polen zu Hilfe zu kommen, das sich seit 1621 einer schwedischen Invasion erwehren musste.

Alarmiert von der Möglichkeit eines kaiserlich-polnischen Bündnisses akzeptierte der schwedische König Gustav II. Adolf eine französische Vermittlung, um einen nicht zu gewinnenden Krieg in Polen zu Ende zu bringen, und fiel im Juni 1630 in Deutschland ein. Damit setzte er den Krieg wieder in Gang. Obschon er später als Retter der Protestanten gefeiert wurde, war es Gustav Adolfs Absicht, Pommern zu erobern, um Schwedens Position als vorherrschende baltische Macht zu festigen. Sogar sein eigener Schwager, Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, weigerte sich zunächst, sich ihm anzuschließen, bis der schwedische König schließlich vor den Toren Berlins aufzog und damit drohte, das Kurfürstliche Schloss zu beschießen. In der Hoffnung, dies würde Ferdinand zwingen, in Be-

zug auf das Edikt Kompromisse einzugehen, zog Sachsen widerwillig nach. Erst nach dem spektakulären schwedischen Sieg bei Breitenfeld im September 1631 konnte Gustav Adolf tiefer in das Reich eindringen. Nun schlossen sich Hessen-Kassel und mehrere kleinere protestantische Fürsten bereitwillig Schweden an, darauf hoffend, weitere kirchliche Ländereien an sich reißen und Rechnungen mit lokalen Rivalen begleichen zu können.

Schweden beutete nominell Verbündete wie Pommern ebenso rücksichtslos aus wie die Ländereien, die es den Anhängern des Kaisers entriß. Selbst mit französischen Hilfgeldern konnte die Ostseemacht den Krieg nicht finanzieren und war bei der Versorgung von vier Fünftel seiner Truppen auf deutsche Fürsten und Adelige sowie auf Exillöhnen angewiesen. Eroberte kirchliche Ländereien wurden als Belohnung an Unterstützer der Schweden verteilt, womit sich Schweden mit einem ebenso dichten Geflecht von Verpflichtungen umgab wie jenes, das die Habsburger an Bayern band.

Während der Krieg vor 1631 immer nur in einer oder zwei Regionen gleichzeitig ausgefochten worden war, breitete er sich nun auf das gesamte Heilige Römische Reich aus, und die Gesamtzahl der Kriegsteilnehmer erhöhte sich von etwa 150 000 in den 1620er Jahren auf mehr als 250 000. Die Koordinierung gestaltete sich wesentlich schwieriger, da sowohl der Kaiser als auch die Schweden gezwungen waren, ihre Streitkräfte zu verteilen, um ihre fürstlichen Verbündeten zu unterstützen. So stellte beispielsweise in Westfalen der Kurfürst von Köln eine eigenständige Streitmacht mit Soldaten aus kleinen katholischen Fürstentümern zusammen, immer wieder unterstützt von kaiserlichen Militäreinheiten, um sich den Bestrebungen seitens Hessen-Kassel, den Braunschweiger Welfenherzögen sowie schwedischer Regimenter entgegenzustellen, die Paderborn, Osnabrück und andere Bistümer erobern wollten. Die Notwendigkeit, regionalen Interessen nachkommen zu müssen, ist einer der Hauptgründe dafür, warum sich der Krieg so sehr in die Länge zog.¹⁶ Dieser Umstand machte es wesent-

¹⁶ Vgl. Peter H. Wilson, *War Finance, Policy and Strategy in the Thirty Years War*, in: Michael Rohrschneider/Anuschka Tischer (Hrsg.), *Dynamik durch Gewalt? Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) als Faktor der Wandlungsprozesse des 17. Jahrhunderts*, Münster 2018, S. 229–250.

lich schwieriger, Truppen für einen entscheidenden Schlag zusammenzuziehen, und er erschwerte es auch, Frieden zu schließen, da ein solcher so gut wie sicher bedeutet hätte, Verbündete dazu zu nötigen, einen Teil ihrer Kriegsbeute an die jeweils andere Seite zurückzugeben.

Auch Gustav Adolfs Tod in der Schlacht bei Lützen im November 1632 veränderte die Gesamtsituation kaum, denn der Kaiser konnte die Schweden nur dann aus dem Reich vertreiben, wenn es ihm gelang, deren deutsche Unterstützer zum Überlaufen zu bewegen.¹⁷ Dank umfassender spanischer Militärhilfe schaffte es die kaiserliche Hauptarmee im September 1634, Schwedens süddeutsche Armee bei Nördlingen zu schlagen und so das strategische Patt zu durchbrechen. Der Sieg versetzte Ferdinand in die Lage, Zugeständnisse in Bezug auf das Edikt als Großmut, nicht als Schwäche darzustellen. Zugleich ermöglichte er es Sachsen, Brandenburg und anderen, diese Zugeständnisse gefahrlos anzunehmen und die Seiten zu wechseln.

Entsprechende Vereinbarungen wurden im Mai 1635 im Prager Frieden getroffen, der Ferdinands Interpretation des Krieges aufgriff: Demnach war alles, was vor 1629 geschehen war, ein Aufstand gewesen, der inzwischen beigelegt war; bei den Geschehnissen seit 1630 hingegen handelte es sich um eine ausländische Invasion, weshalb alle deutschen Fürsten und Städte helfen mussten, die Schweden zu vertreiben.

KRIEGSVERLÄNGERENDE WENDUNGEN

Unglücklicherweise reichten Ferdinands Zugeständnisse nicht weit genug, vor allem, weil er die Pfalz nicht zurückgeben konnte, ohne Bayern zu verprellen, seinen nach wie vor wichtigsten militärischen Verbündeten. Erneut übernahm sich Ferdinand: Die Aufgabe, Schweden zum Rückzug aus dem Reich zu bewegen, delegierte er an Sachsen, zugleich verlegte er einen Teil der kaiserlichen Armee in die Spanischen Niederlande, um Spanien gegen Frankreich zu unterstützen. Die Chance auf einen Friedensschluss war damit vertan. Die schwedische Regierung beschloss, dass sie schon zu viel Blut und Mittel in den Krieg investiert hatte, um einen Frieden akzeptieren zu können. Die Sachsen wiederum erwiesen sich als

unfähig, auf sich allein gestellt die verbliebenen schwedischen Truppen zu besiegen, sodass der Kaiser gezwungen war, seine Truppen zur Unterstützung zu verlagern.¹⁸

Der teilweise Zusammenbruch der schwedischen Truppen fiel zeitlich mit der Eskalation der französisch-spanischen Feindseligkeiten zu einem offenen Krieg im Mai 1635 zusammen. Bestrebt, Österreich von einer Unterstützung Spaniens abzuhalten, intensivierte Frankreich schrittweise sein Engagement im Reich. Zunächst unterstützte es Schwedens süddeutsches Rumpfheer unter Bernhard von Weimar 1635 finanziell, um seine Auflösung zu vermeiden. Ungeachtet dessen, dass es keine formale Kriegserklärung gegen den Kaiser gab, wurde diese Streitmacht nach Bernhards Tod 1639 in das französische Heer eingegliedert und um zusätzliche französische Truppen ergänzt. Derweil unterstützte Frankreich Schweden weiter finanziell, bevor 1642 ein dauerhaftes Bündnis geschmiedet wurde, bei dem beide Beteiligten darin übereinkamen, nicht ohne den jeweils anderen Frieden zu schließen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten entwickelte sich zwischen Frankreich und Schweden eine wirksame strategische Partnerschaft.¹⁹ Frankreich konzentrierte sich darauf, sich gewaltsam einen Weg über den Rhein zu bahnen und die bayerischen Kräfte zu binden, während sich Schweden der kaiserlichen Hauptarmee entgegenstellte. Hessen-Kassel wurde damit betraut, sich mit Köln und der kleineren westfälischen Armee auseinanderzusetzen, die sich in Nordwestdeutschland festgesetzt hatte. Derweil nahmen sich kleinere schwedische Verbände die anderen deutschen Verbündeten des Kaisers vor und setzten sie unter Druck, einseitige Neutralitätsvereinbarungen zu akzeptieren, nach denen sie, unter der Voraussetzung, das schwedische Heer weiterhin mit Lebensmitteln und Geld zu unterstützen, aus dem Krieg ausscheiden konnten. Bran-

¹⁸ Vgl. ders., *Habsburg Imperial Strategy During the Thirty Years War*, in: Enrique García Hernán/Davide Maffi (Hrsg.), *Estudios sobre Guerra y Sociedad en la Monarquía Hispánica. Guerra marítima, estrategia, organización y cultura militar (1500–1700)*, Valencia 2017, S. 291–329; Jenny Öhman, *Der Kampf um den Frieden. Schweden und der Kaiser im Dreißigjährigen Krieg*, Wien 2005; Lothar Höbelt, *Von Nördlingen bis Jankau. Kaiserliche Strategie und Kriegführung 1634–1645*, Wien 2016.

¹⁹ Vgl. Derek Croxton, *Peacemaking in Early Modern Europe: Cardinal Mazarin and the Congress of Westphalia, 1643–1648*, Selinsgrove 1999.

¹⁷ Vgl. Peter H. Wilson, *Lützen*, Oxford 2018.

denburg nahm diese Vereinbarung 1642 an. Eine schwere kaiserliche Niederlage bei Jankau 1645 zwang Sachsen dazu, nachzuziehen.

BIS ZUM FRIEDENSSCHLUSS

Diese Rückschläge überzeugten Ferdinand III., der 1637 seinem Vater auf den Thron gefolgt war, davon, dass weitere Zugeständnisse unvermeidlich waren. Er stimmte Friedensgesprächen in den beiden westfälischen Städten Münster und Osnabrück zu, die zu diesem Zweck 1643 für neutral erklärt wurden. Militäroperationen konzentrierten sich nun zunehmend darauf, weitere kleine Siege zu erringen, um die Position der jeweiligen Diplomaten zu stärken, und anders als gemeinhin angenommen, geriet der Krieg zu keinem Zeitpunkt politisch außer Kontrolle. Auch endete er nicht aufgrund beiderseitiger Ermüdung. Frankreich und Spanien waren in der Lage, ihren eigenen, separaten Krieg noch weitere elf Jahre fortzusetzen, und das Reich war trotz aller Verwüstungen imstande, eine gewaltige Geldsumme aufzubringen, um bis 1651 sämtliche Heere zu entlohnen. Die schlichte Erklärung lautet, dass die wichtigsten Kriegsteilnehmer allesamt zu dem Schluss kamen, weitere Kampfhandlungen würden die Zugewinne gefährden, die sie bereits erzielt hatten, und es sei besser, sich mit dem Erreichten zu begnügen und den Zerstörungen ein Ende zu bereiten.

Die Habsburger hielten an der Vereinbarung fest, die sie in ihren eigenen Ländereien in den 1620er Jahren durchgesetzt hatten, und festigten ihre Herrschaft in engem Schulterschluss mit dem mittlerweile geschlossen katholischen Adel, der die von den besiegten Aufständischen beschlagnahmten Besitztümer behalten durfte. Bayern behielt die Hälfte der pfälzischen Ländereien und seinen neuen Status als Kurfürstentum. Als Belohnung für seine Unterstützung des Kaisers wurde Sachsen eine habsburgische Provinz zugeschlagen. Schweden sicherte sich die Fürstentümer, die es in Norddeutschland erobert hatte (und die es sich, dies sollte betont werden, überwiegend von anderen protestantischen Fürsten angeeignet hatte). Frankreich bekam die habsburgischen Ländereien im Elsass, was viel später Zankapfel für

deutsche Nationalisten werden sollte, für Frankreich jedoch weit weniger von Bedeutung war als das Versprechen, dass sich Österreich nicht auf die Seite Spaniens schlagen würde.

Die wahren Verlierer waren die pfälzischen Wittelsbacher, die ihren Status und die Hälfte ihrer Ländereien einbüßten, sowie die Böhmen und andere Verbannte, die ihre Besitztümer verloren. Und natürlich die einfachen Menschen, die so lange gelitten hatten: Die Bevölkerung im Heiligen Römischen Reich war um mindestens ein Fünftel geschrumpft, und erst im frühen 18. Jahrhundert wurde wieder das Vorkriegsniveau erreicht.

Der Westfälische Frieden gilt weithin als Beginn der modernen, auf souveränen Staaten basierenden internationalen Ordnung. Zwar war er zweifellos ein Schritt in diese Richtung, doch in dem eigentlichen Vertragswerk war davon kaum die Rede. Seine wichtigste Bedeutung besteht vor allem darin, wie nachfolgende Generationen ihn auslegten. Tatsächlich aber festigte der Frieden das Reich, da das Vertragswerk von 1648 Teil der Verfassungsordnung wurde, dezent das Gleichgewicht zwischen Kaiser und Fürsten regulierte und damit seinen Teil zum Fortbestand des Heiligen Römischen Reiches bis 1806 beitrug.²⁰

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

PETER H. WILSON

ist Inhaber der Chichele-Professur für Kriegsgeschichte am All Souls College der Universität Oxford. Zuletzt erschien von ihm „Der Dreißigjährige Krieg. Eine europäische Tragödie“ (2017).
peter.wilson@history.ox.ac.uk

²⁰ Siehe hierzu auch den Beitrag von Heinz Duchhardt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

„DAS SICH EINEM STEIN SOLT ERBARMET HABEN“

Der Dreißigjährige Krieg im Erleben der Zivilbevölkerung

Frauke Adrians

In Lebensgefahr führte Hans Heberle noch Buch. „Das ist die 23. Flucht“, notierte er im Sommer 1646 und bedauerte, dass er und „die ganze Landschaft“ wieder nach Ulm fliehen mussten, „mit Weib und Kind, Ross und Vieh, obwohl die Früchte zum Großteil noch auf dem Feld standen.“⁰¹ Heberle war Schuster und betrieb in Weidenstetten, einem Dorf 15 Kilometer nördlich von Ulm, einen kleinen Hof. Die Gegend wurde seit Mitte der 1620er Jahre immer wieder von Truppen heimgesucht. Für die Landbevölkerung war der Rückzug in den Schutz der Stadtmauern überlebensnotwendig; manchmal blieb ihr auch nichts anderes übrig, als sich in Wäldern oder Weinbergen zu verstecken. Seit 1634 führte der Schuster ein „Zeytregister“ und nummerierte seine Fluchten durch, während der Tod eine noch grimmigere Statistik führte. Fünf Kinder hatten Hans und Anna Heberle im Sommer 1634, als die Zahl ihrer Fluchten noch einstellig war; vier verloren sie bis zum Herbst des folgenden Jahres. Die siebenjährige Chatreina und der „herzallerliebste sohn Johannes“ starben 1635 vermutlich am Hunger, zwei kleinere Geschwister waren schon 1634 gestorben.⁰² Und der Krieg war gerade erst zur Hälfte vorüber.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung waren es nicht viele, die wie Hans Heberle ihre Kriegs- und Alltagserlebnisse schriftlich festhielten. Nur eine Minderheit, vielleicht zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung, konnte lesen und schreiben. Doch immerhin sind heute private Selbstzeugnisse – Tagebücher, Chroniken, Briefe – von rund 250 Zeitzeugen des Dreißigjährigen Krieges bekannt, möglicherweise lagern noch weitere unentdeckt in Archiven. „Einfache“ Leute wie Hans Heberle, der Söldner Peter Hagendorf, die Eichstädter Augustiner-Chorfrau Klara Staiger, der hessische Bauer Caspar Preis und die Bamberger

Dominikanernonne Anna Maria Junius, um nur einige der heute bekannten privaten Chronisten zu nennen, schrieben nicht für „die Nachwelt“ oder für die Geschichtsbücher. Sie schrieben, um Verluste und Schäden in ihrem Umfeld zu dokumentieren, um den chaotischen und brutalen Zeitläuften ein wenig Struktur und Ordnung abzutrotzen, vor allem aber wohl, um das persönlich Erlebte überhaupt verarbeiten und es in ihr eigenes Gedächtnis und das ihrer Angehörigen einschreiben zu können.

VERMESSUNG EINER KATASTROPHE

Der Krieg, die Plünderungen und Übergriffe durch Truppen und Trupps jedweder Herkunft, Konfession und Couleur, dazu Hunger und Krankheiten: Es ist kein Wunder, dass die Einwohnerzahl mancher Regionen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr sank. Wie viele Menschenleben der Dreißigjährige Krieg forderte, lässt sich nur anhand von Einzelquellen hochrechnen. Gängige Schätzungen besagen, dass die Bevölkerungszahl auf dem Gebiet des Reiches zwischen 1618 und 1648 um etwa ein Drittel zurückging. Dem entsprechen Schätzwerte, die der Historiker Georg Schmidt nennt: In den Reichsgrenzen von 1871 lebten demnach um 1600 etwa 15 bis 17 Millionen, möglicherweise 21 Millionen Menschen; 50 Jahre später waren es noch zehn bis 13 Millionen.⁰³ Der Historiker Axel Gotthard nimmt – bezogen auf das Reichsgebiet in den Grenzen von 1914 – für das Jahr 1618 rund 16 Millionen Einwohner an, für 1650 nur noch zehn Millionen. Damit wäre das Reich im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges ungefähr auf die Bevölkerungszahl des Jahres 1470 zurückgefallen, und das, obwohl das 16. Jahrhundert in Europa von starkem Bevölkerungswachstum geprägt war.⁰⁴



„Der Galgenbaum“: Zeitgenössische Radierung von Jacques Callot aus der Serie „Les Grandes Misères de la guerre“ (1633).
Quelle: picture alliance/akg-images

Dennoch wird das Ausmaß der demografischen Katastrophe bisweilen infrage gestellt. Der Historiker Bernd Roeck führt dies auf seinen Fachkollegen Sigfried Henry Steinberg zurück, der 1947 in einem Essay und 1966 in einer vielbeachteten Monografie argumentierte, Chronisten, Dichter und Geschichtsschreiber hätten in ihren Schilderungen der Kriegsgräu- el und Einschätzungen der Kriegsfolgen maßlos übertrieben. Damit wollte er offenbar einem bereits im 19. Jahrhundert aufgekommenen nationalistischen deutschen Geschichtsmythos entgegenwirken, der sich im Nationalsozialismus fortgesetzt hatte und auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der deutschen Geschichtswissenschaft teilweise noch fortlebte: „Unausgesprochen richtete sich Steinbergs Polemik gegen ein nationalsozialistisches Deutungsmuster, das den Dreißigjährigen Krieg zum Tiefpunkt der deutschen Geschichte erklärte, um den Ersten und Zweiten Weltkrieg als überfällige Revision

des Westfälischen Friedens und historisch folgerichtigen Kampf um den Wiederaufstieg des Reiches zu rechtfertigen.“⁰⁵ Obgleich diese besondere Spielart des Revisionismus heute nicht mehr verbreitet ist, blieben Steinbergs dagegen formulierte Thesen hartnäckig haften – etwa bei Hans-Ulrich Wehler, der in seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ (1987) behauptete, „unstreitig“ habe „der Mythos des großen Brennens und Mordens die realhistorische Wirkung der Feldzüge und Epidemien übermäßig dramatisiert“, tatsächlich habe das Reich 1620 mehr Einwohner gehabt als 1620.⁰⁶ Ähnlich war auch noch 2013 in der „Welt“ über Zeugnisse aus dem Dreißigjährigen Krieg zu lesen: „Entweder sind sie unverkennbar Propaganda der einen oder anderen Seite, oder sie übertreiben.“⁰⁷

So notwendig ein kritischer Umgang mit zwangsläufig subjektiven Augenzeugenberichten und mit Quellen überhaupt ist, so sehr man berücksichtigen muss, dass manch ein Verfasser ein Interesse daran hatte, feindliche Truppen als besonders grausam hinzustellen oder Opferzahlen zu übertreiben, etwa um von Abgabenlasten befreit zu werden oder Unterstützungszahlungen vom Landesfürsten zu erheischen: Es gibt keinen Grund, die Folgen des Krieges zu verharmlosen oder die Zeitzeugenberich-

01 Zit. nach Eva-Maria Schnurr, „Gejagt wie das Wild in den Wäldern“, in: Der Spiegel Geschichte 4/2011, S. 82–85, hier S. 83.

02 Vgl. Michael Schnell, Ulm im Dreißigjährigen Krieg. Hans Heberle und Joseph Furttentbach zwischen Krieg, Hunger und Pest, 17. 5. 2013, <http://webhistoriker.de/ulm-dreissigjaehriger-krieg-zeitzeugen>, Zitat ebd.

03 Vgl. Georg Schmidt, Der Dreißigjährige Krieg, München 2010⁸, S. 91.

04 Vgl. Axel Gotthard, Der Dreißigjährige Krieg. Eine Einführung, Köln–Weimar–Wien 2016, S. 165.

05 Bernd Roeck, Die Klage der Totengräber, in: Die Zeit Geschichte 5/2017, S. 77–81, hier S. 78.

06 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, München 1987, S. 53f.

07 Cora Stephan, „Der Kopf war zerschmettert, das Gehirn zerspritzt“, 9. 2. 2013, www.welt.de/geschichte/article113508510.

te über Leid und Hunger, Brutalität und vielfaches Sterben pauschal ins Reich der Zwecklüge oder nachträglichen Schauerdichtung zu verbannen. „Die alte Anschauung vom verwüsteten Deutschland“ habe sich „durch spätere Studien weiter erhärtet“, schreibt etwa der Historiker Johannes Arndt.⁰⁸ Und Gotthard weist darauf hin, dass sich „schon die Zeitgenossen (...) als Opfer eines ganz ungewöhnlichen Kriegsexzesses“⁰⁹ sahen, schlimmer als alles, wovon man seit Menschengedenken je gehört hatte.

Gleichwohl wütete der Krieg nicht überall gleichermaßen. Manche Orte und Landstriche – etwa im Nordwesten Deutschlands – blieben von Kämpfen, Truppendurchmärschen und Einquartierungen weitgehend oder sogar vollständig verschont, zum Beispiel die Stadt Münster. Schon deshalb empfahl sie sich in den 1640er Jahren als Hauptort der westfälischen Friedenskonferenzen. Und während Magdeburg im Mai 1631 in Flammen aufging und seine Bewohner zu Tausenden den Truppen des kaiserlichen Feldherrn Johann T'Serclaes von Tilly zum Opfer fielen, liefen die Geschäfte in einer anderen protestantischen Elbestadt vorzüglich: Hamburg handelte mit Luxusgütern und Lebensnotwendigem und war ein wichtiger Umschlagplatz für Waffen. Folgerichtig ließen protestantische wie auch kaiserlich-katholische Heeresführer die Hafenstadt in Ruhe. Zu Kriegsbeginn hatte Magdeburg etwa 30 000, Hamburg 40 000 Einwohner. In Magdeburg lebten gegen Kriegsende keine 500 Menschen mehr, während Hamburgs Bevölkerungszahl auf 60 000 angewachsen war.¹⁰

Am schlimmsten vom Krieg betroffen waren die Gebiete entlang einer als „Zerstörungsdiagonale“ bekannten Nordost-Südwest-Achse, die sich von Pommern und Mecklenburg über Brandenburg, Anhalt, Thüringen und die Pfalz bis nach Baden erstreckte. Doch auch Böhmen, wo die ersten Kämpfe des Dreißigjährigen Krieges ausgetragen wurden, hatte hohe Verluste zu beklagen; der Krieg kehrte immer wieder in das Stammland des Kriegsunternehmers und kaiserlichen Generalissimus Albrecht von Wallenstein zurück. An Rhein und Elbe kam es ebenfalls wiederholt zu

Scharmützeln und Schlachten: Die Flüsse waren als Transportwege kriegswichtig, außerdem ließ sich ein feindliches Heer leicht zum Kampf stellen, wenn es an einer Furt mit einer zeitraubenden Flussüberquerung beschäftigt war.

KRIEG ERNÄHRT KRIEG

Die alte Regel, wonach jeder Fürst das Heer, das er aufstellen ließ, auch bezahlen musste, war im Dreißigjährigen Krieg von Beginn an Makulatur. Schon der glücklose „Winterkönig“ Friedrich V. konnte die Truppen, die 1620 in Böhmen für seine Sache kämpften, nicht auf Dauer finanzieren – was dazu führte, dass sie Dörfer plünderten und die Zivilbevölkerung durch Brandschatzung auspressten. Graf von Thurn, einer der Unterlegenen in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag, brachte die Niederlage mit dem unchristlichen Verhalten der Truppen direkt in Verbindung: „Dass diese hohe Strafe Gott auf uns hat fallen lassen, haben unsere Soldaten, so teutsch als ungarisch, mit ihrem unchristlichen und vorher niemals erhörten gottlosen Leben, so sie mit Plündern, Rauben, Brennen und Morden verübt, tausendfältig verschuldet“, schrieb er in seiner „Kurzen und eigentlichen Relation der verlaufenen Schlacht“.¹¹

Das Prinzip, dass der Krieg den Krieg ernähren müsse, machte Wallenstein wenige Jahre später zu seinem Geschäftsmodell: Da selbst Kaiser Ferdinand II. nicht die Mittel hatte, die großen Söldnerheere dauerhaft zu versorgen, die Wallenstein ab Mitte der 1620er Jahre in seinem Auftrag anwarb, verlangte der General neben den üblichen Naturalien auch hohe Geldzahlungen von den Territorien, in denen die Truppen einquartiert waren. Sie mussten die Kriegskosten vollständig tragen.¹² Ob es sich um Feindes- oder Freundesland handelte, spielte für Wallenstein keine Rolle. Je länger der Krieg dauerte, desto drückender wurde für Regionen mit häufigen Einquartierungen die Kontributionslast. Vielerorts wurden Vieh und Pferde beschlagnahmt, was die Bestellung der Felder fast unmöglich machte. Die Folge war noch größerer Hunger. Er führte dazu, dass „vül greüwlich und abscheü-

08 Johannes Arndt, *Der Dreißigjährige Krieg 1618–1648*, Stuttgart 2009, S. 192.

09 Gotthard (Anm. 4), S. 206.

10 Vgl. Janina Lingenberg, *Kämpfende Magd – schaukelnde Krämer*, in: *Die Zeit Geschichte* 5/2017, S. 62–66.

11 Zit. nach Hans Jessen (Hrsg.), *Der Dreißigjährige Krieg in Augenzeugenberichten*, München 1975³, S. 90.

12 Vgl. Gotthard (Anm. 4), S. 192.



Gewalt gegen die Zivilbevölkerung: Holzstich nach einer Radierung von Hans Ulrich Franck (1643), nachträglich koloriert.

Quelle: picture alliance/akg-images

liches dings auffgefressen worden“, berichtet der Ulmer Schuster Hans Heberle 1635, „hundert und katzen, müß und abgangen vüch (...). Es ist auch für gut gehalten worden allerley kraut uff dem feld: die distel, die nesle (...), dan der hunger ist ein guter koch, wie man im sprichwort sagt. Dan durch diese hunger ist ein grosser sterbet und pestelentz entstanden, das vüll tausend menschen gestorben.“¹³

Bereits 1626 führte Volkmar Happe, Hofrat in Diensten des Grafen von Schwarzburg-Sondershausen, im thüringischen Ebeleben akribisch Buch über die geforderten Abgaben; unter anderem mussten täglich 12 400 Pfund Brot, 9300 Pfund Fleisch und 6200 Maß Bier ins kaiserliche Heerlager geliefert werden. „In manchem Dorfe haben fünf, sechs Regimenter gelegen, in manchem kleinen Bauernhaus eine ganze Kompanie. Die haben wie die Raupen alles beschmutzt, aufgeessen, verfüttert, verwüstet und vernichtet“, klagte er.¹⁴ Drei Jahre später hatte sich die Lage verschlimmert, auch weil die Übergänge zwischen Kontributionszahlung, gewaltsamer Plünderung und brutalen Exzessen zunehmend verschwammen: „In dem nunmehr angewichenen 1629. Jahr sind wir durchaus mit vielen keyserlichen Soldaten belebet gewesen. Denn wir starcke Geldcon-

¹³ Zit. nach Gerd Zillhardt, *Der Dreißigjährige Krieg in zeitgenössischer Darstellung: Hans Heberles „Zeytregister“ (1618–1672)*, Aufzeichnungen aus dem Ulmer Territorium, Ulm 1975, in Auszügen ebenfalls online dokumentiert in: *Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern (DGDB)*, http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=3709, hier S. 5.

¹⁴ Zit. nach Schnurr (Anm. 1), S. 84.

tribution geben müssen, also dass wir gantz verarmet und ist ein unsegliches Jammer und Noth und Elende unter dem armen Volcke gewesen. Anfangs haben wir Crabaten [zeitgenössisch für „Kroaten“, *Anm. d. Red.*] gehabt, hernach haben wir teutsche Reuter des Obristen Piccolomini bekommen. (...) Was vor Mordschlag, Rauberey, Schändungen der Weibes Bilder hin und wieder vorgegangen, ist hoch zu trauern. Darüber haben wir noch viele Durchzüge ausgestanden.“¹⁵

ALLES DURCHDRINGENDE ANGST

Happe schrieb sein „*Chronicon Thuringiae*“ nicht bloß als Beobachter und Betroffener; sein Mitleiden erklärt sich auch aus seiner Rolle als Verwalter. Von Amts wegen wäre es seine Aufgabe gewesen, Schaden von „dem armen Volcke“ abzuwenden und es vor den Übergriffen marodierender Truppen zu schützen, aber das konnte er im Krieg nicht. „Noth und Elende“, Gewalt und die mutwillige Zerstörung aller Strukturen des Zusammenlebens erschütterten die Menschen tief.

In einer durch und durch religiös geprägten Gesellschaft, in der nahezu jeder seinen Platz und „Stand“ hatte und in der es einst eine gewisse Rechtssicherheit und öffentliche Ordnung gegeben hatte, bedeutete der Krieg einen Bruch mit allem, was man für sicher und unumstößlich gehalten hatte. „Die Angst durchdrang alles“, bilanziert die Historikerin Sigrun Haude die Zeitzeugenberichte aus jenen Jahren.¹⁶ Die Auswirkungen des Krieges auf die Psyche der Menschen lassen sich auch in Andreas Gryphius' Sonett „Tränen des Vaterlandes“ von 1636 erahnen, das mit den Versen endet: „Doch schweig ich noch von dem/was ärger als der Tod/Was grimmer denn die Pest/und Glut und Hungersnot/Daß auch der Seelen Schatz/so vielen abgezwungen.“¹⁷ Gleiches gilt auch für die Worte des Ver-

¹⁵ Zit. nach Andreas Bähr, *Inhaltliche Erläuterungen zu Volkmar Happes Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg*, in: Hans Medick/Norbert Winnige (Hrsg.), *Mitteldeutsche Selbstzeugnisse aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges*, o.D., www.mdsz.thulb.uni-jena.de/happe/erlaeuterungen.php.

¹⁶ Sigrun Haude, *The Experience of War*, in: Olaf Asbach/Peter Schröder (Hrsg.), *The Ashgate Research Companion on the Thirty Years' War*, Abingdon-on-Thames 2014, S. 273 (eigene Übersetzung).

¹⁷ Andreas Gryphius, *Tränen des Vaterlandes*, 1636, <http://gutenberg.spiegel.de/buch/gedichte-9714/8>.

fassers der Stausebacher Ortschronik, des hessischen Bauern Caspar Preis: „Es war Jamer, Angst, Noth und Hertenleyd mit den armen Leuthen, wir waren so gar geängstiget und verzaget, das uns auch ein rauschendes Blat verjaget.“¹⁸

Krieg bedeutete Verrohung. Die Landbevölkerung fürchtete die „Crabaten“, als die in etlichen Quellen alle möglichen Truppen aus Ost- und Südosteuropa bezeichnet wurden, deren Sprachen man nicht verstand und die als ähnlich wild und grausam galten wie die nichtchristlichen „Türcken und Tartarn“ – doch die „teutschen Reuter“ betrogen sich kaum besser. Munterbeiläufig notierte der Söldner Peter Hagendorf nach einem Überfall auf Landshut: „Hier sind wir 8 Tage stillgelegen, haben die Stadt ausgeplündert. Hier habe ich als meine Beute ein hübsches Mädelein bekommen und 12 Taler an Geld, Kleider und Weißzeug genug. Wie wir sind aufgebrochen, habe ich sie wieder nach Landshut geschickt.“¹⁹ Vergewaltigungen und Verschleppungen junger Frauen und Mädchen gehörten für viele Soldaten zum alltäglichen Beutemachen. Entführungen, um Lösegeld zu erpressen, und Folterungen, damit die Bauern die Verstecke von Lebensmittelvorräten und anderem Wertvollen verrieten, waren an der Tagesordnung. Die wohl berüchtigtste Martermethode war das gewaltsame Eintrichtern von Wasser oder Jauche, der sogenannte Schwedentrunck.

Vonseiten der Armeeführungen gab es zwar auch Bemühungen, Exzesse zu unterbinden, und sei es nur aus der Erkenntnis heraus, dass es unklug war, einen Landstrich völlig zu verwüsten, in den man vielleicht eines Tages zurückkehren musste. Doch „Dienstreglements, Artikelbriefe sowie die Praktiken der Kriegsgerichtsbarkeit“,²⁰ die dem dienen sollten, griffen allenfalls da, wo die Söldner von ihren Auftraggebern auskömmlich bezahlt wurden. Vor allem nachts setzten sich berittene Trupps vom Heerlager ab, um in der Umgebung zu rauben und zu plündern. Es waren die Marodeure und Räuberbanden, die der Zivilbevölkerung mehr zusetzten als die – zumindest halbwegs disziplinierten – Hauptarmeen.

¹⁸ Zit. nach Gotthard (Anm. 4), S. 207.

¹⁹ Zit. nach Peter Burschel, *Himmelreich und Hölle. Ein Söldner, sein Tagebuch und die Ordnungen des Krieges*, in: Benigna von Krusenstjern/Hans Medick (Hrsg.), *Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe*, Göttingen 1999, S. 190.

²⁰ Arndt (Anm. 8), S. 192.



Raubende Soldateska: Holzstich nach einer Radierung von Hans Ulrich Franck (um 1646), nachträglich koloriert.

Quelle: picture alliance/akg-images

WANDERNDEN STÄDTE

Wenn Dörfer aus Zerstörungslust eingeäschert und halbe Familien ermordet wurden, blieb den Überlebenden oft nichts anderes übrig, als sich dem Tross des durchmarschierenden Heeres anzuschließen: als Prostituierte, Laufburschen, Viehtreiber, Gepäckträger, Bettler. Im Tross, der nicht selten doppelt so groß war wie die eigentliche Armee,²¹ zogen die Familien der Soldaten mit, zudem Feldschere, die die Verletzten versorgten, Handwerker und Händler, Barbieri, Köche sowie andere Dienstleister, die den Kriegszug überhaupt erst ermöglichten und aufrechterhielten. Heer und Tross bildeten ein mobiles Sozialgefüge, das auf Abenteuer und Mittellose durchaus anziehend wirken konnte: Wo weithin Hunger und Gesetzlosigkeit herrschten, verfügten diese wandernden Städte immerhin über gewisse innere Regeln, boten die Chance auf Beute und ein Auskommen.

Wo aber so viele Menschen auf dichtem Raum zusammenlebten, noch dazu ohne festes Dach über dem Kopf, grassierten oft Seuchen. Die Heere und ihr Anhang schleppten die Krankheitserreger mit über Land. „In Kyritz wurde die Pest durch Einquartierung eingeführt; doch erlagen nur 231 Personen“, rekonstruierte der Arzt Gottfried Lammert Ende des 19. Jahrhunderts aus Chroniken und Kirchen-

²¹ Vgl. Gotthard (Anm. 4), S. 173.

büchern von 1631. In Prenzlau hingegen habe die Seuche innerhalb eines Dreivierteljahres 1500 Menschen hinweggerafft, „wohl 25 Prozent der Bevölkerung“.²² Krankheiten hatten auch dort leichtes Spiel, wo die Landbevölkerung – wie Hans Heberle und seine Familie – in die Städte floh.

Besonders verheerend war die Lage im Sommer 1632 in Nürnberg, Fürth und Umgebung. In Erwartung einer großen Schlacht strömten die verfeindeten Truppen Wallensteins und des schwedischen Königs Gustav II. Adolfs, insgesamt rund 100 000 Soldaten mit dem jeweils dazugehörigen Tross, im Nürnberger Becken zusammen. Aus berechtigter Angst vor Gewalt und Plünderungen floh die Landbevölkerung hinter die Stadtmauern Nürnbergs, sodass dort noch einmal rund 100 000 Menschen zusammengepfertcht ausharrten. Der Sommer war feucht, Versorgungsbedingungen und hygienische Verhältnisse waren für Soldaten wie Zivilisten katastrophal. Zehntausende fielen Hunger und Seuchen zum Opfer.²³ Aus Städten, die mehrmonatige Belagerungen zu erdulden hatten, häuften sich Berichte über Kannibalismus. „Es haben die soldaten eines pastetenbeckhen knaben ein stuckh brot versprochen, er soll mit inen in das leger gehen. Als er aber dahin komet, haben sie in gemetzget und gefressen“, notierte der Schuster Heberle 1638 in Breisach.²⁴

Solche Erfahrungen führten dazu, dass es auch den glühendsten Anhängern der einen oder anderen Kriegspartei zunehmend gleichgültig war, wer da gerade kämpfte, belagerte oder plünderte. Der protestantische Nürnberger Ratsherr Lukas Behaim kommentierte die Lage in seiner Stadt so: „Vom Feinde drei Monat belagert, vom Freund vier Monat ausgefressen.“²⁵ Hofrat Volkmar Happe schimpfte 1634 über die protestantischen Truppen: „Morden, Rauben, Stehlen, Nehmen, Schänden, Huren etc., das sind unse-

rer Soldaten ritterlichste Taten und Tugenden. Es sind unsere Kontributions-Schlucker nicht ein Haar besser als der Feind.“²⁶

VERNICHTENDE BILANZ

Die Zerstörung Magdeburgs im Mai 1631 mit mindestens 20 000 Toten galt und gilt bis heute als das schlimmste Einzelereignis des Dreißigjährigen Krieges. Doch auch wenn es das Inferno an der Elbe nicht gegeben hätte, wäre dieser Krieg als die größte menschengemachte Katastrophe vor den beiden Weltkriegen in die deutsche Geschichte eingegangen. Es dauerte Jahrzehnte, in Magdeburg mehr als ein Jahrhundert, bis die demografischen, wirtschaftlichen und auch die psychischen Folgen von 30 Jahren Krieg einigermaßen überwunden waren.

Die Überlebenden begrüßten den Frieden vielerorts mit Freudenfeiern und innigen Dankesgebeten. Allerdings musste man sich in manchen Regionen noch bis 1650 gedulden, ehe die letzten in- und ausländischen Truppen abgezogen waren. Hans Heberle vermerkte angesichts seiner 29. oder 30. Flucht nach Ulm im Spätherbst 1648: „Wir seyen dißmall noch gern geflohen, weil es die leste flucht war.“ Die Feiern zum Friedensschluss erlebte er in der Stadt mit.

Bei aller Freude zog er jedoch eine vernichtende Bilanz, in der es nicht um Sieg und Niederlage, katholisch oder protestantisch ging, sondern einzig um menschliches Leid: „In summa ist es so ein jämlicher handel gewesen, das sich einem stein solt erbarmet haben, wüll geschweigen ein menschliches hertz. Dan wir seyen gejagt worden wie das gewildt in walden.“²⁷

²² Zit. nach Peter Milger, *Gegen Land und Leute. Der Dreißigjährige Krieg*, München 1998, S. 258.

²³ Vgl. Gotthard (Anm. 4), S. 227.

²⁴ Zit. nach Zillhardt bzw. DGDB (Anm. 13), S. 6.

²⁵ Zit. nach Herbert Langer, *Der „Königlich Schwedische in Deutschland geführte Krieg“*, in: Klaus Bußmann/Heinz Schilling (Hrsg.), *1648: Krieg und Frieden in Europa*, Katalog zur Europa-Ratsausstellung, Textband 1, Münster 1998, S. 187–196, www.westfaelische-geschichte.de/tex424.

²⁶ Zit. nach Schnurr (Anm. 1), S. 85.

²⁷ Zit. nach Gotthard (Anm. 4), S. 290.

FRAUKE ADRIANS

ist Chefredakteurin der Zeitschrift „das Orchester“ und Autorin des Buches „Der Dreißigjährige Krieg. Zerstörung und Neuanfang in Europa“ (2017). Bis 2013 war sie Redakteurin im Feuilleton der „Thüringer Allgemeine“.

DEUTUNGEN DES DREIßIGJÄHRIGEN KRIEGES

Mythos, Legenden und Einsichten

Georg Schmidt

Der Dreißigjährige Krieg ist ein wichtiger Teil der älteren deutschen Geschichte. Er begann mit dem Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 und endete mit der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens am 24. Oktober 1648. An diesen Daten kommt niemand vorbei, der sich mit den Deutschen, ihrer Kultur, ihrer Nation und ihrem Staat, mit ihrem angeblichen Sonderweg oder ihren Befindlichkeiten beschäftigt. Zwischen fünf und acht Millionen Menschen verloren ihr Leben, über die Hälfte der Häuser und Gebäude waren zerstört, weite Teile Mitteleuropas verwüstet – allenthalben Gewalt, Not und Tod. Die Erinnerung an diesen Krieg ruft auch heute noch immer Schauer und Entsetzen hervor.⁰¹

Die Zeitgenossen deuteten den Krieg als Strafgericht Gottes.⁰² Im Spätherbst 1618 stand ein riesiger Komet am Abendhimmel. Gott hatte auf seiner Tafel angekündigt,⁰³ die Menschen für ihre vielen Sünden zu strafen. Diese zählten eins und eins zusammen: Der Krieg in Böhmen hatte begonnen, der Klima-Umschwung der Kleinen Eiszeit führte seit 1560 wiederholt zu Hungerkrisen, und mit der Kipper- und Wipperzeit begann um 1620 eine Hyperinflation. Die Gleichzeitigkeit von Krieg, Teuerung und Krankheiten beziehungsweise Tod verwies auf die Offenbarung des Johannes: Die Reiter der Apokalypse hatten das Buch mit den sieben Siegeln verlassen; das Jüngste Gericht und das Ende der diesseitigen Welt waren kaum noch aufzuhalten.

Die Geschichtsschreibung erzählt den Dreißigjährigen Krieg als Folge sich zuspitzender Krisen,⁰⁴ als Glaubens- und Machtkampf, als Tiefpunkt, Urkatastrophe und kollektives Trauma. Stimmt das? Ist es überhaupt *ein* Krieg, noch dazu ein deutscher? Muss das Geschehen angesichts der fremden Armeen und der parallelen Kriege nicht als ein europäisches gedeutet werden?

EIN DEUTSCHER KRIEG?

Der Krieg begann in Böhmen, wo die evangelischen Stände für die Freiheit ihres Glaubens und ihrer Nation gegen die habsburgische Herrschaft kämpften. Das Königreich Böhmen gehörte nicht zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Der König wählte zwar als Kurfürst den künftigen Kaiser mit, Böhmen war aber nicht auf dem Reichstag vertreten, bildete keinen Reichskreis und unterlag nicht der Reichsjustiz. Der regionale Krieg um die böhmische Wenzelskrone endete im November 1620 mit dem Sieg Kaiser Ferdinands II., der nun kraft Kriegsrecht ein absolutistisches Regiment führte. Er ließ 27 Rebellen hinrichten, die alte protestantische Führungsschicht musste das Königreich verlassen, das rekatholisiert wurde. Der „Winterkönig“, Friedrich V. von der Pfalz, wurde in die Reichsacht erklärt und ging ins niederländische Asyl.

Der Krieg erreichte Deutschland im Sommer 1620, als spanische Truppen die linksrheinische Pfalz und die Wetterau besetzten und die Armee der Katholischen Liga an der Donau bei Ulm das Heer der protestantischen Union ausschaltete. Die Zeitgenossen zählten die Kriegsjahre seit dem Fenstersturz oder dem Erscheinen des Kometen 1618. Sie endeten 1648, manche auch erst 1650, als nach dem Nürnberger Exekutionsrezess die fremden Soldaten auch aus den Garnisonen abzogen. Der 32-jährige (deutsche) Krieg verlor sich aber bald zugunsten der runden Zahl.

Der Krieg ergriff Deutschland, weil Herzog Maximilian von Bayern, der Führer der Katholischen Liga, Ferdinand II. mit der Ligaarmee unter dem Grafen Johann T'Serclaes von Tilly bei der Rückeroberung Böhmens maßgeblich unterstützte. Die Ligaarmee besetzte die Ober- und die Kurpfalz; Ferdinand II. belehnte Maximili-

an mit der Pfälzer Kurwürde. Die siegreiche kaiserlich-bayerische Koalition gab sich damit aber nicht zufrieden und dehnte den Krieg seit 1623 in die Mitte und den Norden Deutschlands aus, weil sie jeden Widerstand ausschalten wollte. König Christian IV. von Dänemark wurde von Tilly und Albrecht von Wallenstein, dem Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee, abgedrängt. Gustav II. Adolf von Schweden schaffte 1631 die Wende. Sein Siegeszug führte ihn bis nach München, doch er fiel 1632 in der Schlacht von Lützen. Danach drehte sich der Krieg, in den 1636 auch Frankreich direkt eingriff, mehr oder weniger im Kreis.

Das Kriegsgeschehen blieb auf Böhmen, Deutschland und in den 1640er Jahren auch Niederösterreich beschränkt. Wallenstein sandte zwar Truppen nach Polen, Oberitalien und in die Niederlande, 1636 fielen sogar kaiserlich-spanische Heere in Frankreich ein, doch auf den Krieg im Reich hatte dies wenig Einfluss. Die retrospektive Europäisierung bietet daher keine neuen Erkenntnisse. Sie erscheint empirisch fragwürdig und heuristisch sinnlos, denn dass fremde Armeen in Deutschland intervenierten, bestreitet niemand. Dänen, Schweden und Franzosen griffen ein, weil sie einen unter dem Kaiser geeinten Reichs-Staat fürchteten.

Die parallelen Kriege dieser Zeit haben ihre eigene Geschichte und werden getrennt, also in den jeweiligen nationalen Kontexten erinnert. Der Achtzigjährige Krieg in den Niederlanden begann in den 1560er Jahren; der Krieg zwischen Frankreich und Spanien endete erst mit dem Pyrenäenfrieden 1659. Für die Kriege zwischen Schweden, Polen und Dänemark oder diejenigen auf der britischen Insel sind 1618 und 1648 keine Zäsuren. Die europäische Totalkonfrontation zweier konfessioneller Lager gab es nicht. Die Geschichtsschreibung muss den Quellen nicht widerspre-

chen: Der dreißigjährige deutsche Krieg kann als Teil der allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts und eines Zeitalters europäischer Kriege erzählt werden.

Wie der Krieg war auch der Frieden kein europäischer und schuf keine auf Souveränität und Gleichrangigkeit basierende Westfälische Ordnung. Im Friedensvertrag findet sich von diesem, in der Lehre von den internationalen Beziehungen beliebten Deutungsmuster kein Wort. Zwar verhandelten Diplomaten aus fast allen Ländern Europas in Münster und Osnabrück, doch das Ergebnis war ein Frieden für den Reichs-Staat in Form eines Grundgesetzes.⁰⁵ Der schon im Januar 1648 unterzeichnete Münsteraner Frieden bedeutete die diplomatische Anerkennung der Republik der Niederlande. Auch Basel und die anderen Schweizer Kantone wurden nun offiziell aus allen Pflichten gegenüber Kaiser und Reich entlassen.

Die territorialen Abtretungen an Frankreich erfolgten zu souveränem Besitz, weil der Kaiser und die Reichsstände dem französischen König keine Stimme auf dem Reichstag einräumen wollten. Dagegen verblieben die von Schweden regierten Herzogtümer Pommern sowie Bremen und Verden im Reichsverband. Der Friedenskongress suchte keine systematischen, sondern konsensuale Lösungen.

Dies gilt erst recht für das Reichsgrundgesetz. Es bestätigte das Reich als ein föderatives Gefüge sich ergänzender Staatlichkeit, das sich mit der Europäischen Union vergleichen lässt.⁰⁶ Dass die vertragsschließenden Mächte – der Kaiser, Schweden und Frankreich – den Frieden garantierten, entsprach den Sicherheitsbedürfnissen aller Beteiligten. Die multilaterale Garantie war keine Entscheidung für ein Europa souveräner Einzelstaaten. Hegemonialbestrebungen gab es auch nach 1648⁰⁷ – erinnert sei an Ludwig XIV. von Frankreich, Karl XII. von Schweden, Kaiser Karl VI. oder Napoleon.

01 Vgl. zum Folgenden Georg Schmidt, *Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, München 2018. Dort auch weitere Belege und bibliografische Angaben.

02 Vgl. Matthias Asche/Anton Schindling (Hrsg.), *Das Strafgericht Gottes. Kriegserfahrungen und Religion im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges*, Münster 2001.

03 Vgl. Andreas Bähr, *Der grausame Komet. Himmelszeichen und Weltgeschehen im Dreißigjährigen Krieg*, Reinbek 2017.

04 Vgl. Heinz Duchhardt, *Der Weg in die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges. Die Krisendekade 1608–1618*, München–Berlin 2017; Robert Rebitsch (Hrsg.), *Der Beginn des Dreißigjährigen Krieges*, Wien u. a. 2017.

05 Vgl. Siegrid Westphal, *Der Westfälische Frieden*, München 2015.

06 Vgl. Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit*, München 1999; ders., *Das Alte Reich und die Europäische Union – ein Versuch*, in: Meinolf Vielberg (Hrsg.), *Vorträge der Geisteswissenschaftlichen Klasse 2010–2011*, Erfurt 2013, S. 79–98.

07 Dazu Johannes Burkhardt, *Der Krieg der Kriege*, Stuttgart 2018, insbes. S. 244 f. und S. 257. Ablehnend u. a. Axel Gotthard, *Der Dreißigjährige Krieg. Eine Einführung*, Köln u. a. 2016, S. 331.

WANDEL DURCH VERNUNFT?

Die als machiavellistisch verpönte Staatsräson hatte den Weg aus dem vorgeblich gottgewollten Krieg gewiesen. Wolfgang Conrad von Thumbshirn, Gesandter Sachsen-Altenburgs, stellte fest: „Ratio status ist ein wunderliches Thier, es verjaget alle anderen Rationes.“⁰⁸ Irgendwann hatten die Akteure erkannt, dass ohne Frieden Mitteleuropa zur Wüste werden könne. Theologen, die bisher die real gewordene Apokalypse als Strafe Gottes ausgegeben hatten, zweifelten nun, ob Gott die Hilfe der Menschen für seine ihnen unbekanntenen Pläne benötige. Sie machten den Weg frei für einen pragmatischen Frieden.

Hat der Dreißigjährige Krieg die Reiter der Apokalypse besiegt? Begann in Münster und Osnabrück der „Wandel durch Vernunft“,⁰⁹ der Gott die Allzuständigkeit raubte, die Bibel interpretierbar und die Menschen – zaghaft und vorsichtig – für ihr Tun und Lassen selbst verantwortlich machte? Diese Rationalisierung hat sich durchgesetzt. Der Krieg an sich geriet im 18. Jahrhundert fast in Vergessenheit. Christian Gottfried Hofmann, ein Jurist und Historiker aus Frankfurt an der Oder, klagte 1722, man behandle ihn wie den Krieg um Troja als eine Historie, „an welcher man keinen Teil zu nehmen Ursache habe“.¹⁰

Ende des 18. Jahrhunderts änderte sich dies. Das kurze Lehrbuch des Hallenser Privatdozenten Johann Christoph Krause gliederte 1782 den Krieg in vier Phasen: böhmisch-pfälzischer, niedersächsisch-dänischer, protestantisch-schwedischer und schwedisch-französischer Krieg. Krause betonte, dass der Krieg auch positive Folgen besessen habe: Durch Fleiß und Patriotismus gehöre Deutschland heute zu den blühendsten Ländern Europas.¹¹ Friedrich Schiller folgte dieser Spur und rückte den Dreißigjährigen Krieg in

den Horizont eines deutschen Freiheitskampfes mit Folgen für das Staateneuropa.¹²

URKATASTROPHE UND KOLLEKTIVES TRAUMA?

Im Kampf um den deutschen Nationalstaat wurde der Dreißigjährige Krieg dann zum tagespolitischen Argument. Er stand für die Ohnmacht und die Leiden Deutschlands; ausländische Heere durften das deutsche Vaterland nie mehr verwüsten. Die großdeutschen Protagonisten reaktivierten vage Pläne Wallensteins und Ferdinands II. und propagierten ein reformiertes, vom habsburgischen Kaiser monarchisch regiertes Reich. Ihre preußischen Kontrahenten wollten den Bruch: Sie setzten auf die Hohenzollern und den preußischen Staat, um den protestantisch-deutschen Nationalstaat zu schaffen, den angeblich schon Gustav Adolf geplant hatte. Dieser wurde nicht nur mit Blut und Eisen, sondern auch historiografisch erkämpft.

Da es die deutsche Meistererzählung beginnend mit Arminius dem Cherusker über das mittelalterliche Kaisertum und die Reformation Luthers bis zur Gegenwart nur in der Logik von Kaiser und Reich gab, wurde ihr eine neue zur Seite gestellt. Sie machte den Dreißigjährigen Krieg zum Tiefpunkt und Ursprung des Aufstiegs Preußens, zum deutschen Hoffnungsträger und zur europäischen Großmacht.¹³ Die Inszenierung folgte alttestamentarischen Mustern: der Krieg als notwendige Zeit der Reinigung und Läuterung, das Dahinsiechen als letzte Probe vor der Erlösung, dem gelobten Land des Nationalstaates. Das Martyrium Magdeburgs, das 1631 von Tilly verwüstet wurde, der „schwedische Trunk“ – eine gefürchtete Foltermethode –, die Grausamkeiten „der Kroaten“ und anderer „fremder Völker“ sowie die Millionen von Toten durften nicht umsonst gewesen sein.

Der Historiker Johann Gustav Droysen lieferte das Grundgerüst. Der Dreißigjährige Krieg habe die „entarteten, verwucherten, unwahr ge-

08 Zit. nach Gerhard Schmid, Konfessionspolitik und Staatsräson bei den Verhandlungen des Westfälischen Friedenskongresses über die *Gravamina Ecclesiastica*, in: Archiv für Reformationsgeschichte 44, 1953, S. 203–223, hier S. 222.

09 Vgl. Georg Schmidt, *Wandel durch Vernunft. Deutsche Geschichte im 18. Jahrhundert*, München 2009.

10 Zit. nach Bernhard Erdmannsdörffer, *Zur Geschichte und Geschichtsschreibung des dreißigjährigen Krieges*, in: *Historische Zeitschrift* 14/1865, S. 1–44, hier S. 2.

11 Vgl. Johann Christoph Krause, *Lehrbuch der Geschichte des dreyßigjährigen teutschen Krieges und Westphälischen Friedens*, Halle 1782, Inhaltsverzeichnis S. 5f. und S. 132.

12 Vgl. Georg Schmidt, *Friedrich Schiller und seine Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, in: Klaus Manger et al. (Hrsg.), *Schiller im Gespräch der Wissenschaften*, Heidelberg 2005, S. 79–105.

13 Vgl. Kevin Cramer, *The Thirty Years' War and German Memory in the Nineteenth Century*, Lincoln u. a. 2007; Hilmar Sack, *Der Krieg in den Köpfen. Die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg in der deutschen Krisenerfahrung zwischen Julirevolution und deutschem Krieg*, Berlin 2008.

wordenen Zustände“ des „alten Deutschland“ beendet. „Wie ein tiefer Abgrund trennt er die Zeiten vorher und nachher.“ Nach dem Westfälischen Frieden sei die Aufgabe der staatlichen und nationalen Einheit den Hohenzollern und dem unter dem „Greuel allgemeinen Untergangs“ geborenen preußischen Staat zugefallen.¹⁴

Den Schrecken und die Verwüstungen des langen Krieges erklärte die neue Kulturgeschichte zum kollektiven Trauma des deutschen Volkes. Fast alle Autoren beriefen sich auf zwei Autoritäten: den Zeitzeugen Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen und seinen Schelmenroman „Abenteuerlicher Simplicissimus Teutsch“ (1669) sowie den Kulturhistoriker Gustav Freytag und seine „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“ (1859–1867).

Grimmelshausens fiktive Berichte von Folter und Gräueln, Kampf und Zerstörung wurden häufig für bare Münze genommen. Sie boten Anschauungsmaterial auch für Gustav Freytag, der Einzelbeispiele verallgemeinerte. Er prägte wie kein anderer das neue Narrativ des Dreißigjährigen Krieges. Seine Erzählung lebt von Genrebildern: „Alle Länder wimmelten von ‚herrenlosem Gesindlein‘, Banden entlassener Kriegsknechte mit Dirnen und Trossbuben, Scharen von Bettlern (...) setzten sich wohl gar in den verlassen Hütten fest. Auch die Dorfbewohner, mit schlechten Waffen versehen, der Arbeit entwöhnt, fanden es zuweilen bequemer zu rauben als das Feld zu bestellen.“ Hier wurde „eine große Nation mit alter Kultur (...) verwüstet“.¹⁵ Aus eigener Kraft – so folgerte Freytag – habe sich das deutsche Volk von diesem Desaster und der Abhängigkeit von Frankreich nicht mehr befreien können. Diese sei die Aufgabe des preußischen Staates gewesen.

Reichskanzler Otto von Bismarck wird hierfür zum Kronzeugen: „Jeder deutsche Fürst, der vor dem Dreißigjährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich; vom Großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, antikaiserlich zu urteilen (...).“¹⁶ Die „kleindeutschen

Geschichtsbaumeister“ – so damals der Historiker Onno Klopp¹⁷ – verknüpften den Dreißigjährigen Krieg geschickt mit der eigenen Gegenwart. Das neue deutsche Reich überwand die angebliche Schmach von Münster und Osnabrück.

Die preußisch-deutsche Großerzählung war plausibel und stiftete Identität, weil sie den Nationalstaat mit einem Ursprung, einem historischen Auftrag und der politischen Vollendung verband. Das Narrativ reduzierte Komplexität, definierte einen zu rettenden Kern und entsprach dem Muster großer Mythen. Es wurde zum wichtigen symbolischen Kapital des Bismarckreiches. Die Gewissheit, im Einklang mit der Geschichte zu handeln, erlaubte es, verhärtete Fronten wie etwa diejenigen des Kulturkampfes oder gegen die Arbeiterbewegung zu räumen.

Der Zivilisationsbruch des Ersten Weltkrieges, das „Friedensdiktat“ von Versailles und die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Weimarer Republik führten dann zu neuen Vergleichen mit dem Dreißigjährigen Krieg als Ausgangspunkt deutscher Zwietracht und Demütigung. Adolf Hitler wollte mit seinem Westfeldzug auch den Westfälischen Frieden endgültig liquidieren.

MYTHOS?

Nach dem Zweiten Weltkrieg war alles anders. Das Volk der Opfer war zum Volk von Tätern geworden.¹⁸ Aus Helden wurden Schurken, und der preußisch-deutsche Aufstieg zum Nationalstaat wurde zum deutschen Sonderweg umkodiert.¹⁹ Preußen wurde 1947 aufgelöst, das geteilte, 1989/90 wiedervereinigte Deutschland auf freiheitlich-föderativer Basis europakompatibel. Der Dreißigjährige Krieg wurde für die Geschichtspolitik im Zeichen der „Stunde Null“ und des „Nie wieder“ nicht mehr benötigt. Das alte Narrativ vom (preußischen) Aufstieg aus Ruinen verfestigte sich als historisches Substrat zum Mythos.

„Mythen sind keine Lügengeschichten“; sie reduzieren Komplexität und lassen Gegenwärtig-

14 Johann Gustav Droysen, Geschichte der Preußischen Politik, Teil 3.1: Der Staat des großen Kurfürsten, Leipzig 1870², S. 3 f.

15 Gustav Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit, Bd. 3: Aus dem Jahrhundert des großen Krieges (1600–1700), Leipzig 1867³, S. 227 ff.

16 Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart-Berlin 1928 (1898), S. 39.

17 Vgl. Onno Klopp (Hrsg.), Kleindeutsche Geschichtsbaumeister, Freiburg/Br. 1863.

18 Vgl. Sack (Anm. 13), S. 227.

19 Vgl. Helmut Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes, Frankfurt/M. 1992⁴; Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

ges in der Vergangenheit aufscheinen.²⁰ Sie definieren einen vorgeblich zeitlosen, Homogenität und Identität verbürgenden Kern, der bewahrt werden soll. Für die deutsche Geschichte im vereinten Europa legt dieser Mythos des preußisch-deutschen Nationalstaates allerdings eine falsche Spur. Er hält die durch nichts zu begründende Abwertung des Westfälischen Friedens und des Alten Reiches am Leben. Fritz Dickmann, Verfasser des Standardwerkes zu diesem Frieden, hielt 1959 nicht etwa den Dreißigjährigen Krieg, sondern den Frieden für ein „nationales Unglück“.²¹ Es gab immer wieder Stimmen, die ihm beipflichteten.

Der Mythos der 1648 besiegelten Ohnmacht blockiert bis heute die Neueinschätzungen, die den Westfälischen Frieden angesichts der europäischen Einigung und der Globalisierung in einen anderen Kontext rücken. Das beginnt mit der „deutschen Freiheit“. Dass der Vertragstext diesen Kampfbegriff gegen monarchische Ambitionen vermied, zeigt die pragmatische Orientierung des Kongresses. Die Mitbestimmung der Reichsstände in allen Reichsangelegenheiten wurde dennoch vereinbart. Sie bildete die Basis einer vertikalen Machtteilung, die 1648 auch dafür sorgte, dass in den Religionsartikeln individuelle Freiheitsrechte formuliert wurden, die im damaligen Europa ihresgleichen suchen und zum Wurzelwerk des Kanons der Menschen- und Bürgerrechte zählen. Dies ist kaum bekannt, weil auch diese Bestimmungen als Kleinstaaterei und politische Ohnmacht in Verruf gerieten und bis heute geblieben sind. Im Zeichen der organisierten, sich gegenseitig beargwöhnenden Nationalstaaten mag diese Ablehnung sinnvoll gewesen sein – heute ist sie es gewiss nicht mehr.

Der Dreißigjährige Krieg als Urkatastrophe und kollektives Trauma ist die Erfindung einer Kampagne. Nahrungsmangel, durch Folter erpresste Gelder, Raub, Vergewaltigung und Totschlag führten gewiss zu vielen posttraumatischen Belastungsstörungen, nicht aber zu einem kollektiven Trauma. Das superlativierte Entsetzen wurde über Romane, Erzählungen und Theaterstücke dauerhaft verankert. Noch Günter Grass

lässt sein fiktives Dichtertreffen von Telgte 1647 trostlos enden. Das Friedensmanifest verbleibt im Allgemeinen, benennt keine Schuldigen, fordert nur die Erneuerung der alten Ordnung und bittet, das Reich nicht so zu zerstückeln, „daß niemand mehr in ihm sein Vaterland, das einstmals deutsch geheißsen, erkennen werde“.²² Das Gasthaus, in dem sich die Dichter versammelt hatten, brennt ab. Daniel Kehlmanns „Tyll“ ist zwar ein Narr, doch auch hier wird die Folie eines grausamen Krieges selten gebrochen.²³

DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG UND HEUTE

Was lässt sich aus dem Dreißigjährigen Krieg lernen? Angesichts des skizzierten Mythos, vieler Legenden und der auch von Politikern verbreiteten Idee, den Westfälischen Frieden in den Nahen Osten zu transformieren, scheint dieser Krieg aktuell wie im 19. Jahrhundert. Liegen die Analogien aber wirklich auf der Hand? Das Narrativ von Leid und Schrecken gilt für jeden Krieg. Über das Ausmaß lässt sich streiten.

Die dichte mediale Begleitung und die autobiografische Überlieferung lassen den Dreißigjährigen Krieg zerstörerischer und grausamer erscheinen als vorangegangene Kriege. Die täglichen Bilder vom Kriegselend in aller Welt scheinen uns darüber hinaus den Dreißigjährigen Krieg nahezubringen. Texte wie die zunächst unveröffentlichten Berichte des Söldners Peter Hagedorf und des Mönchs Maurus Friesenegger, zusammengestellt und kommentiert vom Journalisten Christian Pantle, bestätigen auf den ersten Blick den Untertitel seines Buches „als Deutschland in Flammen stand“.²⁴ Die Aufzeichnungen spiegeln eine wahrgenommene Wirklichkeit wider: Kriege sind grausam.

Der Dreißigjährige Krieg ist einer der ersten, in denen das Leiden der Betroffenen durch Selbstzeugnisse dicht belegt erscheint. Doch die Berichterstatter haben nicht alles miterlebt, was sie notierten. Sie schöpften aus anderen Texten, auch aus propagandistischen Pamphleten. Das Gedruckte repräsentierte die Wahrheit. Zudem

20 Dieter Langewiesche, Wozu Geschichtsmythen, in: ders. et al. (Hrsg.), *Mythen und Politik im 20. Jahrhundert. Deutsche – Tschechen – Slowaken*, Essen 2013 S. 7–24, hier S. 7.

21 Fritz Dickmann, *Der Westfälische Frieden*, Münster 1972⁶, S. 494.

22 Günter Grass, *Das Treffen in Telgte. Eine Erzählung und dreiundvierzig Gedichte aus dem Barock*, München 1994, S. 157 f.

23 Vgl. Daniel Kehlmann, *Tyll*, Reinbek 2017.

24 Vgl. Christian Pantle, *Der Dreißigjährige Krieg. Als Deutschland in Flammen stand*, Berlin 2017³.

übertrieben die autobiografischen Texte, um im allgemeinen Elend gehört zu werden. Auf diese Überbietungsstrategien hinzuweisen, heißt nicht, das Leid und die Gräueltaten zu verdrängen oder zu unterschätzen. Die Bilder des Krieges – Gewalt, Krankheit, Hunger und Tod – ähneln sich nun einmal über die Jahrhunderte hinweg. Sie erzählen ihre Geschichte(n) in Anlehnung an die biblischen Plagen. Die Hintergründe und Motive, Strategien und Wege, um solche Gemetzelt künftighin zu vermeiden, müssen aber aus anderen Quellen erschlossen werden.

Es bleibt die Frage, ob die Reiter der Apokalypse in jedem Krieg zurückkehren oder nur in denjenigen, die als fundamentalistisch klassifiziert werden. Die Zeitgenossen hielten den Dreißigjährigen Krieg lange für gottgewollt. Dies entlastete die Akteure, die sich im Kampf gegen die evangelischen Ketzer oder den katholischen Antichristen und seine Helfer als Werkzeuge Gottes fühlen durften. Dies gilt wohl auch für die heutigen Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates. Damit sind meines Erachtens die Parallelen zum Nahen Osten der Gegenwart aber auch schon benannt. Im Dreißigjährigen Krieg wurde nicht primär um religiöse Werte und Wahrheiten, sondern um machtpolitische Interessen gekämpft. Die politischen Gemeinwesen blieben, abgesehen von kriegsbedingten Herrscherwechseln, im Großen und Ganzen intakt. Die politische Ordnung und die darauf beruhende Staatsräson war die plurale Basis, von der aus die Reiter der Apokalypse besiegt werden konnten.

Vor dieser Folie verliert die Rede vom zweiten Dreißigjährigen Krieg zwischen 1914 und 1945 ihre Berechtigung. Charles de Gaulle prägte den Begriff im Londoner Exil; Historiker griffen ihn auf.²⁵ Die Gemeinsamkeit soll in der ungemessenen Zerstörungskraft totaler Kriege mit unbestimmten Zielen bestehen. Der Dreißigjährige Krieg wurde aber nicht zwischen den beiden Blöcken „Katholizismus“ und „Protestantismus“ geführt. Bereits diese Analogie zur angeblichen Totalkonfrontation zwischen Faschismus und Bolschewismus hinkt. Die beiden Weltkriege blieben zudem nicht auf Mitteleuropa begrenzt, und so etwas wie die Shoah fehlt im 17. Jahrhundert völlig.

25 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Der zweite Dreißigjährige Krieg*, in: *Spiegel Special*, 30.3.2004, www.spiegel.de/spiegelspecial/a-296159.html; Arno J. Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“*, Reinbek 1989.

Der von Menschen ausgehandelte Westfälische Frieden überwand den gottgewollten Krieg. Zeichnet sich ein solcher Wandel zur Vernunft im Nahen Osten ab? Liegt der Unterschied nicht darin, dass Europa seit der Antike und verstärkt seit der Renaissance gelernt hatte, Alternativen zu denken und mit ihnen zu leben, ohne ihre Urheber mit dem Tod zu bedrohen?²⁶ Es ist eine lange Geschichte, die zur Aufklärung führt und Europa dazu gebracht hat, Komplexität und Pluralität nicht nur als Bedrohung zu empfinden.

Der Dreißigjährige Krieg ist aus heutiger Sicht kein Glaubenskrieg; das fundamentalistische „gottgewollt“ wurde jedoch auch für die Zeitgenossen mit zunehmender Dauer brüchig. Sie erkannten, dass sie Frieden schließen mussten, um sich nicht selbst auszurotten. Amnestie und immerwährendes Vergessen waren die heute undenkbareren Bedingungen eines Friedens, der die schlimmsten Verbrechen ungesühnt ließ. Er beendete nicht die Kriege in Europa, wohl aber denjenigen in Deutschland, weil mit der Blockade einer monarchischen Herrschaft des Kaisers über den Reichs-Staat die Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten ernst genommen wurden. Der ausgehandelte Friedensvertrag korrigierte Fehlentwicklungen, setzte aber im Großen und Ganzen die Verhältnisse wieder in Kraft, die sich im 16. Jahrhundert eingespielt hatten. Das war möglich, weil das Reich alles andere als ein gescheiterter Staat war. Mit dem seit 1648 multilateral garantierten Gefüge komplementärer Mehrebenenstaatlichkeit wurde dem Irrweg, Identität an eine homogene Einheit, an einen Glauben, ein Wertesystem und eine Obrigkeit zu binden, ein Riegel vorgeschoben. Die als Kriminalisierungs- und Diskriminierungsverbote formulierten Freiheitsrechte sorgten für eine gewisse Toleranz und für Rechtssicherheit, gewöhnten die Deutschen an soziokulturelle Pluralität und sicherten den Einzelnen ansatzweise vor staatlich-obrigkeitlicher Willkür. Die dennoch auftauchenden Konflikte im Inneren wurden meist friedlich gelöst.

Es ist eine auf der Basis des Preußenmythos und des Sonderweges geformte Legende, dass dieser Krieg die Sehnsucht der Deutschen nach einer starken Obrigkeit und eine Abneigung gegen Revolutionen gefördert habe. Gewalttätige Aufbrü-

26 Vgl. Bernd Roeck, *Der Morgen der Welt. Geschichte der Renaissance*, Berlin 2017.

che schienen hier lange nicht nötig, da es bis 1806 unabhängige Richter gab, die auch den Untertanen gegen ihre Obrigkeit zu ihrem Recht verhalfen. Dem Krieg folgte kein kollektives Trauma, aber die Ablehnung neuer Kriege. Die panische Angst vor den vorgeblichen Zeichen Gottes wich einer vermehrten Ängstlichkeit gegenüber zeitlichen Bedrohungen und Zukunftsrisiken. Diese Haltung entspricht in etwa dem in der angelsächsischen Welt populären Deutungsmuster der *German Angst*.²⁷

Die Warnung vor bevorstehenden asymmetrischen oder kleinen Kriegen nach dem Typus Dreißigjähriger Krieg verfehlt die damalige Realität. Es kämpften keine Warlords oder Guerillakrieger, sondern Herrscher, die Kriegsunternehmer bestellten. Söldnerführer wie Graf Ernst von Mansfeld oder Herzog Bernhard von Weimar wollten am Krieg verdienen, strebten aber nicht danach, ganze Regionen allein mit Waffengewalt dauerhaft zu beherrschen. Sie suchten und brauchten die Bindung an eine legitime Gewalt. Wallenstein wurde als Herzog von Friedland, Sagan und Mecklenburg vom Kaiser belehnt; Bernhard von Weimar erhielt das Herzogtum Franken aus der Hand des militärischen Siegers Gustav Adolf. Andere Kriegsunternehmer wurden durch die Übertragung von kleineren Herrschaften in das politische System der Fürstenstaaten eingebunden, denen sie dienten. Wer im Reich einen gescheiterten Staat sieht, schreibt die Marginalisierung des 19. Jahrhunderts fort.

Der Frieden von 1648 führte zur Aufklärung und bereitete die Menschen zumindest darauf vor, für ihr irdisches Dasein und ihre Zukunft selbst verantwortlich zu sein. Gott blieb für Anfang und Ende zuständig. Heute wird er nicht einmal mehr benötigt, um dem Leben auf der Erde ein Ende zu setzen. Der Frieden hat der Aufklärung, aber auch der Dialektik der Aufklärung den Weg bereitet. Die notwendige Bereitschaft, aus der biblischen Heilsordnung herauszutreten, um das irdische Dasein zu retten, macht die Idee einer Übertragung damaliger Lösungswege auf Syrien und den Nahen Osten fraglich.²⁸

²⁷ Vgl. Sabine Bode, *Die deutsche Krankheit – German Angst*, Stuttgart 2006.

²⁸ Vgl. Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618–1648*, Berlin 2017, insbes. S. 825–833. Siehe hierzu auch die Beiträge von Herfried Münkler sowie von Elisabeth von Hammerstein in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden zeigen jedoch, dass sich auch bei angeblich gegen den Antichristen oder die Ketzer geführten Kriegen mit menschlicher Vernunft und zähem Aushandeln ein konsensueller Weg finden lässt, der keine Besiegten zurücklässt.

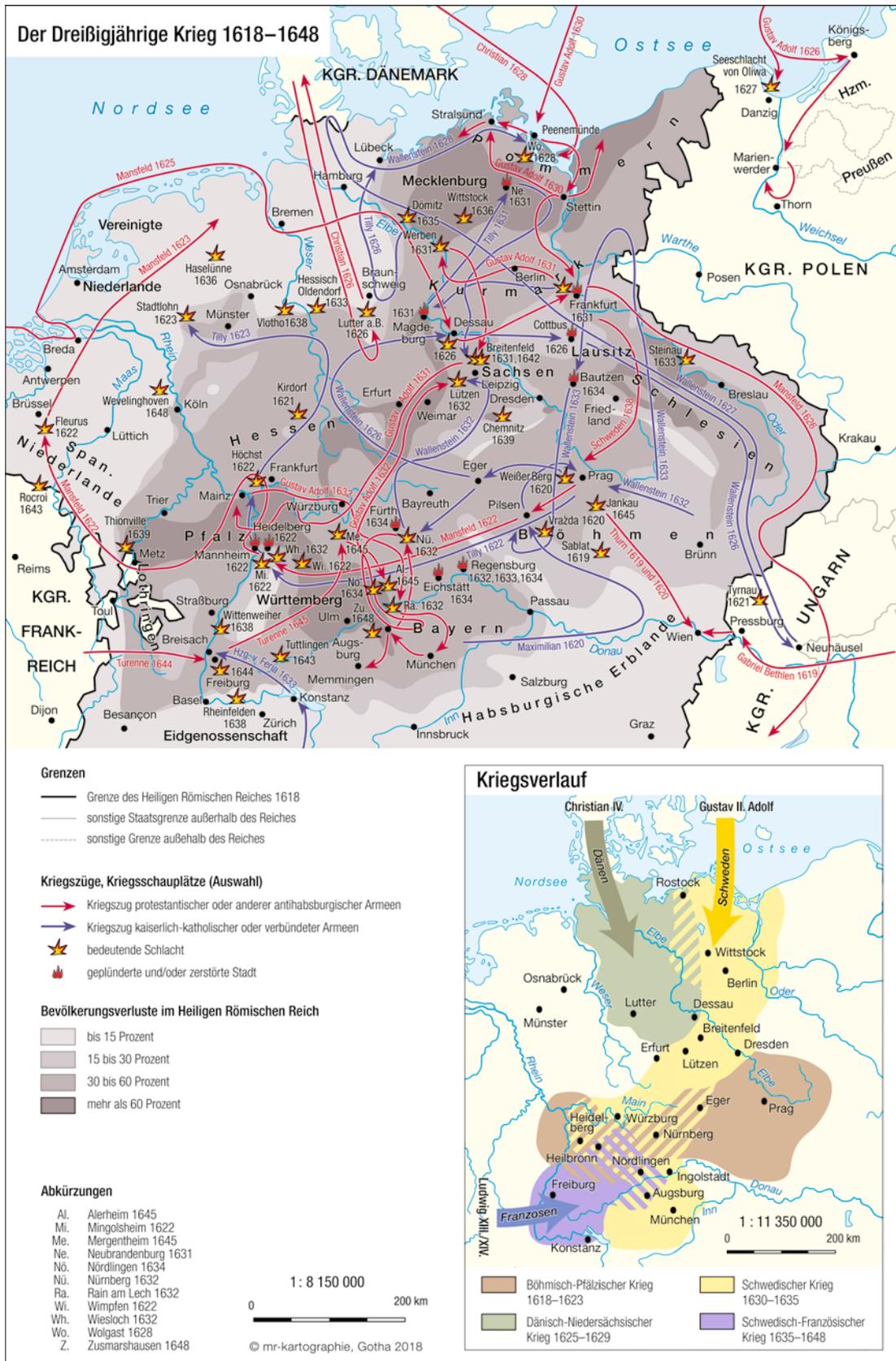
Alle Beteiligten fanden in Münster und Osnabrück Gehör, obwohl es keine Vollversammlungen gab und keine Öffentlichkeit. Gerechtigkeit für die Opfer forderte. Bei Gesprächen im kleinen Kreis und am Rande von Banketten, Gelagen und anderen Festivitäten wurde das Vertrauen aufgebaut, das den Frieden ermöglichte. Ausnahmen und Öffnungsklauseln erleichterten verbindliche Kompromisse.

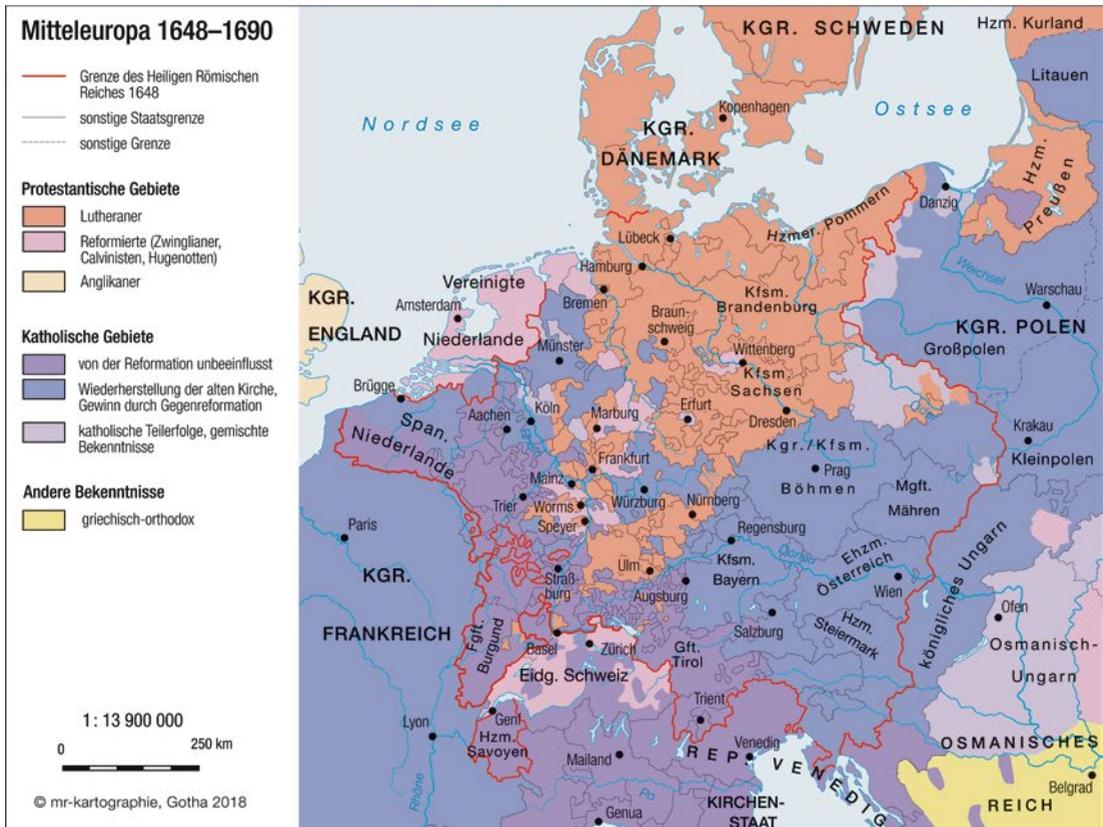
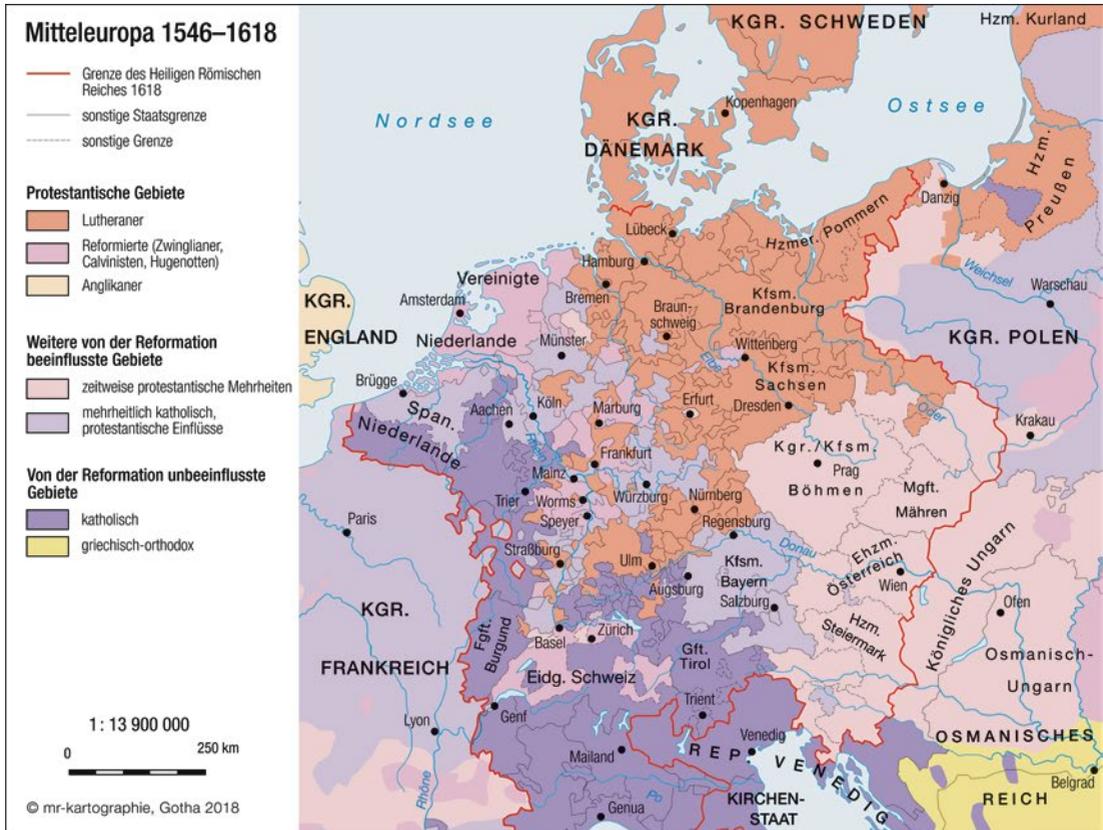
Historische Forschung erfolgt nicht unabhängig von aktuellen Fragen und Problemen. Die Vergangenheit gilt es immer wieder neu zu (re)konstruieren, um Irrtümer, Legenden und Mythen zu benennen, die unter anderen Zeitumständen als ewige Wahrheiten erschienen. Es sind die falschen Analogien, die für Missverständnisse sorgen und mögliche Anknüpfungspunkte verdecken. Historische Referenzen sind trotz struktureller Ähnlichkeit keine Modelle. Wenn der Vergleich plausibel und auf einer Sinnesebene konstruiert wird, kann er erhellend wirken und vor allem vorgebliche Sachzwänge und Alternativlosigkeiten infrage stellen – mehr nicht.

GEORG SCHMIDT

ist Historiker und war von 1993 bis 2017 Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Jena. Zu seinen jüngsten Buchveröffentlichungen zählt „Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ (2018).

georg.schmidt@uni-jena.de





DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG: EIN BÜRGERKRIEG, DER ZUGLEICH EIN HEGEMONIALKRIEG WAR

Herfried Münkler

Seit jeher hat es die Historiker erstaunt, dass ein zwar spektakuläres, indes unblutiges Ereignis wie der Prager Fenstersturz vom 23. Mai 1618 einen Krieg ausgelöst haben soll, der 30 Jahre dauerte, in den nahezu alle europäischen Staaten involviert waren und in dessen Verlauf etwa ein Drittel der Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands den Tod fand. Bezieht man die Todesrate des Dreißigjährigen Krieges auf die Bevölkerung der Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, so hat dieser Krieg stärker in die Demografie dieses Gebiets eingegriffen als die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammen.

Kann der Prager Fenstersturz tatsächlich für einen solchen Krieg ursächlich gewesen sein? Immerhin ist niemand dabei zu Tode gekommen: Die beiden habsburgischen Staatthalter überlebten den Sturz aus den Fenstern der Prager Burg ebenso wie ihr Sekretär, den die rebellierenden Adligen hinterhergeworfen hatten. Nur einer der Dreien trug größere Blessuren davon. Im Prinzip war dieser demonstrative Akt der Auflehnung gegen die habsburgische Herrschaft in Böhmen so etwas wie ein Happening, in dem ein früherer Fenstersturz in Prag, bei dem die „Defenestrierten“ freilich zu Tode gekommen waren, reinszeniert wurde. Der böhmische König Ferdinand hätte nach diesem Akt des Widerstands mit den Ständevertretern verhandeln können; vermutlich wäre es ihm dabei gelungen, deren zeitweilige Einheit aufzusprengen, um anschließend einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss zu finden. Seine Vorgänger Rudolf und Matthias hatten das wiederholt getan. Warum ist Ferdinand ihrem Vorbild nicht gefolgt?

STREIT UM DIE MACHTVERTEILUNG IN BÖHMEN

In der Beschäftigung mit den Ursachen des Dreißigjährigen Krieges gibt es verschiedene Wege der

historischen Deutung – darunter einen, bei dem die Ereignisse in Prag zum bloßen *Anlass* zurückgestuft werden, während die *Ursachen* des Krieges umfassender gewesen seien und obendrein außerhalb Böhmens gelegen hätten. Danach waren die Selbstblockade der Reichsinstitutionen, vom Reichstag bis zum Reichskammergericht, zusammen mit der konfessionellen Spaltung Deutschlands die eigentliche Ursache des Krieges, und der Prager Fenstersturz war nur der Funke, der die in großer Zahl aufgestellten politischen Pulverfässer zur Explosion brachte. Als einer der ersten ist Friedrich Schiller dieser Spur gefolgt, als er in seiner „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ (1792) die Vorgeschichte dieses Krieges mit Luthers Thesenanschlag in Wittenberg beginnen ließ. Die konfessionelle Spaltung und die Paralyse der Reichsinstitutionen haben dieser Sichtweise zufolge den Krieg unvermeidlich gemacht; anstelle des Prager Fenstersturzes hätte auch ein beliebig anderer Anlass zum Kriegsausbruch führen können.⁰¹

Wir sind inzwischen im Umgang mit solchen Determinationstheorien von Kriegen zurückhaltender geworden – erstens, weil sie auf starken Annahmen beruhen, die sich wissenschaftlich kaum überprüfen lassen, und zweitens, weil sie die politischen Akteure letztlich von der Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen freisprechen: Wenn die Katastrophe ohnehin unvermeidlich war, muss man sich nicht länger mit einzelnen Entscheidungen im Vorfeld des Krieges auseinandersetzen; sie haben den Weg in den Krieg allenfalls beschleunigt, waren aber nicht ursächlich dafür.

Will man diesem Weg einer Generalexkulpation der Politiker im Fall des Dreißigjährigen Krieges nicht folgen, so muss man sich etwas eingehender mit der Frage beschäftigen, warum sich Ferdinand nicht auf Verhandlungen mit den böh-

mischen Ständen eingelassen, sondern auf deren gewaltsame Niederwerfung gesetzt hat. Wer diesen Weg beschreitet, muss sich nicht so sehr in die Geschichte der konfessionellen Spaltung und der Paralyse der Reichsinstitutionen einarbeiten, sondern kann sich auf politische Akte und Entscheidungen sowie auf Wahrnehmungsmuster und Reaktionsmodelle der Politik konzentrieren. Statt allgemeiner Rahmenbedingungen untersucht er das Handeln der relevanten Akteure im mehr oder weniger direkten Vorfeld des Krieges.⁰²

Die Rebellion der böhmischen Stände gegen ihren König war nicht die einzige ihrer Art im frühneuzeitlichen Europa. Ihr war einige Jahrzehnte zuvor der Aufstand der niederländischen Stände gegen die spanische Herrschaft vorgegangen, und auch in den Hugenottenkriegen in Frankreich hatte die Frage der Machtverteilung zwischen König und Adel eine zentrale Rolle gespielt. Später kamen dann bei Beginn der Englischen Revolution ähnliche Motive zum Tragen, denn auch hier stand König Karl I. im Verdacht, die herkömmliche Machtbalance zwischen Herrscher und Ständen verändern und ein absolutistisches Regime installieren zu wollen. Bei allen drei Machtkonflikten, dem in den Niederlanden, dem in Frankreich und dem in England, ging es neben der Verfassungsfrage jedoch zudem um konfessionelle Konflikte, die dafür sorgten, dass die zunächst diffusen Trennlinien zwischen den Parteien schärfere Konturen bekamen und eindeutig wurden. In diesen Kontext einer ebenso verfassungs- wie konfessionspolitischen Auseinandersetzung gehört auch der mit dem Prager Fenstersturz beginnende böhmische Aufstand, und die meisten der an ihm Beteiligten dürften ihre Entscheidungen nicht zuletzt unter dem Einfluss dieses Konfliktmusters getroffen haben. Sie haben sich als Akteure in einer von Werten und Wahrheiten geprägten Auseinandersetzung gesehen, und deshalb haben sie ihren Entschlüssen eine prinzipielle Bedeutung beigemessen. Die Folge

war, dass pragmatische Lösungen für die Begrenzung und Einhegung des Konfliktes von Anfang an ins Hintertreffen gerieten.

Im Falle Ferdinands kamen noch zwei Faktoren hinzu, die seinen Entschluss begünstigten, mit dem böhmischen Adel nicht zu verhandeln, sondern ihn mit Waffengewalt niederzuwerfen. Das war zunächst der Umstand, dass auf dem Balkan, wo die habsburgische Militärmacht in den Jahrzehnten zuvor durch osmanische Vorstöße gebunden war, zu dieser Zeit weitgehend Ruhe herrschte, da das Gros der osmanischen Streitkräfte in Mesopotamien gebraucht wurde und nicht zur Expansion in nordwestliche Richtung eingesetzt werden konnte. Es gehört in diesem Fall der Kriegsursachenanalyse zu den Paradoxien, dass relativer Frieden in dem einen geografischen Raum die Bedingung der Möglichkeit für die Führung des Krieges in einem anderen Raum war. Für praktische Friedenspolitik ist das eine zutiefst bittere Beobachtung.

Indes hätte Ferdinand den Balkanfrieden zum Krieg gegen die aufständischen Böhmen nicht nutzen können, wenn ihm die spanischen „Vettern“ nicht zu Hilfe gekommen wären. Von seinen finanziellen Möglichkeiten her wäre Ferdinand zur Führung eines solchen Krieges nämlich gar nicht in der Lage gewesen: Er verfügte über kein stehendes Heer, sondern hätte ein solches erst aufstellen oder einen Kriegsunternehmer finden müssen, der ihm ein Heer bereitstellt. Dazu aber brauchte er Geld, und das hatte er nicht, und er hätte es von den Ständen seiner Herrschaftsgebiete auch nicht bekommen, da diese keinerlei Interesse daran hatten, einen Krieg des Landesherrn zu finanzieren, dessen Leidtragende letzten Endes sie selbst sein würden. Von den Böhmen hätte Ferdinand ohnehin kein Geld erwarten dürfen, ebensowenig von den mit den Böhmen verbündeten Ständen Mährens, Schlesiens und der beiden Lausitzen, und auch die überwiegend protestantischen Landstände Ober- und Niederösterreichs hätten keine Mittel bereitgestellt, um gegen ihre Glaubensbrüder in Böhmen Krieg zu führen. Der Krieg wäre mangels finanzieller Mittel ausgefallen, wenn nicht Philipp III. in Madrid Ferdinand mit Geld und Truppen unter die Arme gegriffen hätte.

Warum aber hat Philipp III. in dieser Situation Ferdinand geholfen? Das war nämlich alles andere als selbstverständlich; das spanische Reich war von dem langwierigen und aufwändigen Krieg um die

01 Die Unterscheidung zwischen Anlass und Ursache geht auf den antiken griechischen Historiker Thukydides zurück, der damit seine Analyse des Peloponnesischen Krieges eröffnete.

02 Das macht den Hauptunterschied zwischen meiner Darstellung des Krieges und der von Georg Schmidt aus. Vgl. Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma, 1618–1648*, Berlin 2017; Georg Schmidt, *Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, München 2018. Siehe auch den Beitrag von Schmidt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Niederlande erschöpft und brauchte eine Erholungsphase. Obendrein hatte man sich in Madrid schon vor Längerem darauf festgelegt, den augenblicklichen Frieden mit den Holländern zu nutzen und das Schwergewicht der eigenen Anstrengungen in den mediterranen Raum zu verlegen. In Mitteleuropa hingegen hatte Spanien keine unmittelbaren eigenen Interessen. Welche Gründe und Motive waren also dafür ausschlaggebend, dass Philipp III. seinen bisherigen Kurs revidierte und sich mit Subsidien (Hilfsgeldern) und Truppen auf ein politisches Projekt einließ, das außerhalb der Räume spanischer Machtprojektion lag?

Zunächst waren da die bis in die Anfänge des 16. Jahrhunderts zurückreichenden verwandtschaftlichen Verbindungen zwischen der Madrider und der Wiener Linie des Hauses Habsburg, wobei die Ressourcen, über die man in Madrid und Wien jeweils verfügte, sich für eine strategische Kooperation zwecks Behauptung einer imperialen Rolle in Europa geradezu aufdrängten: Madrid verfügte mit dem Silber und Gold aus der „neuen Welt“ sowie seinen kriegserfahrenen Truppen über die materiellen Ressourcen für eine europäische Hegemonie, während die Wiener Habsburger seit dem 15. Jahrhundert ununterbrochen die Kaiser des Reiches stellten, also über die Legitimation verfügten, die bei der Ausübung einer imperialen Oberhoheit unverzichtbar war, weil sie Macht in Recht verwandelte. Wenn nun der böhmische Aufstand gegen die Habsburger erfolgreich war, so ließ sich nicht ausschließen, dass bei der nächsten Kaiserwahl das Haus Habsburg den Titel und die Stellung des Kaisers verlieren würde. Das hätte auch die spanische Machtstellung in Europa gravierend beeinträchtigt.⁰³

Es kam hinzu, dass bereits im 17. Jahrhundert Reputation eine ausschlaggebende Größe der „internationalen Politik“ war, also die Rangfolge der Herrscher festlegte. Wer Reputation besaß, durfte davon ausgehen, dass sich die meisten Mächte seinen Vorgaben fügten, ohne mit Zwangsmitteln dazu gebracht werden zu müssen. Reputation war (und ist) ein ausgesprochen kostengünstiges Mittel zur Sicherstellung von Folgebereitschaft. Aber von der Reputation, die Spanien in der ers-

ten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Ringen mit Frankreich um die Vormachtstellung in Europa auf den Schlachtfeldern Italiens errungen hatte, war einiges dahingeschmolzen, seitdem es der Weltmacht nicht gelungen war, den Aufstand in den Niederlanden mit militärischen Mitteln niederzuschlagen. Trotz der Konzentration einer gewaltigen Heeresmacht hatten es die Spanier nicht geschafft, die nördlichen Provinzen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen; man hatte sich mit den südlichen Niederlanden bescheiden müssen. Effektiver Widerstand gegen das spanische Reich war also möglich. Das konnte Schule machen, und in Madrid gab es die Befürchtung, dass ein Erfolg der Böhmen gegen die Habsburger in Wien zum Vorbild für weitere Aufständische werden könne. Zwecks Reputationsicherung sollte an den Böhmen ein Exempel statuiert werden.

Vermutlich hatte man in Madrid aber noch einen weiteren Hintergedanken, und der bezog sich unmittelbar auf die für Spanien missliche Lage in den Niederlanden: Wenn Ferdinand bei der Niederschlagung der Böhmen erfolgreich sein würde, dann konnte man von ihm als Gegenleistung für die dabei geleistete Hilfe die Eröffnung von Kriegsschauplätzen im Westen und Norden der Niederlande erwarten, was den dortigen Krieg wieder in Bewegung bringen und mit großer Wahrscheinlichkeit zur Niederwerfung der rebellischen Holländer führen würde. Die spanische Dominanz über Europa wäre dann für lange Zeit gesichert. So wurde aus dem Verfassungskonflikt in Böhmen eine Auseinandersetzung um Macht und Einfluss in ganz Europa. Und das wiederum hatte zur Folge, dass alle anderen Mächte, die entweder selbst eine europäische Hegemonialstellung anstrebten (Frankreich und England) oder aber von der habsburgischen Vorherrschaft Nachteile für ihre Stellung zu gewärtigen hatten (Holland, Dänemark und Schweden), diesen Krieg nicht ignorieren konnten, sondern aktiv in ihn eingreifen mussten. Der Machtkampf in Böhmen hatte infolgedessen von Anfang an das Potenzial für einen großen europäischen Krieg, zu dem er sich dann auch tatsächlich auswuchs.⁰⁴

03 Die in Madrid durchaus kontrovers geführten Debatten über ein spanisches Engagement in Mitteleuropa sind ausführlich dargestellt bei Eberhard Straub, *Pax et Imperium. Spaniens Kampf um seine Friedensordnung in Europa zwischen 1617 und 1635*, Paderborn u. a. 1980.

04 Mit dieser Darstellung beziehe ich eine Gegenposition zur von Günter Barudio vertretenen Auffassung, wonach es sich beim Dreißigjährigen Krieg wesentlich um einen Krieg um die Verfassung des Reiches gehandelt habe. Vgl. Münkler (Anm. 2); Günter Barudio, *Der Teutsche Krieg. 1618–1648*, Frankfurt/M. 1985.

GEOSTRATEGISCHE IMPERATIVE, KONFESSIONELLE BINDUNGEN UND MACHTPOLITISCHE FRAGEN

Wer den Dreißigjährigen Krieg als einen Religions- beziehungsweise Konfessionskrieg begreift, stellt die konfessionellen Solidaritäten als *zwingende Vorgaben* für die den Kriegsverlauf prägenden Bündnisse dar. Bei einer solchen Betrachtung ergibt sich freilich das Problem, dass nicht nur die beiden lutheranischen Mächte Skandinaviens, Dänemark und Schweden, in den 1640er Jahren gegeneinander Krieg führten, sondern der sächsische Kurfürst, immerhin das traditionelle Oberhaupt der protestantischen Partei im Reich, zwischen 1618 und 1631 eine prokaiserliche Politik betrieb. Auch Frankreich, für dessen Politik mit Richelieu ein Kardinal der römisch-katholischen Kirche verantwortlich zeichnete, griff notorisch gegen das Wiener Kaiserhaus ein, das die Sache der katholischen Gegenreformation vertrat. Das alles steht einer Deutung des Krieges als einem ausschließlichen Religionskrieg entgegen.

Im Dreißigjährigen Krieg spielten konfessionelle Bindungen ohne Zweifel eine wichtige Rolle, aber sie bildeten keineswegs die einzige Trennlinie und Bündnisvorgabe, die das Kriegsgeschehen prägte. Insofern ist die zusammenfassende Bezeichnung dieses Krieges als Religions- oder Konfessionskrieg allzu vereinfachend und damit letzten Endes falsch. Richtig ist vielmehr, dass dieser Krieg *auch* ein Religions- beziehungsweise Konfessionskrieg war, daneben aber außerdem ein Krieg um die Machtverteilung im Innern der Herrschaftsgebiete und obendrein ein Krieg um die Frage, wie die politische Ordnung Europas beschaffen sein sollte: als eine eher imperiale Ordnung, an deren Spitze das Haus Habsburg stand, dessen Angehörige in allen großen politischen Fragen den Ausschlag gaben, oder als ein Staatensystem, in dem alle als souverän anerkannten Staaten formell gleich waren, aus dem freilich einige Staaten herausragten, weil sie größer und mächtiger waren als die anderen, weswegen sich eine Reihe kleinerer Staaten unter ihren Schutz stellte.⁰⁵

05 In der deutschen Forschung ist die Frage nach dem Charakter des Krieges und seinen leitenden Motiven in der Regel nicht als Überlappung, also inklusiv, sondern alternativ diskutiert worden: entweder Religions- oder Staatenkrieg. Durch die Vorgabe eines Entweder-oder hat man das Spezifikum des Krieges übersehen, nämlich sowohl ein Bürger- als auch ein Hegemonialkrieg gewesen zu sein.

Tatsächlich war ein Ergebnis des Krieges die Formung einer Pentarchie, einer Vorherrschaft von fünf Staaten, die neben ihrem Territorium über Einflussgebiete verfügten, hinsichtlich deren Größe und Reichweite sie mitunter auch Krieg führten. In dieser Pentarchie spielte zunächst Frankreich eine zentrale Rolle, die aber schon bald von England komplementiert wurde. Frankreich nahm eher die Position eines Hegemons für sich in Anspruch, während England die Rolle eines „Züngleins an der Waage“ spielte.⁰⁶ Der Unterschied zwischen Hegemon und Zünglein war geopolitisch begründet, das heißt, er hing an der Nutzung geografischer Gegebenheiten für machtpolitische Zwecke.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es in diesem Krieg keine konfessionellen Vorgaben für den Aufbau von Bündnisssystemen gegeben hätte. Die Bündnisse, die von der Kurpfalz als Führungsmacht der Protestantischen Union bereits im Vorfeld des Krieges geschmiedet wurden, orientierten sich überwiegend an der konfessionellen Prägung der Partner, und ebenso war die Achse zwischen Wien und München, den Habsburgern und den bayerischen Wittelsbachern, konfessionell geprägt. Sieht man freilich genauer hin, so war es nicht die konfessionelle Zugehörigkeit im Allgemeinen, die für die politische Ausrichtung eines Herzogtums oder einer Stadt ausschlaggebend war, sondern die jeweilige Positionierung eines politischen Akteurs innerhalb des protestantischen oder katholischen Lagers. Bei den Protestanten etwa neigten die reformierten Mächte dazu, den Krieg gegen die katholische Seite für unvermeidlich zu halten und sich deswegen auf ihn nicht nur vorzubereiten, sondern obendrein auch nach einer günstigen Gelegenheit zu suchen, bei der man den Konflikt präventiv eskalieren konnte. Die Lutheraner hingegen vertraten in dieser Frage eine zurückhaltende Position oder standen auf Seiten des Kaisers, wie Sachsen und Hessen-Darmstadt. Auf katholischer Seite wiederum waren es vor allem die von den jesuitischen Vorstellungen der Gegenreformation beeinflussten Herrscher, die auf eine Eskalation des Konfliktes setzten, während andere eine eher moderate Politik betrieben.

06 Zur Frage von Hegemonie, Staatensystem oder imperialer Ordnung vgl. nach wie vor Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.

Diese spezifische Positionierung ist schließlich auch der Grund dafür, dass eine noch so ausführliche Analyse der Reichsverfassung beziehungsweise deren Blockade infolge der konfessionellen Spaltung den zwangsläufigen Ausbruch des Krieges nicht zu erklären vermag. Das kann allein eine Herangehensweise, die auf die jeweiligen Wahrnehmungsmuster abhebt, nach deren Vorgabe die Lage von den Mächtigen beurteilt wurde und in deren Bann diese bei ihrem Agieren standen. Das heißt: Nicht die Blockade der Reichsinstitutionen selbst hat in den Krieg geführt, sondern das eskalierende Misstrauen der maßgeblichen Akteure in beiden konfessionellen Lagern, wodurch die auf Gewalt setzenden Akteure schließlich die Oberhand gewannen.

Und doch ging deren Vorstellung, auf dem Weg der Konflikteskalation das jeweilige Lager unter ihre politische Führung zu bringen, nicht ohne Weiteres auf: Die Kurfürstentümer Sachsen und Brandenburg hielten sich von der Protestantischen Union fern, und als der Krieg begonnen hatte, zeigte sich, dass die der Union beigetretenen Reichsstädte in einem offenen Krieg gegen den Kaiser derart verwundbar waren, dass sie sich ein ums andere Mal zu politischer Zurückhaltung gezwungen sahen. Unter Führung Herzog Maximilians von Bayern agierte die Katholische Liga um einiges geschlossener und wurde dadurch – im Gegensatz zur Union – zu einem relevanten Machtfaktor des Krieges. Aber Maximilian hatte auch eigene Interessen, die auf die Erhöhung seines Status' im Reich und die Vergrößerung seines Territoriums hinausliefen, und die Verfolgung und Durchsetzung dieser Interessen lief immer wieder der konfessionellen Geschlossenheit der katholischen Seite zuwider. Vor allem wollten Maximilian und die in der Liga miteinander verbündeten geistlichen Kurfürsten verhindern, dass der Kaiser die Durchsetzung der Gegenreformation im Reich zur Ausweitung seiner eigenen Macht nutzte. Das wäre auf Kosten der Reichsstände gegangen, und deswegen opponierten diese verschiedentlich gegen den Kaiser. Auch für sie ging es neben konfessionellen stets auch um machtpolitische Fragen. Nirgendwo zeigt sich das deutlicher als in ihren Intrigen gegen den kaiserlichen Generalissimus Albrecht von Wallenstein, die dazu führten, dass dieser 1630 auf dem Kurfürstentag von Regensburg entlassen und Anfang 1634 schließlich durch kaiserliche Offiziere in Eger ermordet wurde.

Für den Verlauf des Krieges waren indes auch geostrategische Imperative ausschlaggebend. Sie traten immer dann in den Vordergrund, wenn eine der beiden unter dem Banner des religiösen Bekenntnisses kämpfenden Parteien im Begriff stand, militärische Siege in politische Macht zu verwandeln, was die Einflusskonstellationen in Europa unumkehrbar verändert hätte. Jede sich abzeichnende Veränderung der Kräfteverhältnisse führte dazu, dass Mächte, die bis dahin noch nicht in den Krieg eingegriffen oder sich auf die indirekte Unterstützung einer Seite beschränkt hatten, offen als Kriegspartei hervortraten und intervenierten, um eine für sie nachteilige Verschiebung der europäischen Kräftekonstellationen zu verhindern. Das zeigte sich bei der spanischen Unterstützung für die Wiener Linie des Hauses Habsburg gleich zu Beginn des Krieges und setzte sich mit der dänischen Intervention in den Krieg 1625 fort. Bei Letzterer spielte neben dem Gegensatz zum Kaiser in Wien die indirekte Konkurrenz mit Schweden eine zentrale Rolle: Christian IV. von Dänemark wollte dem schwedischen König Gustav II. Adolf zuvorkommen, mit dem er seit Längerem um die Hegemonie im Ostseeraum konkurrierte; er ging davon aus, dass er durch das Eingreifen in den Krieg im Reich die südliche Ostseeküste unter seine Kontrolle bringen und so seine Position in der gesamten Region deutlich verbessern würde – ein Projekt, das, weil es in einem völligen Fehlschlag endete, im Ergebnis jedoch die Machtstellung Dänemarks erheblich beeinträchtigte.

Die dänische Niederlage und das Vordringen kaiserlicher Truppen bis nach Jütland hatten zur Folge, dass mit dem kaiserlichen Feldherrn Wallenstein eine neue Macht im Ostseeraum auftrat, die von Schweden als bedrohliche Herausforderung angesehen wurde. Wallenstein, dessen Strategie ohnehin eher nach geopolitischen als konfessionellen Vorgaben angelegt war, verfolgte nämlich das Ziel, durch die Kontrolle der Handelswege in Nord- und Ostsee dem niederländischen Widerstand gegen Spanien die ökonomische Grundlage zu entziehen, die protestantischen Mächte des Nordens dadurch zu schwächen und so die europäischen Kräfteverhältnisse von Grund auf zu verändern. Das forderte die schwedische Gegenintervention heraus, die Wallenstein wiederum dadurch zu verhindern suchte, dass er ein Armeekorps nach Polen entsandte, um den dort geführten Krieg zwischen Polen und Schwe-

den am Laufen zu halten.⁰⁷ In der Forschung ist eine lange Debatte über die Gründe für Gustav Adolfs Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg geführt worden; sicherlich hat dabei auch das Motiv der konfessionellen Solidarität eine Rolle gespielt, aber unübersehbar ging es doch auch um machtpolitische Fragen und die Absicherung der schwedischen Position im Ostseeraum, die der König durch Wallensteins Eingreifen dort gefährdet sah.⁰⁸

Allerdings sind die Motive zur Intervention das Eine, die Fähigkeit dazu ist das Andere. Gustav Adolf wäre zu einer langfristigen Kriegführung in Deutschland kaum in der Lage gewesen, wenn er nicht regelmäßige französische Subsidien erhalten hätte, die ihm eine deutliche Vergrößerung seines Heeres über die auf Usedom angelandeten nationalschwedischen Regimenter hinaus erlaubten und ihn so erst in die Lage versetzten, seine Operationen nicht auf die Kontrolle eines schmalen Küstenstreifens beschränken zu müssen, sondern bis zur Donau und darüber hinaus vorstoßen zu können. Die durchschlagenden Erfolge der schwedischen Waffen wiederum veranlassten Spanien, sich in dem im Reich geführten Krieg erneut zu engagieren und größere Truppenverbände aus Norditalien nach Deutschland in Marsch zu setzen. Bei Nördlingen gelang es 1634 einem spanisch-kaiserlichen Heer – Gustav Adolf war im November 1632 bei Lützen gefallen, Wallenstein Anfang 1634 mit Billigung des Kaisers ermordet worden –, die schwedische Machtstellung in Süddeutschland zu brechen. Jetzt stand der Kriegsausgang wieder auf der Kippe, und um ein habsburgisches Übergewicht zu verhindern, griff nun Frankreich offen in den Krieg ein und positionierte sich als selbstständige Partei mit eigenen Interessen. Die französische Intervention war zunächst defensiv angelegt, nahm im weiteren Verlauf des Krieges aber mehr und mehr offensive Züge an.⁰⁹

EUROPÄISCHER KRIEG MIT OFFENER KRIEGSÖKONOMIE

Die analytische Betrachtung von Kriegsdynamik und Kriegsmotiven zeigt: Als Religionskrieg war

der Dreißigjährige Krieg im Wesentlichen eine Auseinandersetzung innerhalb des Reiches, und ebenso war er das als ein gewaltsam ausgetragener Verfassungskonflikt. Im Hinblick auf geostrategische und machtpolitische Fragen war er jedoch von Anfang an ein europäischer Krieg, an dem alle Mächte teilzunehmen sich genötigt sahen, wenn sie in Europa eine politische Rolle spielen wollten. Es war die Lage des Reiches in der Mitte Europas, die den böhmischen Aufstand von den Revolutionen und Bürgerkriegen in Frankreich, den Niederlanden und England unterschied. Dort behielten die Konflikte um die innere Machtverteilung und die konfessionspolitische Ausrichtung den Charakter eines Bürgerkrieges. Das war im Reich nicht möglich. Wenn hier eine der Parteien die Überhand gewann, sei dies nun eine der beiden Konfessionen oder mit Königtum beziehungsweise Ständevertretung (Parlament) eine der beiden Parteien im verfassungspolitischen Konflikt, hatte dies Auswirkungen auf die machtpolitischen Verhältnisse in ganz Europa. Das führte, nachdem der Krieg erst einmal ausgebrochen war, zu einem strukturellen Interventionszwang, dem sich auf Dauer keine der großen Mächte entziehen konnte.

Mit diesem – der im Übrigen nicht mit der Theorie von der Unvermeidbarkeit des Krieges zu verwechseln ist – kam ein weiterer Grund für die lange Dauer des Krieges ins Spiel: die Entstehung einer offenen Kriegsökonomie. Während bei geschlossenen Kriegsökonomien den konfligierenden Mächten nur eine begrenzte Menge von Ressourcen – Geld, Waffen, Soldaten sowie alles, was zur Führung eines Krieges vonnöten ist – zur Verfügung steht, sodass der Krieg zwangsläufig endet, wenn diese Ressourcen verbraucht sind, zeichnen sich offene Kriegsökonomien dadurch aus, dass permanent neue Ressourcen von außen in das Kriegsgebiet einströmen. Die Folge ist, dass auf der Grundlage offener Ökonomien geführte Kriege nicht „ausbrennen“, sondern im Prinzip endlos weitergeführt werden – mit dem Begleiteffekt freilich, dass die Möglichkeiten zur Versorgung der Soldaten mit Nahrung immer schwieriger werden, sodass diese dazu übergehen, die Bauern zu drangsalieren, um sie dazu zu zwingen, noch vorhandene Lebensmittel herauszugeben.

Das war vor allem in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges der Fall, als die Gewaltanwendung sich aus dem Kampf der Heere gegeneinander in ein Schröpfen und Ausplündern

07 Zu der in der deutschen Literatur nur selten analysierten Strategie Wallensteins vgl. Münkler (Anm. 2), S. 342 ff. und S. 406 ff.

08 Für eine ausführliche Abwägung der Gründe für den Kriegseintritt Schwedens vgl. ebd., S. 422 ff.

09 Vgl. ebd., S. 711 ff.

der Bevölkerung durch die Soldaten verwandelt. Als schließlich die Zugtiere für die Bestellung der Felder geschlachtet waren, das Saatgut, das im Frühjahr ausgebracht werden sollte, verzehrt war und dann obendrein Seuchenwellen auf eine durch die Hungersnot geschwächte Bevölkerung trafen, stiegen die Todesraten dieses Krieges steil an, oft mit der Folge, dass ganze Landstriche entvölkert wurden. Die Verheerungen dieses Krieges waren nicht nur die Folge unmittelbarer Kriegsgewalt, sondern resultierten nicht zuletzt aus einer Kriegsökonomie, die ständig neue Kriegsressourcen ins Land pumpt, aber nicht in der Lage war, Kombattanten wie Nichtkombattanten mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Die Diplomaten, die in mehr als vierjährigen Verhandlungen nicht nur den Krieg beendeten, sondern auch eine neue Friedensordnung aushandelten, hatten also mehrere Probleme zu lösen: Zunächst galt es, dafür zu sorgen, dass konfessionelle Konfliktlinien nicht mehr zu Verstärkern und Beschleunigern von Kriegen wurden. Dazu musste das religiöse Bekenntnis neutralisiert und entpolitisiert werden. Weiterhin ging es darum, Staatenkrieg und Bürgerkrieg so zuverlässig voneinander zu trennen, dass sie sich nicht wieder miteinander verbinden konnten. Und schließlich musste eine Ordnung geschaffen werden, in der nicht jeder Krieg um Grenzverschiebungen und Einflussgebiete zu einem um den grundsätzlichen Charakter der politischen Ordnung wurde. Das alles ist in Münster und Osnabrück tatsächlich gelungen, und insofern war das, was man die Westfälische Ordnung nennt, die politisch folgenreiche Antwort auf einen Krieg, der zugleich ein Bürgerkrieg und ein Hegemonialkrieg war.

DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG UND DIE GEGENWART

Mit dem Ende der Westfälischen Ordnung und ihres Systems der Kriegsregulation ist der Krieg nicht aus der Geschichte verschwunden. Es spricht manches dafür, dass das 21. Jahrhundert durch Kriege vom Typus „Dreißigjähriger Krieg“ gekennzeichnet sein wird. Das heißt nicht, dass alle Kriege der nächsten Jahrzehnte dem Dreißigjährigen Krieg ähnlich sein werden; einige indes schon, und es werden vermutlich diese Kriege sein, die dem globalen Gewaltgeschehen ihren Stempel aufdrücken. Was also kennzeichnet Kriege vom Typus „Dreißigjähriger Krieg“

im Unterschied zu den Kriegen der Westfälischen Ordnung, wie wir sie von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hinein haben beobachten können?

Zunächst ist es die lange Dauer dieser Kriege, ihr zwischenzeitliches Versiegen und dann erneutes Aufflackern, das einige Weltregionen in Räume struktureller Friedlosigkeit verwandelt hat. Der Nahe Osten ist gegenwärtig auf dem Weg dahin, während im Gebiet der Großen Seen im subsaharischen Afrika, im Ostkongo zumal, dieser Zustand seit einigen Jahrzehnten bereits erreicht ist. Mit dem Wiederauftauchen von Söldnern und Kriegsunternehmern wird es in wachsendem Ausmaß zu einer Kommerzialisierung der Gewalt kommen, was heißt, dass nennenswerte Gruppen von Kämpfern buchstäblich vom Krieg leben, also wie im Dreißigjährigen Krieg aus der Gewaltanwendung ihren Lebensunterhalt beziehen. Sie haben deswegen kein Interesse an einer Kriegsbeendigung.

Weiterhin sind solche Kriege dadurch gekennzeichnet, dass sich dem materiellen Kalkül unbedingte Wahrheits- und Wertansprüche zugesellen, insbesondere solche religiös-konfessioneller Art. Diese sorgen dafür, dass über lange Zeit keine Kompromisse zwischen den Konfliktparteien gefunden werden. Das ist neben der offenen Kriegsökonomie, wie wir sie zurzeit vor allem in Syrien beobachten können, eine weitere Ursache dafür, dass diese Kriege so lange dauern und eilends ausgehandelte Waffenstillstände nach kurzer Zeit scheitern. Vor allem das verhängnisvolle Zusammentreffen von Kriegskommerzialisierung und unbedingtem, weil religiös begründetem Wahrheitsanspruch können am Dreißigjährigen Krieg in Mitteleuropa sehr gut studiert werden.

Solche Kriege lassen sich nur durch sorgfältige und langwierige Verhandlungen beenden, in denen nicht bloß Ausgleiche zwischen den Kriegsparteien gefunden werden, sondern auch, wie im Westfälischen Frieden, eine neue politische Ordnung geschaffen wird, die in der Lage ist, die Wahrheits- und Wertansprüche zuverlässig zu neutralisieren sowie Krieg und Frieden klar voneinander zu trennen. Genau das war die große Leistung der Westfälischen Ordnung: die politische Neutralisierung der konfessionellen Streitfragen, deren Separierung von den Fragen der Machtverteilung im Innern der Staaten und sodann die Auflösung des großen Problems der politischen Ordnung Europas, bei der ein System



Gemälde „De eedaflegging van de Vrede van Münster in 1648“ von Gerard ter Borch (1648): Niederländische und spanische Gesandte beedigen am 15. Mai 1648 im Rathaus von Münster den Friedensschluss zwischen ihren Ländern, der im Rahmen des Westfälischen Friedenskongresses erreicht wurde.

Quelle: picture alliance/Heritage images

gleichberechtigter Staaten an die Stelle der imperialen Vormacht des Hauses Habsburg getreten ist. Eine solche neue politische Ordnung ist das Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses mit vielen Rückschlägen und gleichzeitig zähen Verhandlungsführern und politischen Architekten, die sich durch einen längeren Stillstand der Gespräche nicht entmutigen lassen.

Die Schnelllebigkeit unserer Gegenwart ist im Vergleich mit dem 17. Jahrhundert freilich nicht geeignet, den Friedensmachern die ihnen aufgetragene Aufgabe zu erleichtern. Es könnte durchaus sein, dass sie dieses Mal scheitern. Die Wahrscheinlichkeit eines Gelingens dürfte sich mit dem Maß eines Lernens aus dem Dreißigjährigen Krieg, seinen Anfängen, seinem Verlauf sowie seiner Beendigung, deutlich erhöhen. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem Dreißigjährigen Krieg inzwischen politisch sehr viel instruktiver als die mit den Kriegen der Westfälischen

Ordnung, mit denen sich nicht nur die Historiker, sondern auch das Gros der Friedens- und Konfliktforscher zuletzt überwiegend beschäftigt haben.

HERFRIED MÜNKLER

ist Professor für Politikwissenschaft und hat den Lehrstuhl für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin inne. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählt „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, Deutsches Trauma, 1618–1648“ (2017).

herfried.muenkler@sowi.hu-berlin.de

EIN DOPPELTES „WESTPHALIAN SYSTEM“?

Der Westfälische Friede, das Reich und Europa

Heinz Duchhardt

Als am 24. Oktober 1648 die französischen, schwedischen, kaiserlichen und reichischen Unterhändler in einer komplizierten Abfolge ihre Unterschriften unter zwei Dokumente – das „Instrumentum pacis Monasteriense“ und das „Instrumentum pacis Osnabrugense“ – setzten, die den „Krieg der Kriege“ endlich beenden sollten, war das schon der zweite Schritt. Der Begriff „Westfälischer Friede“ assoziiert *ein* umfängliches Dokument, das den Übergang vom Krieg zum Frieden markiert hätte; aber tatsächlich umfasst der Friedensschluss *drei* Dokumente: neben den beiden in lateinischer Sprache gehaltenen kaiserlich-schwedischen und kaiserlich-französischen Verträgen auch noch den spanisch-niederländischen Frieden vom 30. Januar 1648, bei dem die französische und niederländische Sprache gleichberechtigt nebeneinander standen und dessen Beedung am 15. Mai 1648 sich *das* „klassische“ Friedensgemälde der Vormoderne verdankt, das derzeit im Rijksmuseum Amsterdam befindliche Ölgemälde von Gerard ter Borch (*siehe Seite 33*).

Dass das Freudentage für den halben Kontinent waren, haben Liederdichter und professionelle Lobredner in vielfacher Weise zum Ausdruck gebracht. Dass noch über Jahre hinweg vor allem im protestantischen Deutschland staatlich-kirchliche Dankesfeste folgten, für die nicht selten eigene Friedenskompositionen uraufgeführt wurden, dass eine Stadt wie Augsburg bis heute einen auf 1648 zurückgehenden Feiertag begeht, spricht für sich – der schlimmste aller bisherigen Kriege, der der schiereren Dauer, der Vielfalt der Grausamkeiten, der riesengroßen militärischen und zivilen Opfer und des Zusammenbruchs von Wirtschaft und Handel wegen seinesgleichen suchte, war zu einem Ende gekommen. Zumindest schien es so. Denn noch war überhaupt nicht geklärt, ob all die in fremden Diensten stehenden Kriegsunternehmer, die gewissermaßen vom Krieg lebten, den Vertragsbestimmungen gemäß nun auch wirklich die Waffen niederlegen würden und ihre Söldner abdankten.

Und es war auch noch unklar, wie es in den Regionen, die unbefriedet geblieben waren, weitergehen würde. Denn man darf eines nicht übersehen: Das dreigliedrige Vertragswerk von Münster und Osnabrück war insofern ein Torso geblieben, als zwei der Hauptgegner, Frankreich und Spanien, sich dem Frieden untereinander verweigert hatten, der Krieg also zumindest an dieser Front weiterlaufen würde, die insbesondere auch Oberitalien einschloss. Angesichts dessen war der Friede, auf den man sich in Münster und Osnabrück verständigt hatte, vorderhand noch eine höchst unsichere und prekäre Sache, ein unsicherer Wechsel auf die Zukunft.

Aber immerhin: Es gab nach den zahllosen Versuchen in den zurückliegenden Jahrzehnten, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten, nach Kongressen, die – so in Köln – langfristig vorbereitet, aber nie eröffnet worden waren, nach den unendlich zähen, von Zeremonialstreitigkeiten und der Hoffnung, dass ein großer militärischer Erfolg alles verändern werde, überschatteten Vorläufern der westfälischen Verhandlungen und dem mehrjährigen Verhandlungsmarathon jetzt immerhin ein Dokument, das von wichtigen Protagonisten unterzeichnet worden war (und dann auch ratifiziert werden sollte). Hinter dieses Dokument konnte man substanziell, wollte man vor der „öffentlichen Meinung“ nicht völlig das Gesicht verlieren, kaum mehr zurück. Das weckte zumindest die Hoffnung, dass die Condottieri, die Söldnerführer, mit ihren mehr oder weniger unbeherrschbaren Soldatenhaufen, die in ihrem Leben nichts anderes gemacht hatten, als Schlachten zu schlagen und die Zivilbevölkerung zu terrorisieren, sich nicht mehr verselbstständigten und die Dokumente vom Herbst 1648 wieder zur Makulatur werden ließen.

Es sollten freilich noch Jahre vergehen, bis nach einem Nürnberger „Exekutionskongress“, auf dem unter anderem die gewaltige finanzielle „Entschädigung“ Schwedens auf die Reichsstän-

de umgelegt wurde, und der „Reduktion“ versprengter unzufriedener Soldatenverbände wirklich Ruhe in der Mitte Europas einkehrte. Die Federstriche vom 30. Januar und 24. Oktober bedeuteten nicht, dass von einer Stunde zur anderen Friede einkehrte – mag die populäre Grafik des „Friedensreiters“ das auch assoziieren (siehe Seite 45). Es gab eine Nachkriegszeit, die sich von der Kriegszeit zunächst nur graduell unterschied.

MYTHOS UND WIRKLICHKEIT

Wenn die Zeitgenossen den Westfälischen Frieden – und damit meinten sie in aller Regel die beiden als Einheit verstandenen *Instrumenta pacis* vom 24. Oktober 1648 – trotzdem emphatisch feierten, ihn zu *dem* Referenzdokument der Vormoderne schlechthin stilisierten, auf das so gut wie jeder folgende Friedensschluss bis in die Revolutionszeit hinein Bezug nahm, wenn die zeitgenössischen oder wenig späteren Aktensammlungen einander rasch ablösten und die Literatur zum Westfälischen Frieden schon bis zum Ende des Ancien Régime ganze Bibliotheken füllte, dann musste das seine Gründe haben. Wenn die angelsächsische (Politik- und Rechts-) Wissenschaft seit den späten 1940er Jahren bis in unsere Gegenwart hinein von einem (vermeintlichen) *Westphalian system* sprach (oder auch noch spricht), dann hat der Historiker zu fragen, worin denn diese kaum zu überbietende Hochschätzung, diese Singularität des Westfälischen Friedens bestanden haben soll. Es gilt dabei, zwei Diskursebenen zu unterscheiden: die des Westfälischen Friedens als „Reichsgrundgesetz“ und die der staatenpolitischen Wegmarke. Zunächst soll die letztgenannte Thematik ins Auge gefasst werden.

Nüchtern besehen, haben die beiden Dokumente vom 24. Oktober 1648 den Staatenfrieden nur eine sehr begrenzte Zeit aufrechterhalten. Sieht man einmal von dem sich fortsetzenden Französisch-Spanischen Krieg ab, der erst 1659 im sogenannten Pyrenäenfrieden zu seinem Ende kommen sollte, haben selbst die beiden „Garantiemächte“ schon in den ausgehenden 1650er Jahren (Schweden) und massiv dann in den 1660er Jahren (Frankreich) wieder zu den Waffen gegriffen, und zwar keineswegs nur zu defensiven Zwecken. Die faktische Halbwertszeit der Friedensverträge war – international gesehen – gering, die vollmundigen Ewigkeits-

formeln in den Einleitungen der beiden Dokumente taugten nicht viel. Man kann sogar sagen, dass das gute halbe Jahrhundert nach „Westfalen“ zu den kriegerischsten der Vormoderne überhaupt avancierte.

Und trotzdem: ein über die Jahrhunderte währendes *Westphalian system*? Die Protagonisten dieses Bildes führen ins Feld, erst seit diesem Zeitpunkt habe sich ein System ausgebildet, in dem nur noch die nach innen und außen souveränen Staaten, die über formalisierte Beziehungen zu den anderen Gliedern der Staatenwelt verfügten, Subjekte des Völkerrechts gewesen seien und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, auch noch intermediäre Gewalten wie Ständekorporationen mit diesem Anspruch aufgetreten seien.

Das ist freilich nur die halbe Wahrheit, denn der Alleinvertretungsanspruch der Souveräne hat eine viel weiter zurückreichende Tradition, und nichtstaatliche Organisationen wie die großen Handelskompanien haben durchaus auch nach 1648 ihren Part als – jetzt sogar akzeptierte – Völkerrechtssubjekte gespielt. Und, um ein weiteres Beispiel anzuführen, der Hanseverbund hat nach wie vor seine Repräsentanten zu den Friedenskongressen geschickt, um sich seine Rechte bestätigen zu lassen. Auch von der Parität der Staaten kann noch längst nicht die Rede sein, auch wenn in Münster und Osnabrück die Staaten „auf Augenhöhe“ und ohne Vorbehalte miteinander verhandelten – der Vorrang der „Großen“ und der Kronen wurde nämlich in der gesamten Vormoderne nicht abgebaut. Die Vorstellung, in Westfalen sei das staatenpolitische Mantra und „System“ der Zukunft, das Gleichgewicht der Kräfte, „erfunden“ worden, ist abwegig, und erst recht ist es irrig anzunehmen, dass sich entsprechend Hugo Grotius' Standardwerk von 1625 („*De jure belli ac pacis*“/ „Über das Recht des Krieges und des Friedens“) das humanitäre Völkerrecht jetzt endgültig auf breiter Front durchgesetzt habe. Eine solche Langzeitwirkung der Verträge von 1648 bis an die Schwelle der Gegenwart anzunehmen, ist schlicht absurd – mag auch in der Jetztzeit bis in die Hochglanzpresse hinein immer wieder einmal der Gedanke eines neuen Westfälischen Friedens für bestimmte Krisenregionen auftauchen und ventiliert werden. Der Westfälische Friede schuf keine neue europäische Friedensordnung, ganz gleich ob man ihr Ende mit 1789, 1945 oder 1990 datiert.

Was aber gesagt werden kann, ist, dass mit 1648 die Konfessionen als politikgestaltende Kräfte erkennbar in den Hintergrund traten – ohne als Legitimationsfigur völlig aus dem politischen Diskurs zu verschwinden –, sich die internationalen Beziehungen mithin rationalisierten. Auch setzte sich mit dem Westfälischen Frieden ein bestimmtes Muster des Friedensschließens durch, das, in aller Regel mit Mediatoren oder Personen/Instanzen, die ihre „guten Dienste“ zur Verfügung stellten, auf grundsätzlicher Schriftlichkeit beruhte, auf Plenarkonferenzen verzichtete und – wenigstens in der „westlichen“ Welt – auf „Ewigkeit“ angelegt war. Aber in Bezug auf eine längst überfällige Humanisierung des Kriegsvölkerrechts oder die zereemoniellen Fallstricke haben die westfälischen Verhandlungen noch keineswegs Weichenstellungen für die unabsehbare Zukunft vorgenommen.

Den beiden *Instrumenta pacis* vom Oktober 1648 fehlte auch insofern etwas von einer völkerrechtlichen Ausstrahlung, als das Angebot an alle europäischen Drittstaaten (mit Ausnahme der Kurie und des Osmanischen Reiches), dem Frieden förmlich beizutreten, von keinem wahrgenommen wurde. Und trotzdem haben in der Folgezeit dann sogar Staaten, die nicht zu den Vertragspartnern zählten, in ihren Friedensschlüssen fast stereotyp auf 1648 rekurriert, dessen *Instrumenta pacis* zur Gänze bestätigt wurden – mochten auch Bestimmungen des neuen Friedens in einem diametralen Gegensatz zu den seinerzeitigen Vertragsklauseln stehen. Der Westfälische Friede galt, ohne dass sich das rational zur Gänze nachvollziehen lässt, als „Vater“ des Geflechts der Staatenbeziehungen und als Grunddokument eines zivilisierten Zusammenlebens der „Staatenfamilie“. Er wurde, nicht erst Jahrzehnte später, sondern ganz rasch nach seinem Abschluss, zum Mythos – als Dokument, das es vermocht hatte, einen in seiner Dimension bis dahin unvorstellbaren Krieg überhaupt zu beenden.

NEUSORTIERUNG DES EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEMS

Aber unabhängig von solchen Fragen der Interpretation und der Theoriebildung: Was gesagt werden muss, ist, dass sich mit dem Westfälischen Frieden das Staatensystem neu aufgestellt hat: Die Niederlande und die Eidgenossenschaft, seit Langem faktisch bereits vom Reichskörper losgelöst, wurden endgültig – direkt und indi-

rekt – als souveräne Staatswesen anerkannt. Ständestaaten, deren Bildung in Böhmen und Ungarn versucht worden war, waren wieder „eingefangen“ worden und hatten keine Chance mehr, zu internationalen Partnern aufzusteigen. Das kleine und periphere Siebenbürgen, das am Beginn des langen Krieges eine wichtige Rolle gespielt hatte, verschwand als Akteur wieder aus dem europäischen Leben, Dänemark, ebenfalls in der ersten Kriegsphase ein prominenter Player, hatte in dem Hegemonialkampf gegen Schweden den Kürzeren gezogen und leckte nach dem Frieden von Brömsebro 1645 seine Wunden. England, ohnehin allenfalls aus dynastischen Gründen in der Anfangsphase des Krieges aktiv, war in innenpolitische Wirren versunken, die 1649 dann sogar zu einem Königsmord und einer völligen Veränderung seiner Verfassung führen sollten. Polen-Litauen, einer der „Aufsteiger-Staaten“ des frühen 17. Jahrhunderts, hatte sich gegen den dynastischen Dauerrivalen in Schweden nicht durchsetzen können und deutlich an politischem Gewicht verloren. Und Russland war noch um einiges davon entfernt, im europäischen Kräftespiel einen Part zu übernehmen, mochte seine diplomatische Vernetzung mit den „westlichen“ Kapitalen auch allmählich zunehmen. Spanien hatte trotz aller kulturellen Blüte in seinem „Goldenen Jahrhundert“ (*Siglo de Oro*) bittere Niederlagen und Rückschläge hinnehmen müssen und den Krieg gegen Frankreich noch nicht beenden können (oder wollen). Sein Großmachanspruch war deutlich ins Wanken geraten.

Es waren Frankreich und Schweden, die beiden Garantiemächte des Westfälischen Friedens, die aus dem langen Krieg als unbestrittene Gewinner hervorgegangen waren – sie hatten territoriale Zugewinne (an der Ost- und Nordsee beziehungsweise in Lothringen und im Elsass) und Rechtstitel erworben, die jederzeit aktivierbar waren, sie hatten die Friedensverhandlungen dominiert, sie hatten den habsburgischen Kaiser aus all seinen Träumen gerissen, aus der Mitte des Kontinents doch noch einen kräftigen Zentralstaat zu machen. Freilich waren beide Staaten aktuell in einer wenig beneidenswerten Situation: Schweden mit seiner an Zahl bescheidenen Bevölkerung und seinen ebenfalls bescheidenen Ressourcen hatte seine Kräfte überspannt, forderte nicht zufällig massive Kriegsentschädigungen und benötigte im Grunde eine Art Permanenz des Krieges, um seine aufgeblähten Heere

überhaupt unterhalten zu können. Zudem musste seine dynastische Zukunft – mit einer unverheirateten Königin, die deutlich zu erkennen gegeben hatte, in naher Zukunft abzudanken – als durchaus unsicher gelten. Und Frankreich sah sich mit massiven Bewegungen gegen die Zentralisierungsversuche der Krone und gegen die finanzielle Belastung des Landes konfrontiert, die man unter den Begriff der *Fronde* zusammengefasst hat. Es war 1648 noch überhaupt nicht absehbar, wer aus diesem Konflikt zwischen Krone und Adel, zwischen Zentrale und Peripherie, als Sieger hervorgehen würde. Und damit war auch nicht klar, ob sich die beiden Mächte auf Dauer als dirigierende Großmächte würden halten können – im Tandem oder auch einzeln.

Schließlich blieb auch das Osmanische Reich selbstredend ein Faktor auf dem Kontinent. Nach dem sogenannten Langen Türkenkrieg ausgangs des 16. Jahrhunderts hatte es sich aus den zentraleuropäischen Wirren herausgehalten, jedoch wusste man nicht – die „Türkenfurcht“ spielte im öffentlichen Leben nach wie eine prominente Rolle –, wie lange seine Zurückhaltung, auf dem Balkan weitere Positionsgewinne zu erzielen, andauern würde. Konstantinopel blieb zumindest potenziell ein wichtiger Player in der europäischen Staatenpolitik, mit dem man täglich rechnen musste, und das umso mehr, als seit 1644 im adriatischen Raum ein heftiger Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und der Republik Venedig tobte, in dem es um Kreta ging, einen Eckstein des venezianischen Imperiums im Südosten Europas. Am Ende konnte der Konflikt regional begrenzt bleiben, aber das wusste man 1648 keineswegs.

NEUORDNUNGEN IM REICH

Viel größer – und berechtigter – war die Hochschätzung des Westfälischen Friedens mit Blick auf die Reichsgeschichte. Schon unmittelbar nach seinem Abschluss setzte eine breite Literaturproduktion ein, die ihn insgesamt würdigte, einzelne seiner Bestimmungen auf ihre Belastbarkeit hin überprüfte oder seine Defizite benannte. Die geradezu unermessliche Literatur setzte sich während des gesamten Ancien Régime fort, bis hin etwa zum „Geist des Westphälischen Friedens“ (1795) des berühmten Göttinger Staatsrechtslehrers Johann Stephan Pütter in der beginnenden Revolutionszeit.

Umso radikaler war der Schnitt, der nach dem Ende des Alten Reiches folgte, als einige Autoren den Westfälischen Frieden nunmehr als Wegmarke deuteten, die die „Außensteuerung“ Deutschlands durch die beiden Garantiemächte, insbesondere Frankreichs, eingeleitet habe. Der Friedenschluss habe Deutschland verhängnisvoll zersplittert und somit der Ausbildung des Landes zu einem kräftigen Nationalstaat im Wege gestanden. Das Buch des Berliner Professors Friedrich Rühls „Historische Entwicklung des Einflusses Frankreichs und der Franzosen auf Deutschland und die Deutschen“ (1815) steht stellvertretend für diesen mit frankophoben Affekten unterlegten Trend, den Westfälischen Frieden auf die Anklagebank der Geschichte zu setzen und für alle vermeintlichen Defizite, die aus der Kleinstaatserei und dem mangelnden „nationalen“ Bewusstsein der deutschen Fürsten erwachsen seien, verantwortlich zu machen.

Dieses Bild des Westfälischen Friedens als einer „schwarzen Stunde“ Deutschlands, die fremdem Einfluss Tür und Tor geöffnet und eine „gesunde“ Entwicklung zu einem starken Staatskörper verhindert habe, sollte unter anderem über Historiker wie Heinrich von Treitschke und Karl Lamprecht sowie über die nationalsozialistische Propaganda bis weit ins 20. Jahrhundert hinein prägend bleiben. Erst mit der großen Studie von Fritz Dickmann (1959) und dem säkularen Editionsunternehmen der „Acta Pacis Westphalicae“ sollte dann seit den frühen 1960er Jahren ein allmählicher Paradigmenwechsel hin zu einer Würdigung der positiven Aspekte einsetzen,⁰¹ die von den beiden *Instrumenta pacis* ausgegangen waren – es war nicht zufällig die Phase unmittel-

01 Die seit 1962 in ca. 50 Bänden erschienenen und von Max Braubach und/bzw. Konrad Reppen herausgegebenen Acta Pacis Westphalicae sind das maßgebliche Quellenwerk zum Westfälischen Frieden. Am Beginn der modernen Beschäftigung mit dem Westfälischen Frieden steht die große Darstellung von Fritz Dickmann, *Der Westfälische Frieden*, Münster 1959, seitdem viele Neuauflagen. Wichtig ist die dreibändige Dokumentation der Europaratsausstellung 1998 in Münster und Osnabrück („1648: Krieg und Frieden in Europa“, hrsg. von Klaus Bußmann und Heinz Schilling) und die Dokumentation der seinerzeitigen Jubiläumskonferenz („Der Westfälische Friede: Diplomatie, politische Zäsur, Rezeptionsgeschichte“, hrsg. von Heinz Duchhardt, München 1998). Zur Jubiläumsliteratur des Jahres 1998 vgl. den Forschungsbericht von Johannes Arndt in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 1/2000, S. 133–158. Die neueste (kurze) Analyse mit Aufarbeitung des Forschungsstandes stammt von Siegrid Westphal, *Der Westfälische Frieden*, München 2015.

bar nach dem Zweiten Weltkrieg, die der historischen Friedensforschung ganz allgemein neuen Auftrieb gab.

Der 30 Jahre währende Krieg hatte das Heilige Römische Reich in einen Zustand totaler Erschöpfung gestürzt. Auch wenn nicht alle früheren Schätzungen der Bevölkerungsverluste belastbar sind: Es war keine Frage, dass der Krieg, der aus einem ganzen Bündel von Konflikten – konfessioneller, reichsverfassungsrechtlicher, ständischer und persönlicher Art – erwachsen war, die Mitte Deutschlands in einen desaströsen Zustand gestürzt hatte. Epidemien hatten dazu beigetragen, die Auswirkungen der Kriegshandlungen noch zu potenzieren. Auch wenn manche Regionen von dem Krieg durchaus profitiert haben mögen: Eine gründliche Revision des gesamten öffentlichen Lebens tat Not, wollte das Reich nicht auf Dauer auf den Status eines „Entwicklungslandes“ und eines Spielballs der Nachbarn zurücksinken.

Zwei kardinale Punkte schälen sich heraus, in denen man in mühsamen Verhandlungen über den Vorkriegsstand deutlich hinauskam: Der erste war, dass man in der Konfessionsfrage eine Lösung erreichte, die zukunftsfähig, zugleich aber alternativlos war. Die Religionsparteien wurden, nun mit Einschluss der im 16. Jahrhundert noch ausgeschlossenen Reformierten, als gleichberechtigt anerkannt und damit zugleich unter den Schutz der Verfassung gestellt. Das bedeutete in der Praxis, dass das Prinzip des *cuius regio eius religio* („wessen das Land, dessen die Religion“: Die Konfession der Untertanen richtet sich nach der des Landesherrn) in Kraft blieb, also das sogenannte *ius reformandi* der Fürsten, dass zugleich aber allfällige Konfessionswechsel eines weltlichen Fürsten keine Auswirkungen mehr auf den Glaubenstand der Untertanen haben sollten. Für nichtkonforme, also mit der Konfession des Fürsten nicht übereinstimmende Einzelpersonen und Gruppen wurde die Möglichkeit eines Abzugs, also der Auswanderung in ein konfessionskonformes Territorium geschaffen. Konfessionellen Minderheiten, die an einem Stichdatum unbehelligt gelebt hatten, sollte dieser Status erhalten bleiben. Damit waren konfessionsbedingte Streitigkeiten zwar nicht aus der Welt, aber für diesen Fall wurde eine Lösung geschaffen, die vor Ausbruch des Krieges dringend notwendig gewesen wäre: ein Mechanismus, um das Überstimmtwerden einer Seite zu verhindern.

Das leitet über zum zweiten Punkt, dem Reichsverfassungsrecht. Um die Interessen der beiden konfessionellen Lager adäquat vertreten zu können, wurden zwei vertikale Organisationsformen vorgesehen, das unter Leitung Kur Sachsens stehende Corpus Evangelicorum und das weit weniger aktive, faktisch von Kurmainz geleitete Corpus Catholicorum. Sie versammelten die jeweiligen Reichstagsmitglieder aller drei Kurien – Kurfürsten, Fürsten und Städte – und verbündeten sich gegebenenfalls auch mit auswärtigen Kronen, um ihren Positionen Nachdruck zu verleihen, so etwa in dem großen Konfessionskonflikt um 1720. Wenn eines der beiden Corpora eine Streitsache zu einer Konfessionsangelegenheit erklärte und eine sogenannte *itio in partes* („Auseinandertreten der Parteien“) proklamierte, konnte es nicht mehr überstimmt werden, sondern eine gütliche Einigung hatte Platz zu greifen. Für den Fall, dass eine solche *amicabilis compositio* („freundschaftliche Einigung“) nicht erfolgreich war, behielten sich die beiden Garantiemächte vor, in einem abgestuften Verfahren einzugreifen – eine Art Damoklesschwert, das aber so gut wie nie zum Einsatz kam. Diese Regelung griff im Übrigen auch in allen „weltlichen“ Streitigkeiten.

Es war nicht so, dass Religionskonflikte sich damit aus der Reichsgeschichte verabschiedeten. Die Zugehörigkeit von Kirchengütern, die es gemäß des grundsätzlichen Restitutionsgebotes wiederherzustellen galt, war in drei Jahrzehnten Krieg längst in Vergessenheit geraten und beschäftigte die territorialen und Reichsgerichte noch auf Jahre hinaus. Aber es zog nach den traumatischen Erfahrungen des Krieges doch ein neuer Geist ein, die Konfessionsproblematik zu versachlichen; dass am Hof eines geistlichen Kurfürsten in den 1650er Jahren gar Überlegungen über eine Wiedervereinigung der Konfessionen angestellt wurden, war symptomatisch. Über das Versachlichen hinaus wurde der Friede, insbesondere der Religionsfriede, nun verrechtlicht und als Rechtsfigur in das Reichssystem eingebunden.

Nicht minder wichtig war, dass die Konturen der Reichsverfassung neu geschnitten wurden – mochten auch die wirklich revolutionären Einschnitte wie das Abgehen von der in der Goldenen Bulle (1356) festgelegten Siebenzahl der Kurfürsten die Ausnahme bleiben. Schon die Tatsache, dass die in den westfälischen Bischofsstädten vertretenen Fürsten und Städte gleichbe-

rechtigt an den Verhandlungen beteiligt wurden und stellvertretend durch eine Reihe ihrer Gesandten auch die Dokumente vom 24. Oktober unterschrieben, lässt ahnen, dass die Fürsten ihre Position gegenüber dem Kaiser, von dessen absolutistischen Tendenzen nun keine Rede mehr war, deutlich ausgebaut hatten.

Zwar blieb – wegen der Beibehaltung der 1623 eingerichteten bayerischen Kurwürde (unter gleichzeitiger Wiedereinsetzung des pfälzischen Kurfürsten in seine alten Rechte) – im Kurfürstenkolleg eine klare katholische Mehrheit erhalten, sodass die Chance, dass einmal ein protestantischer Fürst zum Kaiser gewählt würde, denkbar gering war; bis zu einer wirklichen Religionsparität im Reich war der Weg noch weit. Und auch das verfassungsrechtliche Unikum, dass in Osnabrück ein konfessionelles Alternat bei der Besetzung des Bischofsstuhls eingeführt wurde, konnte nicht aufwiegen, dass der Kammerrichter immer ein Katholik blieb und die Habsburger nicht daran dachten, den Reichshofrat zu „paritätisieren“.

Aber mit der fortbestehenden Prävalenz des Katholizismus konnten sogar die protestantischen Fürsten inzwischen leben, weil sie den Kaiser in vielen Fragen an ihr Votum banden: von der Kriegserklärung bis zum Friedensschluss, von der Gesetzesauslegung bis zum Verbot der Veränderung der Zusammensetzung des Reichstages nach eigenem Gutdünken. Der Reichstag, in den vergangenen Jahrzehnten kaum noch einberufen, erlebte nun seine Wiederauferstehung: Der Kaiser wurde in einem Maß von den dort versammelten Reichsständen abhängig gemacht (und das Reich damit zugleich auf den Status eines „defensiven Verbands“ ohne außenpolitisches Potenzial zurückgeführt), das im Moment des Restitutionsediktes 1629 oder des Prager Friedens 1635 überhaupt nicht absehbar gewesen war. Der kaiserlich-ständische Dualismus hatte eine neue Stufe erreicht.

Und es „drohte“ noch mehr: das gänzliche Verbot von Römischen Königswahlen zu Lebzeiten des regierenden Kaisers und die Erarbeitung einer „immerwährenden“ Wahlkapitulation, also einer vertraglichen Machtbeschränkung des Kaisers, durch die Gesamtheit der Stände, nicht mehr durch das kleine und vom Kaiser leicht beeinflussbare Gremium der Kurfürsten. Das Prestige des habsburgischen Reichsoberhauptes hatte auch dadurch massiv gelitten, dass der schwedischen Krone für Vorpommern die Reichsstandschaft verliehen und im Elsass der französischen Krone Besitz

und Rechtstitel eingeräumt werden mussten, die erhebliche politische Optionen zum Nachteil des Reiches eröffneten. Der Kaiser, der den Frieden in der vorliegenden Form nicht gewollt hatte und deswegen als politisch deutlich angeschlagen gelten musste, wurde zu einer Art Beamter des Reiches, und das auf Dauer – unbeschadet der Tatsache, dass schon unter Leopold I., dann vor allem aber unter Joseph I. eine Gegenbewegung einsetzte, als die Habsburger alte Rechte zu reaktivieren begannen (etwa in Reichsitalien) oder ihr Auftreten gegenüber unbotmäßigen Fürsten veränderten. Der handstreichartige Erlass einer Reichshofratsordnung – ohne Mitwirkung der Stände und unter souveräner Negierung ihrer Forderung nach Parität an diesem Zentralgericht – ließ schon in den frühen 1650er Jahren ahnen, dass die Habsburger Mittel und Wege suchen würden, um ihre Macht zu restabilisieren. Und gerade das schloss auch nicht aus, dass der Kaiserhof für den kleinen und mittleren reichischen Adel seine Attraktivität behielt – als Ort, an dem man über Ämter Prestige akkumulieren oder auch Dienststellungen erreichen konnte, die über das symbolische Kapital hinaus auch lukrativ waren. Aber mit der Rolle von Versailles im Staat Ludwigs XIV. war das dann doch nicht zu vergleichen.

Verhängnisvoller war – zumindest aus der Sicht von Historikern wie Friedrich Rühls und Heinrich von Treitschke –, dass die Fürsten das sogenannte Bündnisrecht zugesprochen erhielten, das Recht also, nicht nur mit den reichischen Nachbarn, sondern auch mit auswärtigen Staaten Bündnisse abzuschließen. Diese Bestimmung, die besonders nachdrücklich von Kardinal Richelieu betrieben wurde und letztlich „nur“ Konsequenzen aus der politischen Praxis der zurückliegenden Jahrzehnte zog, war zwar an den Vorbehalt gekoppelt, dass sich solche Bündnisse nicht gegen Kaiser und Reich richten dürften, aber eine solche Klausel würden die Räte und Minister wohl allemal in Bündnisverträgen hinbekommen. Die Fürsten – und längst nicht nur die potenten, die in der Lage waren, ein stehendes Heer zu unterhalten – haben in der Folgezeit dann auch regen Gebrauch von diesem Mittel gemacht, angefangen beim Rheinbund von 1658 mit der Krone Frankreich, und nicht selten mit einer kaum verklau-sulierten Stoßrichtung gegen die Wiener Hofburg in dem Sinn, ihrer Selbstständigkeit Grenzen zu setzen. Schon die Erklärung eines Reichskrieges war unter diesen Voraussetzungen eine wahre

Herkulesarbeit, und nicht selten haben sich Stände dann auch ausdrücklich gegen einen solchen Beschluss gestellt.

Das Bündnisrecht machte aus der Vielzahl der Reichsglieder zwar – die nächsten Friedenskonferenzen sollten das unter Beweis stellen – keine Völkerrechtssubjekte, aber der Appetit war geweckt. Dass eine ganze Reihe deutscher Fürsten in den kommenden Jahrzehnten Rangerhöhungen bis hin zu Königskronen ins Auge fassten, um mit den fremden Staaten endgültig gleichzuziehen, war kein Zufall. Zwischen dem Bündnisrecht von 1648, dem gezielten Aufbau eines stehenden Heeres und der Selbstkrönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum preußischen König Friedrich I. im Januar 1701 in Königsberg besteht ein logischer Zusammenhang. Die Selbstständigkeit der Reichsstände bis hin zu einem partiellen Rückzug aus dem Reich war, wenn man den gesamten Prozess aus einer Perspektive des Nationalstaates betrachtet, ein hoher Preis – aber das war nicht die der Zeit angemessene Perspektive.

Den breitesten Raum in den beiden *Instrumenta* nehmen die territorialen Verschiebungen ein: Reichsterritorien, die in andere Hände übergingen wie etwa das Herzogtum Vorpommern mit dem Fürstentum Rügen und Wismar sowie der in ein weltliches Herzogtum umgewandelten Stifte Bremen-Hamburg und Verden, die an Schweden fielen, oder die bisherigen Hochstifte Halberstadt und Minden, die an Kurbrandenburg übergingen, oder Hessen-Kassel, dem als „Satisfaktion“ die Reichsabtei Hersfeld und vier schaumburgische Ämter überantwortet wurden. Sie alle hier aufzuführen, verbietet der zur Verfügung stehende Raum. Auf jeden Fall aber griffen diese Veränderungen tief in die Mentalitäten ein: Die dynastischen Loyalitäten veränderten sich, damit in sehr vielen Fällen auch die konfessionellen und die kulturellen insgesamt, neue Grenzziehungen konnten Lebensräume zerstören, man musste sich mit einem neuen Beamtenapparat und -typus anfreunden, die Steuern konnten sich erhöhen, ein neues militärisches Aushebungsverfahren konnte Platz

greifen. Es war also nicht nur der Übergang von der einen „Obrigkeit“ in eine andere, sondern ein tiefer Einschnitt im Leben jedes Betroffenen.

EINORDNUNG

Der Westfälische Friede war sicher das mit Abstand schlagzeilenträchtigste Ereignis des Jahres 1648 – aber er war nicht alles. Von der *Fronde* wurde schon gesprochen, aber auch in anderen Regionen Alteuropas kam es zu sozialen Aufständen, so insbesondere im Königreich Neapel-Sizilien und in der Ukraine. Monarchen starben (so in Dänemark und in Polen) beziehungsweise wurden verhaftet und sahen ihrem Prozess entgegen (England) oder wurden nach einer Palastrevolution ermordet (Osmanisches Reich): Unruhefaktoren allemal.⁰²

Es war ein Jahr tief greifender Veränderung fast überall in Europa. Aber es war am Ende doch jenes Ereignis, das dem Jahr seinen Stempel aufdrückte, in dem sich die Veränderung der Staatenlandschaft manifestierte und in dem das Heilige Römische Reich jene Verfassungsordnung erhielt, die es im Prinzip bis zu seinem Ende prägen sollte: der Neubestimmung der Beziehungen zwischen Reichsoberhaupt und Ständen, der Justiziabilität von Konflikten, des Abschieds vom Religionskonfessionellen als innenpolitischer Matrix. Der Westfälische Friede wurde – abgestützt durch seine wortwörtliche Aufnahme in den „Abschied“ des nächsten Reichstages – zu dem Grundgesetz des Reiches schlechthin, zum eigentlichen und wahren *Westphalian system*. Auch wenn der Westfälische Friede staatenpolitisch den Frieden nur kurze Zeit garantierte und deswegen und aus anderen Gründen seine Qualifizierung als Ausgangspunkt eines internationalen *Westphalian system* abwegig ist, und obwohl manche Lücken in der Reichsverfassungsordnung nie beseitigt wurden: 1648 markierte einen tiefen Einschnitt in der Reichspolitik und war auch für die internationale Politik zumindest eine Wegmarke.⁰³

HEINZ DUCHHARDT

ist Professor em. für Neuere Geschichte und Autor mehrerer Bücher über den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden. Er war bis 2011 Direktor des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte und bis 2015 Präsident der Max Weber Stiftung.

heidu43@web.de

02 Zur Multiperspektivität des Jahres 1648 vgl. Heinz Duchhardt, 1648 – das Jahr der Schlagzeilen, Köln–Wien–Weimar 2015.

03 Zur Diskussion über das *Westphalian system* vgl. ders., *Westphalian System*. Zur Problematik einer Denkfigur, in: *Historische Zeitschrift* 269/1999, S. 304–316; ders., *Das „Westfälische System“: Realität und Mythos*, in: Hillard von Thiesen/Christian Windler (Hrsg.), *Akteure der Außenbeziehungen*, Köln u. a. 2010, S. 389–401.

EIN WESTFÄLISCHER FRIEDEN FÜR DEN NAHEN OSTEN?

Elisabeth von Hammerstein

„Die Lösungssuche des Konflikts in Syrien hat inzwischen Ausmaße angenommen, dass ein Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg in Europa fast schon nicht mehr vermessen ist.“⁰¹ Diese Beobachtung von Bundeskanzlerin Angela Merkel teilen nicht wenige Betrachter des Syrien-Konfliktes, der nun schon über sieben Jahre andauert. Auch der Dreißigjährige Krieg zerstörte und verwüstete Städte und Landschaften – 1634 suchten allein in der 15000-Einwohner-Stadt Ulm 8000 Flüchtlinge Schutz. Das entspricht prozentual in etwa dem Anteil von Kriegsflüchtlingen im heutigen Libanon. Sieben Prozent der böhmischen und österreichischen Bevölkerung wurden 1620 vertrieben, nachdem die Rebellion niedergeschlagen war. Hungersnöte, Typhus-Epidemien und Plagen kosteten Millionen Menschen das Leben. Etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung, in manchen Gegenden sogar bis zu 60 Prozent, kam um. Millionen von Kindern und jungen Erwachsenen kannten nichts anderes als den Kriegsalltag.⁰²

2018 jährt sich der Beginn des Dreißigjährigen Krieges zum 400. Mal, sein Ende – der Westfälische Frieden – zum 370. Mal. Lange galt der Krieg als die „Urkatastrophe der Deutschen“, die Erinnerung an ihn war bis zum Ersten Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis fest verankert.⁰³ Heute hingegen spielt der Dreißigjährige Krieg in der politischen Debatte kaum noch eine Rolle. Dabei würde eine genaue Analyse seiner Ursprünge und Strukturen dabei helfen, die gegenwärtigen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, vor allem den Krieg in Syrien, besser zu verstehen.

HISTORISCHE PARALLELEN

Worin ähneln sich der Dreißigjährige Krieg und der Krieg in Syrien? Am Anfang beider Konflikte stand ein Aufbegehren des Volkes, es ging dabei um Mitsprache und um die „richtige“

Verfassung. Beim Prager Fenstersturz stießen böhmische Adelige am 23. Mai 1618 die Statthalter des habsburgischen Kaisers aus dem Fenster und lösten so einen Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung aus. In Syrien griffen 2011 Demonstrationen gegen Machthaber Baschar al-Assad von einzelnen Städten rasch auf das ganze Land über, die harte Reaktion des Regimes und die Verwicklung weiterer Player führten schließlich zu einem internationalisierten Krieg, der bis heute andauert.

Beide Konflikte wurden beziehungsweise werden durch religiöse Identitäten befeuert: Im Europa des 17. Jahrhunderts standen sich Protestanten und Katholiken gegenüber, im Nahen Osten heute sind es vor allem Sunniten und Schiiten. Da im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die Religion maßgeblich über den Zugang zu Macht entschied, wurden konfessionelle Identitäten der Katholiken und Protestanten häufig für politische Zwecke instrumentalisiert. Heute heizen religiöse Rivalitäten zwischen Sunniten und Schiiten die bestehenden Konflikte weiter an.

Allerdings war und ist in beiden Kriegen das Ringen um Macht und Einfluss mindestens genauso bedeutend wie der religiöse Wettstreit. Dieser Machtkampf wurde und wird dabei nicht nur zwischen den Herrschenden und der Bevölkerung ausgetragen, sondern erhält – durch das Eingreifen externer Großmächte als Schutzmächte – eine regionale Dimension, die über einzelne Länder hinausgeht: Im 17. Jahrhundert kämpften nicht nur Frankreich und Spanien um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent, auch Schweden, die Niederlande und Dänemark beteiligten sich an dem Krieg. In Syrien sind heute Iran, Saudi-Arabien, Russland, die USA, die Türkei und Israel involviert. Der Krieg wird zum Kristallisationspunkt vielschichtiger Interessen, und die Konfliktlinien zwischen den beteiligten Akteuren überlagern sich.

Die Kriege im 17. Jahrhundert, aber auch die heutigen Kriege in Syrien und in der weiteren Region, wurden und werden aber nicht nur von Staaten, sondern auch von zahlreichen nicht-staatlichen Akteuren wie Warlords und Milizen geführt. Davon profitiert eine florierende Kriegswirtschaft, die durch externe Waffenlieferungen und Unterstützung durch Geld und Menschen die Konflikte verlängert. Die Allianzen sind nicht von gemeinsamen Ideologien oder Werten geprägt, sondern können kurzfristig wechseln, wenn die Interessensüberschneidungen mit anderen Partnern größer sind. Es mag irritierend scheinen, dass im Dreißigjährigen Krieg das lutherische Sachsen lange zu den treuen Unterstützern des katholischen Kaisers zählte oder das protestantische Schweden gegen das ebenfalls protestantische Dänemark Krieg führte. Auch mit Blick auf Syrien hat sich das Zweckbündnis zwischen Russland, der Türkei und Iran überraschend zusammengefunden, besonders die Partnerschaft zwischen der Türkei und Russland wirkt zerbrechlich. Die Kurden suchen sich dort Partner, wo sie finanzielle und militärische Unterstützung für einen größtmöglichen Grad an Autonomie erhalten, sei es bei den USA oder auch beim syrischen Regime. Und dass der saudische Kronprinz Mohammed Bin Salman das Existenzrecht Israels anerkennen würde, schien lange undenkbar. Doch dann brachte sie der gemeinsame Erzfeind Iran zusammen.

Tatsächlich handelte es sich beim Dreißigjährigen Krieg nicht um einen, sondern um eine Serie miteinander verschränkter Konflikte. Gemeinhin wird unterschieden in den Böhmisches-Pfälzischen Krieg, den Dänisch-Niedersächsischen Krieg, den Schwedischen Krieg und schließlich den Schwedisch-Französischen Krieg. Alle Kriege waren in einem Knäuel miteinander verbunden, so wie der heutige Krieg in Syrien und im

Nordirak weder losgelöst von den Machtkämpfen im Libanon noch von dem israelisch-palästinensischen Konflikt und den Krisen in Jemen und in Libyen gesehen werden kann.

Lassen sich aus dem Westfälischen Frieden, der 1648 nach 30 kriegesischen Jahren Frieden über Deutschland brachte, Lektionen für den Konflikt in Syrien ableiten, dessen Ende weit entfernt scheint?

LEHREN AUS DER GESCHICHTE

Bundeskanzlerin Merkel erinnerte in einer Rede im Mai 2018 daran, dass auch der Westfälische Friede nicht in zwei Monaten ausgehandelt wurde.⁰⁴ Es dauerte fast fünf Jahre, bis die Friedensdokumente fertig diskutiert und ausgearbeitet waren. Mit den Verträgen von Münster und Osnabrück gelang es, Lösungen für die unterschiedlichen Konfliktebenen zu finden und die Hegemonialkonflikte von konfessionellen Streitigkeiten und Aufstandsbewegungen zu trennen. Nicht zuletzt deshalb wurde der Westfälische Friede von manchen Zeitzeugen als „Weltwunder“ bezeichnet.⁰⁵ Das Vertragswerk hält eine Vielzahl von innovativen Instrumenten bereit, die als Inspiration dienen und zu einer Lösung des heutigen Konflikts in Syrien beitragen könnten.

Um die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften zu beenden und eine friedliche Koexistenz der Konfessionen zu ermöglichen, sind ein inklusives gesellschaftspolitisches System und der Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten essenziell. Zu den wohl schwierigsten Schritten wird gehören, dass alle Seiten bereit sind, auf die Klärung der religiösen Wahrheitsfrage zu verzichten, wie das 1648 geschah. Die Parteien einigten sich darauf, die Frage nach der religiösen Wahrheit außen vor zu lassen und pragmatische Lösungen für das Zusammenleben von Katholiken und Protestanten zu finden. Die Reichsstände konnten ihre Untertanen nicht mehr zwingen, die Religion zu wechseln, und es wurde eine gestufte Form der Religionsfreiheit gewährt. Ein sogenanntes Normaljahr für den Status quo der religiösen

01 Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Bundeswehrtagung am 14. Mai 2018 in Berlin, www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2018/05/2018-05-14-rede-merkel-bundeswehrtagung.html.

02 Vgl. Georg Schmidt, *Der Dreißigjährige Krieg*, München 2010⁹.

03 Vgl. „Religion fungierte vor allem als Brandbeschleuniger“, Interview von Christoph Arens mit Herfried Münkler, 2. 1. 2018, www.welt.de/geschichte/article172023670; Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma, 1618–1648*, Berlin 2017.

04 Vgl. Merkel (Anm. 1).

05 Vgl. Siegfried Westphal, *Der Westfälische Frieden*, München 2015.

Besitzstände für das Jahr 1624 ein. Auch wenn das als Lösung für Syrien heute schwer vorstellbar ist, bietet diese Herangehensweise wichtige Ansatzpunkte zur Konfliktbeilegung. 1648 gelang es, religiöse Streitigkeiten auf eine politische Ebene zu übertragen und vor Gericht zu regeln, um emotionale Spannungen zu entschärfen. Durch quasi-paritätische Verhältnisse der beiden Konfessionen im Reichstag und in den Reichsgerichten musste keine Seite mehr fürchten, dass es zu Machtverschiebungen kommen und die andere Seite extrem an Einfluss gewinnen würde.

Nicht nur die Religionsgemeinschaften sahen während des Dreißigjährigen Krieges ihre Sicherheit bedroht. Angst vor der Hegemonie des anderen hatten auch die unterschiedlichen Regionalmächte. Ähnlich ist es heute im Nahen und Mittleren Osten: Iran und Saudi-Arabien sehen den Kampf um die Vorherrschaft in der Region als Nullsummenspiel an. Riad – von US-Präsident Trump im eigenen Selbstbewusstsein bestärkt – beklagt sich darüber, dass Iran seinen Einfluss als regionaler Hegemon vom Elburs-Gebirge über Irak und Syrien bis ans Mittelmeer ausbreitet. Teheran beteuert zwar, die eigene Regionalpolitik sei defensiv ausgerichtet, aber bei einem Blick auf die Präsenz der von Iran gesteuerten schiitischen Milizen in Syrien, im Irak und im Libanon wird deutlich, wie groß das Eskalationspotenzial ist.

Nachdem Trump das Nuklearabkommen zwischen den USA, China, Russland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und der Europäischen Union mit dem Iran aufgekündigt hat, ist die Angst vor einer iranischen Atombombe nicht nur in Europa wieder gewachsen. Andere Nachbarstaaten wie Saudi-Arabien drohen damit, selbst nuklear aufzurüsten, sollte der Iran eine Atomwaffe bauen. Auch Israel betrachtet das forsche Auftreten des Iran schon seit Längerem argwöhnisch; die dauerhafte Militärpräsenz Irans in Syrien ist für Israel nicht akzeptabel. Der Abschuss einer von Teheran gesteuerten Drohne, die Bombardierung iranischer Ziele in Syrien durch Israel und der iranische Vergeltungsschlag haben den Konflikt im Frühjahr 2018 auf eine neue Stufe gehoben. Die ganze Region, aber auch Europa, Russland und die USA sind alarmiert, denn ein direkter Krieg zwischen Iran und Israel würde eine internationale Reaktion erfordern.

Als sei die Interessenlage der Regionalmächte nicht kompliziert genug, heizt die Präsenz externer Akteure den Konflikt weiter an. Während viele Beobachter Moskau zu Beginn der russischen Militärintervention im September 2015 ein „russisches Vietnam“ vorhersagten, ist dieses Szenario bislang nicht eingetreten. Russland ist heute eine der wichtigsten Kräfte in Syrien und eine der größten Stützen des syrischen Machthabers Assad, ohne dabei Rücksicht auf Verluste und die verheerenden Folgen für das syrische Volk zu nehmen. Unklar ist, welches Ziel Russland am Ende in Syrien verfolgt und wie lange Moskau bereit ist, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des andauernden Ukraine-Konflikts, hohe Kosten auf sich zu nehmen. Auch wenn Washington sich zumindest rhetorisch auf den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat konzentriert, gleichzeitig jedoch widersprüchliche Signale in Richtung Syrien aussendet, wird ein Interessenausgleich zwischen den USA und Russland sowie ein Arrangement für die Kurden nötig sein, um einen Frieden langfristig haltbar zu machen.

Wie kann es trotz der vielen, meist widersprüchlichen Interessen zum Frieden kommen? Dass die Parteien im Dreißigjährigen Krieg zu Verhandlungen zusammenkamen, lag nicht unbedingt an ihrer Kriegsmüdigkeit, die bei den meisten Kriegsparteien in Syrien trotz gewaltiger Kosten bisher ebenfalls nicht zu erkennen ist. Am Ende erhofften sie sich von einem Frieden mehr als vom Krieg und begriffen, dass die Auseinandersetzung militärisch nicht zu gewinnen war. Eine „dritte Partei“, die sich gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges aus erschöpften Reichsständen beider Konfessionen zusammenfand, Druck ausübte, um den Verlauf der Verhandlungen positiv zu beeinflussen, und vermittelnd wirkte, wäre heute auch in Syrien bitter nötig. Der Wunsch nach Frieden, aber auch der Wille, sich auf diplomatisches Neuland zu wagen und möglicherweise große Kompromisse einzugehen, gehörten ebenfalls dazu. Doch eine solche dritte Partei in Syrien zu finden, bleibt schwierig. Die Europäer sind zwar spätestens durch die Massenflucht direkt vom Krieg betroffen, es fehlt ihnen aber an einer gemeinsamen strategischen Herangehensweise und politischem Gewicht, um die Kriegsparteien zum Friedensschluss zu bringen.

Die Verhandlungen zum Westfälischen Frieden haben gezeigt, dass Vertrauen zwischen den

Parteien keine Voraussetzung für den Frieden ist. Es geht vielmehr darum, das (subjektive) Bedrohungsgefühl der anderen ernst zu nehmen, die eigenen Interessen offenzulegen, rote Linien zu definieren und so eine gemeinsame, für alle erträgliche Gesamtlösung auszuloten. Nur so kann der Grundstein für ein System kollektiver Sicherheit gelegt werden, das heute so oft im Nahen und Mittleren Osten vermisst wird.

Der Westfälische Frieden schrieb fest, dass alles Unrecht aus dem Krieg vergessen und nicht mehr einzuklagen sein sollte. Eine vollständige Amnestie und Amnesie ist für uns heute unvorstellbar und seit dem Römischen Statut und der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes auch rechtlich nicht mehr möglich. Dennoch gibt es immer mehr Stimmen, die argumentieren, dass der syrische Machthaber Assad trotz der vielen Kriegsverbrechen nach Kriegsende nicht juristisch belangt werden sollte. Die bittere Wahrheit ist: Wer sich Frieden wünscht, muss gleichzeitig bereit sein, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, auch wenn es um Gerechtigkeit geht.

Um einen Frieden dauerhaft haltbar zu machen, kann das komplexe System von unterschiedlichen Garantiemächten des Westfälischen Friedens als Inspiration für die Unterhändler in Genf, Wien, Sotschi oder Astana dienen. Denn es waren nicht nur die mächtigsten oder die neutralen, sondern alle Kriegsparteien, die die Verträge unterzeichneten und damit den Frieden garantierten. Die Garantiemächte durften im Fall der Vertragsverletzung militärisch eingreifen, um den Frieden zu sichern. Dabei reichte es aus, wenn nur eine einzige Partei, und zwar egal welcher Größe oder Wichtigkeit, den Vertrag verletzte.

Die Friedensverträge wurden so zu einem wichtigen verfassungsrechtlichen Grundgesetz des Heiligen Römischen Reiches. Jede Seite vermutete, dass eine der anderen Seiten nach der Unterzeichnung des Friedensschlusses wieder zu kämpfen beginnen würde, sobald sich die Lage als günstig erweisen würde. Deshalb war das Versprechen aller, die gesamten Verträge und damit auch diejenigen Beschlüsse zu unterzeichnen, die einen nicht direkt betrafen, so effektiv. Die protestantischen Fürsten erhielten die Zusicherung, dass im Falle erneuter religiöser Unterdrückungen durch Kaiser und Katholiken die „auswärtigen“ Garantien Frankreich und Schweden als Schutzmächte intervenieren würden, und dass dies auch rechtlich abgesichert wäre. Frankreich

hingegen wusste, dass es sich auf den Beistand der anderen Garantien verlassen konnte, falls der Kaiser gegen den Wortlaut des Friedensvertrages Spanien im Krieg gegen Frankreich helfen würde.

Diese Garantien waren nicht nur wichtige Voraussetzungen dafür, dass überhaupt Frieden geschlossen wurde, sie machten ihn auch so dauerhaft. Sie hielten Kaiser und Fürsten davon ab, eklatante Vertragsbrüche zu begehen, weil alle Seiten sich bewusst waren, dass sonst Frankreich oder Schweden interveniert hätten. Damit überwachten auch die externen Garantiemächte die Machtausübung des Kaisers und der Reichsstände auf ihre Rechtmäßigkeit. Ähnlich müsste auch heute ein Frieden von regionalen und externen Akteuren garantiert werden, und Staaten, die den Krieg in Syrien internationalisiert haben, als Garantiemächte für die Zukunft Syriens in die Pflicht genommen werden.

So wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation im frühen 17. Jahrhundert als „gescheitertes Reich“ galt, handelt es sich heute bei Syrien um einen weitgehend gescheiterten Staat. Um Frieden in der Region zu gewährleisten, sollte eine Form von Machtteilung eingeführt werden – in Gestalt einer föderalen Verfassung oder durch andere Dezentralisierungsmaßnahmen. Ein komplexes System von Mechanismen und Institutionen schränkte die Herrschaftsrechte des Kaisers und der Reichsstände ein. Auch wenn heute oft mit dem Westfälischen Frieden die Geburt des souveränen Nationalstaates assoziiert wird, kann man höchstens von einer „konditionalen Souveränität“ sprechen.⁰⁶ Allerdings stößt die Idee, die staatliche Souveränität einzuschränken, rasch auf Kritik, da das Konzept „konditionaler Souveränität“ nicht nur postkoloniale Assoziationen hervorruft, sondern auch zum Anlass genommen werden könnte, über die Verschiebung von Grenzen zu diskutieren.

DEUTSCHE „SOFT POWER“

Wer Lehren aus der Geschichte zieht, bewegt sich auf dünnem Eis. Dafür ist besonders die deutsche Geschichte mit all ihren Höhen, Tiefen und Irrwegen ein gutes Beispiel. „Wir sind durch die Geschichte nicht determiniert, wohl aber durch sie

⁰⁶ Vgl. Patrick Milton/Michael Axworthy/Brendan Simms, *Towards a Westphalia for the Middle East*, London 2018.



Darstellung eines „Friedensreiters“: Holzschnitt von einem zeitgenössischen Flugblatt zur Verkündung des Westfälischen Friedens 1648.
Quelle: picture alliance/akg-images

geprägt“, schrieb etwa der Historiker Heinrich August Winkler und führte fort: „Ohne Kenntnis der fortwirkenden Vergangenheit bleibt die Gegenwart ein Buch mit sieben Siegeln. Aus der Geschichte lässt sich keine politische Nutzenanwendung von Fall zu Fall ableiten, wohl aber Orientierung gewinnen.“⁰⁷

Eine Analyse des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens gibt nicht nur Orientierung für die deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie kann auch dabei helfen, die Strukturen vieler heutiger Konflikte besser zu verstehen und den Knoten von komplizierten internationalen Bündniskonstellationen zu entwirren. Darüber hinaus bietet der berühmte Frieden von 1648 eine Vielzahl von ungeahnt kreativen und unkonventionellen Friedensinstrumenten, die als Inspiration für Lösungsansätze der heutigen Konflikte dienen können. Der Westfälische Frieden enthielt jedoch keine Zauberformel, die herangezogen werden könnte, um Frieden im Nahen und Mittleren Osten herbei-

zuführen. Zu behaupten, was vor 400 Jahren in Deutschland und Europa passiert ist, ließe sich schablonenhaft auf die heutige Situation im Nahen und Mittleren Osten übertragen, lässt die unterschiedlichen kulturellen und historischen Kontexte außer Acht und wäre deshalb anmaßend und irreführend. „Der Westfälische Frieden kann uns sicherlich keine Blaupause für den Frieden im Nahen und Mittleren Osten bieten, aber vielleicht, wenn wir genau hinschauen, Instrumente, Methoden und Ideen dafür“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seinem vorherigen Amt als Außenminister. „Sie müssen wir erkennen oder, wo wir sie noch nicht erkannt haben, herausarbeiten, verfeinern, aktualisieren und dann hoffentlich für die Diplomatie unserer Tage tatsächlich nutzen.“⁰⁸

Als solche könnten diese in das Repertoire der deutschen „Soft-Power“-Instrumente wandern, um so vielleicht zu einem friedlicheren Nahen und Mittleren Osten beizutragen.

07 Heinrich August Winkler, *Aus der Geschichte lernen? Zum Verhältnis von Historie und Politik in Deutschland nach 1945*, 25.3.2004, www.zeit.de/2004/14/winkler.

08 Frank-Walter Steinmeier, *Der Westfälische Frieden als Denkmodell für den Nahen Osten*, in: *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft*, Osnabrück 2017, S. 71.

ELISABETH VON HAMMERSTEIN

ist Programmleiterin im Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung in Berlin und leitet das Projekt „Ein Westfälischer Frieden für den Nahen Osten?“ hammerstein@koerber-stiftung.de

WEGMARKEN DES DREIßIGJÄHRIGEN KRIEGES

Böhmisch-Pfälzischer Krieg

- 1618 Prager Fenstersturz: Die protestantischen Stände in Böhmen erheben sich gegen die Habsburger, Kaiser Matthias und König Ferdinand II., einem Vertreter der Gegenreformation.
- 1619 Die böhmischen Stände setzen Ferdinand ab und wählen den Pfälzer Kurfürsten Friedrich V. zum König von Böhmen („Winterkönig“). Ferdinand wird in Frankfurt zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches gewählt und schließt ein Bündnis mit Maximilian I. von Bayern, dem Anführer der Katholischen Liga.
- 1620 Schlacht am Weißen Berg bei Prag: Die kaiserlich-katholische Armee besiegt das böhmische Ständeheer, Friedrich V. flieht. Im „Prager Blutgericht“ 1621 werden zahlreiche böhmische Anführer hingerichtet, es kommt zu einer umfassenden Rekatholisierung.
- 1622/23 Die Liga-Armee unter Johann T'Serclaes von Tilly erobert Heidelberg und die Kurpfalz, schlägt die protestantischen Fürsten im Reich in den Schlachten bei Wimpfen, Höchst und Stadtlohn und beendet damit die pfälzisch-böhmische Rebellion.

Dänisch-Niedersächsischer Krieg

- 1625 Der dänische König Christian IV. wird Oberbefehlshaber der Armee des niedersächsischen Reichskreises und greift auf Seiten der protestantischen Kräfte gegen den Kaiser in den Krieg ein.
- 1626 Die kaiserliche Armee unter Albrecht von Wallenstein und die Liga-Armee unter Tilly schlagen die Truppen von Christian und seinem Verbündeten Ernst von Mansfeld in den Schlachten bei Dessau und Lutter und drängen sie 1627 aus Holstein, Mecklenburg und Pommern zurück.
- 1629 Kaiser Ferdinand II. erlässt das Restitutionsedikt: Der nach 1552 säkularisierte ehemalige Besitz der katholischen Kirche soll wiederhergestellt werden. Durch den Frieden zu Lübeck scheidet Dänemark aus dem Krieg aus.

Schwedischer Krieg

- 1630 Der schwedische König Gustav II. Adolf landet mit einem Heer auf Usedom, um den kaiserlichen Einfluss im Ostseeraum zu beenden. Sein Eingreifen kommt den deutschen Protestanten zugute.
- 1631 Tillys Truppen zerstören und plündern Magdeburg. Gustav Adolf schlägt Tilly in der Schlacht bei Breitenfeld und zieht anschließend durch Thüringen und Franken bis an den Rhein.
- 1632 In der Schlacht bei Rain am Lech wird Tilly tödlich verwundet. Die Schweden erobern Augsburg und München. Gustav Adolf fällt in der Schlacht bei Lützen gegen Wallensteins Truppen.
- 1633 Schweden, nun unter Führung des Reichskanzlers Axel Oxenstierna, und mehrere protestantische Reichsstände verbünden sich im Heilbronner Bund. Schwedische Truppen unter Bernhard von Sachsen-Weimar erobern die strategisch wichtige Reichsstadt Regensburg.
- 1634 Wallenstein wird abgesetzt und in Eger ermordet. Die kaiserliche Armee unter dem Thronfolger und späteren Kaiser Ferdinand III. erobert im Juli Regensburg zurück. In der Schlacht bei Nördlingen erleiden die Schweden eine entscheidende Niederlage gegen Kaiser, Liga und spanische Truppen.
- 1635 Der Kaiser und der Kurfürst von Sachsen schließen den Prager Frieden. Fast alle Reichsstände treten ihm bei. Schweden und Frankreich sind nicht beteiligt.

Schwedisch-Französischer Krieg

- 1635 Frankreich erklärt Spanien den Krieg.
- 1636 Kaiserliche, bayerische und spanische Truppen rücken weit bis nach Frankreich vor. Die zahlreichen Schlachten in den folgenden Jahren bringen keinen militärischen Sieger hervor.
- 1641 Im Hamburger Präliminarfrieden einigen sich der Kaiser, Schweden und Frankreich auf Münster und Osnabrück als Orte für einen umfassenden Friedenskongress. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen erst 1644/45. Es gibt keinen Waffenstillstand.
- 1645 Die Schweden gewinnen die Schlacht bei Jankau gegen die Kaiserlichen und ziehen bis vor Wien. Frankreich besiegt bei Alerheim die bayerische Armee. Der Kaiser intensiviert daraufhin seine Friedensbemühungen. Schweden und Dänemark einigen sich im Frieden von Brömsebro. Mit Sachsen vereinbart Schweden in Kötzschenbroda einen Waffenstillstand.
- 1648 Unterzeichnung der Friedensverträge von Münster und Osnabrück: Westfälischer Friede.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Juli 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Robin Bein (Praktikant)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
32–33/2018, 6. August 2018

INSELN

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz